

81. Geschäftsbericht 1988

81. Geschäftsbericht der Schweizerischen Nationalbank 1988

Inhaltsverzeichnis

A. Wirtschaftsentwicklung und Notenbankpolitik im Überblick	
1. Internationale Wirtschafts- und Währungsentwicklung	5
2. Wirtschaftsentwicklung in der Schweiz	6
3. Zur Politik der Nationalbank	8
B. Entwicklung der Weltwirtschaft	
1. Konjunkturelle Entwicklung	12
2. Geld-, Währungs- und Fiskalpolitik	14
3. Finanzmärkte	18
4. Internationale Verschuldung und monetäre Zusammenarbeit	19
C. Wirtschaftsentwicklung in der Schweiz	
1. Realwirtschaftlicher Bereich	21
2. Monetärer Bereich	28
3. Übrige Notenbankpolitik	40
D. Geschäftstätigkeit der Nationalbank	
1. Devisen-, Geldmarkt- und Kapitalmarktgeschäfte	45
2. Zahlungsverkehr	49
3. Dienstleistungen für den Bund	52
4. Geschäftsergebnis	54
E. Bankbehörden und Personal	64
F. Bericht der Revisionskommission und Anträge an die Generalversammlung	68
G. Anhang	71

A. Wirtschaftsentwicklung und Notenbankpolitik im Überblick

1. Internationale Wirtschafts- und Währungsentwicklung

Der Börsenkrach von Oktober 1987 und der darauffolgende weitere Zerfall des Dollarkurses führten entgegen den vielfach gehegten Befürchtungen nicht zu einer Konjunkturabflachung in den Industrieländern. Die Wirtschaftsbelebung, die sich schon im Jahre 1987 abgezeichnet hatte, verstärkte sich vielmehr. Das reale Brutto-sozialprodukt stieg im Durchschnitt der OECD-Länder im Jahre 1988 um rund 4%, nachdem es im Vorjahr um 3,3% zugenommen hatte. Die Wachstumsunterschiede zwischen den OECD-Ländern waren geringer als in früheren Jahren. In den meisten Ländern verstärkte sich die Teuerung etwas, so dass die durchschnittliche Inflationsrate im OECD-Raum auf 3,8% stieg (1987: 3,2%). Namhafte Teuerungsimpulse gingen von den Rohstoffpreisen aus, die sich — mit Ausnahme des Erdölpreises — kräftig erhöhten.

Höheres Wirtschaftswachstum im OECD-Raum — leichter Anstieg der Teuerung

Verschiedene Faktoren trugen zur Beschleunigung des Wirtschaftswachstums bei. Nach dem Kurssturz an den Aktienbörsen lockerten die Zentralbanken der meisten OECD-Länder ihre Geldpolitik, um der Gefahr einer konjunkturellen Abkühlung entgegenzuwirken und den Rückgang des Dollarkurses zu bremsen. Dies bewirkte Anfang 1988 einen Rückgang der Zinssätze, der die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen stimulierte. Konjunkturstützend wirkten auch Steuererleichterungen, die in verschiedenen Ländern gewährt wurden, sowie der erneute Rückgang der Erdölpreise.

Geld- und fiskalpolitische Impulse

Die bedeutendsten Nachfrageimpulse gingen im Jahre 1988 von den Investitionen aus. Die Exporte bildeten in vielen Ländern ebenfalls eine wichtige Stütze des Wirtschaftsaufschwungs. Der private Konsum wuchs in den Industrieländern ungefähr gleich stark wie im Vorjahr.

Investitionen und Exporte als wichtige Konjunkturstützen

Das Volumen des Welthandels stieg gemäss vorläufigen Schätzungen der OECD um etwa 9%, gegenüber 5,5% im Vorjahr. Diese starke Zunahme widerspiegelte hauptsächlich das kräftige Importwachstum der europäischen Industrieländer, Japans sowie der asiatischen Schwellenländer. Das Defizit der amerikanischen Ertragsbilanz bildete sich leicht zurück, nachdem es seit 1982 kontinuierlich gestiegen war. Umgekehrt verminderte sich der Überschuss der japanischen Ertragsbilanz. In Europa wies namentlich die Bundesrepublik Deutschland einen leicht höheren Aktivsaldo aus, während sich der Fehlbetrag der britischen Ertragsbilanz stark ausweitete.

Kräftiges Wachstum des Welthandels

Das kräftige Wachstum der Produktion führte in den meisten Industrieländern zu einer höheren Auslastung der Kapazitäten und zu einem Anstieg der Beschäftigung. In vielen Ländern machte sich ein Mangel an qualifizierten Arbeitskräften bemerkbar. Die Arbeitslosenquote sank jedoch nur in den Vereinigten Staaten und Grossbritannien in nennenswertem Ausmass. In den meisten EG-Ländern hielten sich demgegenüber die Zahl der neuen Arbeitsplätze und der Anstieg der Stellensuchenden ungefähr die Waage.

Hohe Auslastung der Kapazitäten — Anstieg der Beschäftigung

Gemischtes Bild der
Wirtschaftsentwicklung
in den Schwellen- und
Entwicklungsländern

Die wirtschaftliche Verfassung der Entwicklungs- und Schwellenländer zeigte im Jahre 1988 einige Lichtblicke, doch überwogen insgesamt die dunklen Töne. Die meisten nicht-erdölexportierenden Länder Lateinamerikas vermochten ihre Exporterlöse dank der kräftigen Nachfrage aus den Industrieländern und der Erholung wichtiger Rohstoffpreise zu steigern. Dadurch verminderte sich die an den Exporten gemessene Last des Schuldendienstes etwas. Namentlich in Argentinien und Brasilien verschärften sich aber die binnenwirtschaftlichen Probleme. Die Inflationsrate erreichte vierstellige Werte, und das reale Pro-Kopf-Einkommen bildete sich zurück. Auch in den stark vom Erdölexport abhängigen lateinamerikanischen und afrikanischen Ländern machten sich rezessive Tendenzen bemerkbar. In den meisten übrigen Ländern Afrikas blieb das reale Wirtschaftswachstum knapp hinter der Bevölkerungszunahme zurück. Als einzige Ländergruppe konnten die asiatischen Schwellenländer das Wachstum kräftig steigern. Sie profitierten dabei nicht zuletzt von der dynamischen Nachfrage aus Japan.

Wirtschaftliche
Zusammenarbeit:
Koordinierte Devisen-
marktinterventionen

Die Turbulenzen an den Finanz- und Devisenmärkten vom Herbst 1987 zeigten einmal mehr die enge wirtschaftliche Verflechtung der Industrieländer. Vor diesem Hintergrund bekräftigten die Industrieländer erneut ihre Bereitschaft zur wirtschaftspolitischen Zusammenarbeit. Ein konkretes Beispiel dafür bildeten die koordinierten Interventionen am Devisenmarkt, mit denen die Währungsbehörden zu Beginn des Jahres 1988 ein weiteres Abgleiten des amerikanischen Dollars zu verhindern versuchten. Im zweiten Quartal führten die restriktivere amerikanische Geldpolitik und die tendenzielle Verbesserung der amerikanischen Handelsbilanz zu einer Erstarkung des Dollars. Der Kursanstieg erreichte im Laufe des Sommers ein Ausmass, das die Bestrebungen der Industrieländer, die immer noch hohen aussenwirtschaftlichen Ungleichgewichte abzubauen, zu gefährden schien. Deshalb bemühten sich die Währungsbehörden, durch koordinierte Interventionen am Devisenmarkt eine weitere Erhöhung des Dollarkurses zu verhindern.

Restriktivere Geld-
politik in der zweiten
Jahreshälfte

Die Geldpolitik der meisten Industrieländer war in der ersten Jahreshälfte 1988 eher expansiv. Um die Jahresmitte strafften jedoch verschiedene europäische Zentralbanken ihren geldpolitischen Kurs. Die Leitzinsen wurden zwischen Juni und August und erneut im Dezember angehoben. Die Währungsbehörden reagierten damit auf das starke Wirtschaftswachstum, das vermehrt wieder Inflationsbefürchtungen aufkommen liess.

2. Wirtschaftsentwicklung in der Schweiz

Gute Konjunkturlage in
der Schweiz

In der Schweiz verstärkte sich der Wirtschaftsaufschwung ebenfalls. Das Wachstum des realen Bruttoinlandprodukts betrug im Jahre 1988 schätzungsweise 3,0%. Es fiel damit höher aus als im Jahre 1987. Die meisten Konjunkturforschungsinstitute hatten zu Beginn des Jahres unter dem Eindruck des Börseneinbruchs von Oktober 1987 mit einer Verlangsamung des Konjunkturauftriebes gerechnet.

Bemerkenswert war vor allem die deutliche Erholung der Exporte dank der lebhaften Nachfrage des Auslandes nach Investitionsgütern. Die Binnenkonjunktur wurde vor allem vom privaten Konsum und der Bautätigkeit gestützt. Besonders dynamisch entwickelten sich die gewerblich-industriellen Bauinvestitionen. Dies deutet darauf hin, dass die Unternehmungen nicht nur Rationalisierungs- und Modernisierungsinvestitionen vornahmen, sondern vermehrt auch ihre Produktionskapazitäten ausweiteten. Die Ausrüstungsinvestitionen stiegen erneut kräftig.

Erhöhung der Exporte —
kräftige Baukonjunktur

Die Industrieproduktion, die im zweiten Halbjahr 1987 markant gestiegen war, erhöhte sich weiter. Die Auslastung der technischen Kapazitäten überschritt erstmals den Höchststand, der Mitte 1980 — im letzten Konjunkturzyklus — erreicht worden war. Die Beschäftigung in der Industrie stagnierte dagegen auf dem Vorjahresniveau. Viele Branchen klagten über einen Mangel an qualifizierten Arbeitskräften. Im Baugewerbe und Dienstleistungssektor stieg die Beschäftigung erneut kräftig. Gesamthaft verminderte sich die bereits tiefe Zahl der Arbeitslosen weiter, während die offenen Stellen den Vorjahresstand deutlich übertrafen.

Höhere Kapazitäts-
auslastung
und Beschäftigung

Die lebhafte Binnennachfrage führte zu einem starken Anstieg des Importvolumens, so dass sich das Defizit der Handelsbilanz massiv ausweitete. Da gleichzeitig der traditionelle Überschuss aus dem Dienstleistungsverkehr schrumpfte, sank der Aktivsaldo der Ertragsbilanz.

Zunahme des Handels-
bilanzdefizites

Die Zinssätze am Geldmarkt bildeten sich Anfang 1988 vorübergehend zurück, da die Nationalbank das Angebot an Notenbankgeld nur schrittweise an den Rückgang der Nachfrage anpasste, den die Einführung der neuen Liquiditätsvorschriften und die weiteren Fortschritte bei der Einführung des Interbank-Zahlungsverkehrssystems (SIC) ausgelöst hatten. Um die Jahresmitte lagen die Geldmarktsätze wieder auf dem Vorjahresniveau. Die abrupten Zinsbewegungen am Geldmarkt wirkten sich relativ wenig auf die langfristigen Zinssätze aus. Im Jahresmittel war die Durchschnittsrendite von eidgenössischen Obligationen ungefähr gleich hoch wie 1987.

Schwankungen der
kurzfristigen Zins-
sätze — Stabilität
am Kapitalmarkt

Die am Konsumentenpreisindex gemessene Teuerung stieg von 1,4% im Jahre 1987 auf durchschnittlich 1,9%. Dazu trug vor allem der Preisauftrieb im Dienstleistungssektor bei. Teuerungsdämpfend wirkte dagegen der Rückgang der Erdölpreise. Insgesamt blieb der Preisindex der Auslandgüter praktisch unverändert, während sich die inländischen Güter um 2,6% verteuerten.

Leichter Teuerungs-
anstieg

3. Zur Politik der Nationalbank

Grundlagen der Geldpolitik

Die Geldpolitik der Nationalbank ist darauf ausgerichtet, das Preisniveau in der Schweiz über einen längeren Zeitraum stabil zu halten. Unter dieser Zielsetzung muss die Notenbankgeldmenge im mittelfristigen Durchschnitt um rund 2% pro Jahr zunehmen. Bei der Festlegung der jährlichen Zielwerte berücksichtigt die Nationalbank neben dieser mittelfristigen Richtgrösse auch die jeweilige Wirtschaftslage und die Aussichten für das bevorstehende Jahr.

Geldmengenziel 1988

Für das Jahr 1988 hatte das Direktorium ein Ziel für das Wachstum der bereinigten Notenbankgeldmenge von 3% festgelegt. Damit wollte die Nationalbank zeigen, dass sie 1988 eine ähnliche Politik anstreben würde wie 1987, in dem die Notenbankgeldmenge um knapp 3% gewachsen war. Bei der Festlegung des Geldmengenziels im Dezember 1987, kurz nach dem Börsenkrach und vor dem Hintergrund eines schwächer werdenden Dollars, bestand Grund, eine bedeutende Abkühlung der Konjunktur im folgenden Jahr zu befürchten; dies sprach gegen eine restriktivere Geldpolitik. Gleichzeitig war sich die Nationalbank bewusst, dass die Einführung der neuen Liquiditätsvorschriften für die Banken und der weitere Ausbau des elektronischen Interbank-Zahlungsverkehrssystems (SIC) die Nachfrage der Banken nach Notenbankgeld verringern würden. Die Nationalbank unterstrich deshalb, dass das Geldmengenziel mehr als in anderen Jahren nur als Richtwert zu verstehen sei.

Unmöglichkeit, das Geldmengenziel von 3% einzuhalten

Tatsächlich ging die Liquiditätsnachfrage der Banken von Beginn des Jahres an erheblich zurück. Die Nationalbank musste aus diesem Grunde ihr Geldangebot anpassen, wenn ihr geldpolitischer Kurs dem vorgesehenen Restriktionsgrad entsprechen sollte. Sie baute deshalb den Bestand an Notenbankgeld 1988 um durchschnittlich 3,9% ab. Die Giro Guthaben, die vom Rückgang der Reservenachfrage der Banken besonders betroffen wurden, gingen im Jahresdurchschnitt um fast 34% zurück; im vierten Quartal sanken sie sogar auf weniger als die Hälfte des Vorjahresstandes. Diese massive Abnahme ist in erster Linie auf die neuen Vorschriften über die Bankenliquidität zurückzuführen; daneben spielte auch der Ausbau des SIC-Systems eine bedeutende — allerdings nur schwer quantifizierbare — Rolle.

Neue Liquiditätsvorschriften für die Banken

Die früher geltenden Vorschriften über die sogenannte «erste Liquidität» verpflichteten die Banken dazu, einen relativ hohen Anteil ihrer kurzfristigen Verbindlichkeiten mit Kassenmitteln zu decken. Die Einhaltung der Vorschriften wurde allerdings nur an den Monatsenden überprüft. Ende 1987 belief sich die gesetzlich geforderte Kassenliquidität auf rund 18 Mrd Franken. Gemäss den neuen, seit dem 1. Januar 1988 geltenden Vorschriften über die Kassenliquidität muss jedes dem Bankengesetz unterstellte Institut im Monatsdurchschnitt (vom 20. eines Monats bis zum 19. des folgenden Monats) einen Bestand an flüssigen Mitteln halten, der mindestens 2,5% aller Einlagen auf Sicht und auf Zeit (mit Fälligkeit innert 30 Tagen) entspricht;

Spargelder sind mit dem gleichen Satz zu unterlegen, werden aber nur mit 20% berücksichtigt. Die gesetzlich geforderten Kassenmittel der Banken betragen 1988 durchschnittlich 4,5 Mrd Franken. Die Banken hielten aber wesentlich höhere Kassenbestände. Sie erreichten 1988 durchschnittlich 9,6 Mrd Franken; davon entfielen 3 Mrd auf Bargeld, 0,8 Mrd auf Postcheckguthaben und 5,8 auf Giroguthaben bei der Nationalbank.

Die neuen Liquiditätsvorschriften änderten das Verhalten der Banken. An den Monatsenden beanspruchten sie keine zusätzlichen liquiden Mittel mehr, wie dies unter der früheren Regelung der Fall gewesen war. Nur an den Quartalsenden waren noch Nachfragespitzen bei den Giroguthaben zu beobachten, da einzelne Banken in ihren vierteljährlich veröffentlichten Bilanzen eine höhere Kassenliquidität ausweisen wollten. Da die Nationalbank dieses «Window dressing» im Jahre 1988 durch zusätzliche Giroguthaben finanzierte, waren die Tagesgeldsätze stabiler als früher. Die Spitzenwerte von nicht selten über 50%, die an den Monatsenden typischerweise aufgetreten waren, verschwanden.

Geringere Nachfrage der Banken am Monatsende...

Die Banken fragten aber nicht nur am Ultimo, sondern auch während des Monats weniger Giroguthaben nach. Zwei Gründe sind dafür verantwortlich. Erstens erfordern die neuen Liquiditätsvorschriften auch innerhalb des Monats einen geringeren Kassenbestand als die alten Bestimmungen, obwohl deren Einhaltung nur am Monatsende kontrolliert wurde: Da die Nationalbank unter der alten Regelung nämlich nicht bereit gewesen war, die gesamte gesetzlich geforderte Liquidität in Form von ein- oder zweitägigen Krediten über das Monatsende bereitzustellen, musste das Bankensystem einen Teil der Kassenmittel längerfristig borgen und somit den Monat hindurch halten. Der Geldmarkt war deshalb zeitweise innerhalb des Monats so liquide, dass der Tagesgeldsatz gegen Null sank. Zweitens benötigen die Banken dank des SIC-Systems weniger Notenbankgeld als früher, um den Zahlungsverkehr abzuwickeln. Beim alten Zahlungssystem konnten sie nämlich den genauen Stand ihres Girokontos erst beim Tagesabschluss erfahren; dies zwang sie, in ihre tägliche Kassenplanung eine gewisse Sicherheitsmarge einzubauen. Da die Banken im SIC jederzeit über ihre Kontosituation im Bilde sind, ist diese zusätzliche Nachfrage weitgehend verschwunden. Als Brutto-Zahlungssystem, in dem die Zahlungen einzeln ausgeführt werden, verlangt das SIC jedoch einen erheblichen Bestand an Giroguthaben; es unterscheidet sich darin von einem Netto-Zahlungssystem, in dem nur der Spitzenausgleich mittels Giroguthaben vollzogen wird.

...und während des Monats

Die Nationalbank reagierte auf den drastischen Rückgang der Liquiditätsnachfrage ab Anfang 1988 vorsichtig. Im Januar baute sie die den Banken am Jahresultimo zur Verfügung gestellte Liquidität nicht rascher ab als in früheren Jahren. Sie wollte damit den Banken nicht nur die nötige Zeit lassen, sich an das neue gesetzliche Umfeld zu gewöhnen, sondern auch verhindern, dass an den Monatsenden noch Spitzen in der Nachfrage nach Giroguthaben auftreten. Zwischen Februar und Anfang Juni reduzierte sie ihr Geldangebot alle zwei Wochen um rund 500 Mio

Schrittweise Verringerung des Liquiditätsangebots im ersten Halbjahr

Franken. Die Geldmarktsätze, die Ende Januar sehr stark gesunken waren (der Einmonatssatz lag damals unter 1%), stiegen in der Folge nach und nach an und erreichten ab Juni wieder ein ähnliches Niveau wie in der Vorjahresperiode. Am Ende des Frühjahrs, als sich die Giro Guthaben zwischen 5 und 5,5 Mrd. Franken bewegten, verknappte die Nationalbank die Liquidität vorerst nicht weiter, um die Auswirkungen der bis dahin betriebenen Politik auf den Markt während eines längeren Zeitraums bewerten zu können.

Gründe für die vorsichtige Haltung der Nationalbank während des ersten Halbjahres

Das behutsame Vorgehen der Nationalbank — im Rückblick auf die Anpassungsphase mag es als zu vorsichtig beurteilt werden — schien aus verschiedenen Gründen angebracht. Nach dem Börsenkrach war die weitere Konjunktorentwicklung ungewiss. Eine zu starke Verknappung des Geldangebots hätte die Gefahr einer übermässigen Kurssteigerung des Frankens heraufbeschworen und die Schweiz möglicherweise an den Rand einer Rezession gebracht. Die Nationalbank konnte zudem das Ausmass des Nachfragerückgangs nicht genau einschätzen. Sie wollte aber trotz dieser Ungewissheit nicht von ihrer bisherigen Praxis der direkten Geldmengensteuerung abweichen und vorübergehend ein Zinsziel festsetzen. Die Banken hätten sonst vermutlich ihre Kassenbestände auf ein Minimum reduziert und darauf vertraut, sich bei einem unerwarteten Mangel an Notenbankgeld bei der Nationalbank unbeschränkt refinanzieren zu können. Eine spätere Rückkehr zur traditionellen Methode der direkten Kontrolle der Notenbankgeldmenge wäre mit Schwierigkeiten verbunden gewesen. Der tiefe Stand der Girokonten hätte ein reibungsloses Funktionieren des SIC-Systems kaum mehr gewährleistet, und die Banken wären regelmässig auf zusätzliche Refinanzierungskredite angewiesen gewesen. Um diese Probleme zu vermeiden, zog es die Nationalbank vor, ihr Geldangebot schrittweise zu verringern und den Geldmarktsatz bloss als Indikator und nicht als Ziel ihrer Politik einzusetzen. Dieses Vorgehen verzögerte jedoch zwangsläufig den Wiederanstieg der Zinssätze auf ein normales Niveau.

Normalisierung der Lage im zweiten Halbjahr

Im zweiten Halbjahr ging die Liquiditätsnachfrage langsamer zurück als in der ersten Jahreshälfte. Von Mitte Juni bis Ende des Jahres sanken die Giro Guthaben von 5,5 auf 4 Mrd. Franken. Im Juli erhöhten die Banken ihre Kassenbestände sogar vorübergehend, weil das SIC-System weiter ausgebaut wurde: Weitere Interbankzahlungen, die bisher über Magnetbänder abgewickelt worden waren, wurden neu direkt über das SIC geleitet. Dadurch erhöhten sich die pro Tag über das SIC ausgeführten Zahlungen um durchschnittlich mehr als 100 000 Transaktionen. Da bei dieser Erweiterung zunächst technische Engpässe auftraten, brauchten einige Institute mehr flüssige Mittel für ihre Zahlungen, so dass die Nachfrage nach Notenbankgeld insgesamt stieg. Nachdem diese Probleme überwunden waren, bildete sich der Stand der Giro Guthaben jedoch wieder zurück.

Restriktionsgrad der Geldpolitik 1988

Über das gesamte Jahr betrachtet, war die Geldpolitik leicht expansiver als vorgesehen. Dies gilt besonders in bezug auf das erste Halbjahr, in dem die Nationalbank nur schrittweise auf den Nachfragerückgang reagierte und die Zinssätze deshalb stark zurückgingen. Nachdem der Anpassungsprozess grösstenteils abgeschlos-

sen war, entsprach die Geldpolitik ab Juni wieder ungefähr dem gewünschten Kurs. Die kurzfristigen Zinssätze bewegten sich bis Oktober zwischen 3,4% und 4,0%; sie lagen damit im Bereiche des Vorjahres. Ab November wurde die Geldpolitik gestrafft, und die Zinssätze stiegen auf über 4%. Die Geldpolitik war jedoch 1988 trotz dieser Korrektur insgesamt expansiver als ursprünglich beabsichtigt.

Die Nationalbank ist gewillt, das Wachstum der Geldmenge wieder auf ein Niveau zurückzuführen, das mit dem Ziel der Preisstabilität vereinbar ist. Sie hat dazu um so mehr Anlass, als die Konjunktur in der Schweiz Zeichen einer Überhitzung zeigt. Das Direktorium legte deshalb im Einvernehmen mit dem Bundesrat das Geldmengenziel für 1989 auf 2% fest. Um einen Basiseffekt, der durch die Entwicklung der Geldmenge im Jahre 1988 entstehen könnte, zu vermeiden, wurde als Berechnungsgrundlage das im Durchschnitt des vierten Quartals 1988 erreichte Niveau der bereinigten Notenbankgeldmenge gewählt. Das Ziel ist definiert als arithmetisches Mittel aus den zwölf (jeweils auf ein Jahr hochgerechneten) monatlichen Zuwachsraten gegenüber dem vierten Quartal 1988 und beruht neu auf saisonbereinigten Werten. Wie in den vergangenen Jahren ist das Geldmengenziel als Richtlinie zu verstehen. Die Anpassung an die neuen Liquiditätsvorschriften und an das SIC ist möglicherweise noch nicht ganz abgeschlossen. Das Direktorium behält sich vor, vom Ziel abzuweichen, falls dies als angezeigt erscheinen sollte.

Geldmengenziel 1989

B. Entwicklung der Weltwirtschaft

1. Konjunkturelle Entwicklung

Hohes Wirtschaftswachstum in den Industrieländern

Das Wirtschaftswachstum der Industrieländer beschleunigte sich im Jahre 1988, obwohl nach dem Börsenkrach allgemein eine Konjunkturabflachung vorausgesehen worden war. Das reale Bruttosozialprodukt der OECD-Länder stieg gemäss vorläufigen Schätzungen um durchschnittlich 4%, der höchste Wert seit 1984. Im Vorjahr hatte das Wachstum 3,3% betragen.

Aussenhandel als Wachstumsmotor in den Vereinigten Staaten

In den Vereinigten Staaten beschleunigte sich der bereits sechs Jahre andauernde Wirtschaftsaufschwung leicht. Das reale Bruttosozialprodukt stieg um 3,7%, gegenüber 3,4% im Vorjahr. Ohne den dürrebedingten Produktionsausfall in der Landwirtschaft wäre die Wachstumsrate um 0,4 Prozentpunkte höher ausgefallen. Dank einer markanten Zunahme der Exporte wirkte der Aussenhandel als wichtiger Wachstumsmotor. Überdies stiegen die Ausrüstungsinvestitionen deutlich, während der Wohnungsbau und die gewerblichen Bauten praktisch auf dem Vorjahresniveau verharrten.

Starke Binnennachfrage in Japan

Besonders ausgeprägt war die Beschleunigung des Wirtschaftswachstums in Japan. Das reale Bruttosozialprodukt stieg um 5,8% (Vorjahr: 4,3%). Dies ist erneut die höchste Zuwachsrate unter den grossen Industrieländern. Hauptstütze der Konjunktur war im wesentlichen die Binnennachfrage. Der Wandel Japans von einer export- zu einer binnenwirtschaftlich orientierten Volkswirtschaft lässt sich auf die folgenden Ursachen zurückführen: Einmal verabschiedete die japanische Regierung im Fiskaljahr 1987 ein Bauinvestitionsprogramm, dessen Impulse auch 1988 spürbar waren. Ausserdem stieg der Konsum als Folge von starken Lohnerhöhungen und Steuerermässigungen. Diese beiden Faktoren wurden im weiteren durch einen deutlichen Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen verstärkt, da die höhere Binnennachfrage eine Ausweitung der Produktionskapazitäten erforderte.

Breitere Konjunkturabstützung in Europa als im Vorjahr

In Europa war die Konjunktur 1988 breiter abgestützt als im Vorjahr. Neben dem privaten Konsum, der auch im Jahre 1988 wieder um rund 3% zunahm, stiegen die privaten Ausrüstungs- und die gewerblichen Bauinvestitionen im Vergleich zum Vorjahr deutlich. Dank des günstigen internationalen Umfeldes trugen auch die Exporte zum Wirtschaftsaufschwung bei. Da jedoch die realen Einfuhren stärker als die realen Ausfuhren zunahmen, ging vom Aussenhandel wie im Vorjahr ein negativer Wachstumsimpuls aus.

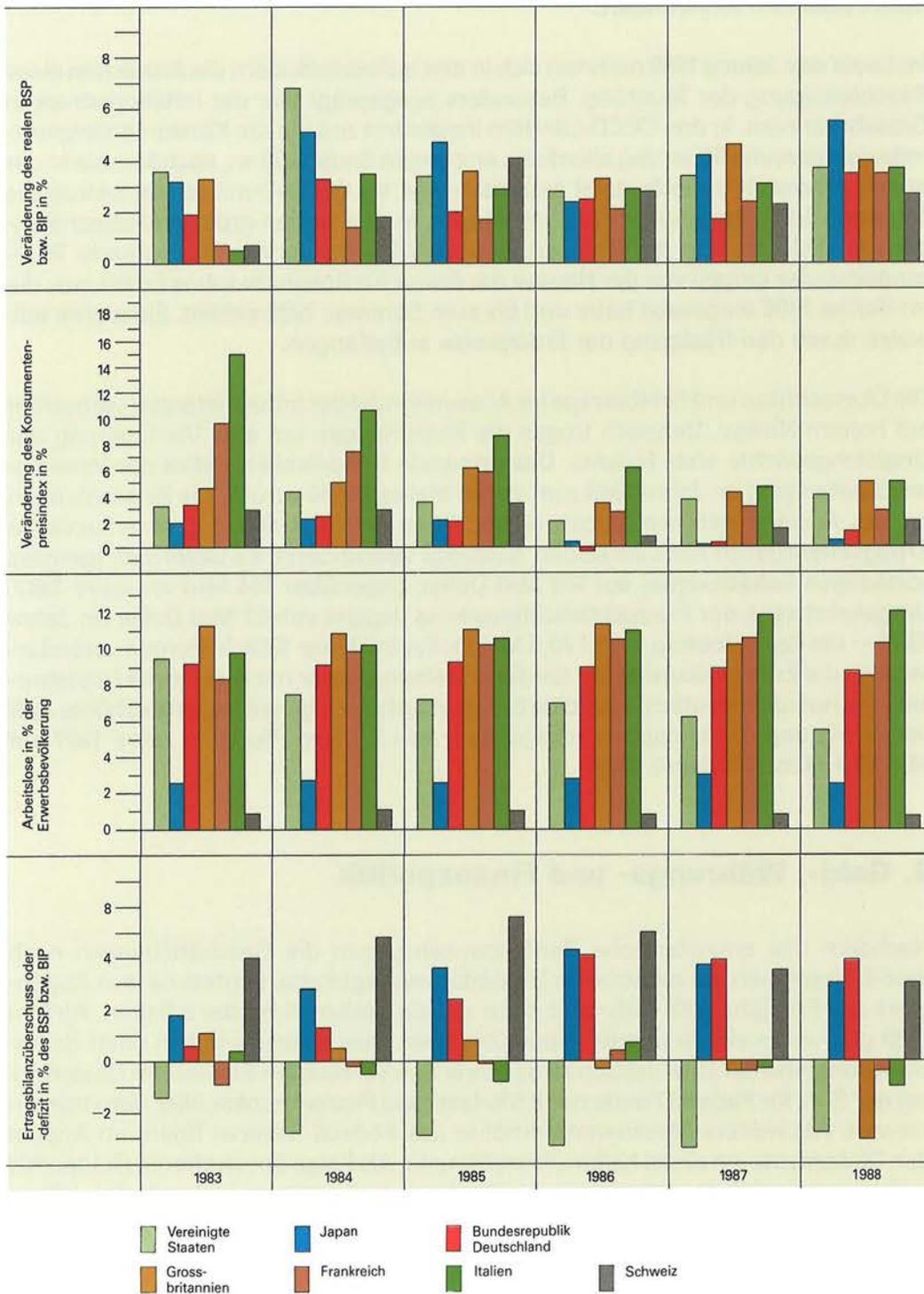
Weiterhin starkes Wachstum in Grossbritannien

Das reale Wachstum lag in der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich und Italien mit etwa 3,5% deutlich über jenem des Vorjahres. In Grossbritannien ging zwar die Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts im Vergleich zum Vorjahr infolge der stark gestiegenen Importe etwas zurück, belief sich aber immer noch auf rund 4%. Sie war damit erneut höher als in den übrigen europäischen Ländern.

Beschäftigung in allen OECD-Ländern gestiegen; Arbeitslosenquote hingegen nicht überall gesunken

Die Beschäftigung nahm in beinahe sämtlichen OECD-Ländern dank der verbesserten Wirtschaftslage weiterhin zu. In den Vereinigten Staaten stieg sie um rund 2%, und die Arbeitslosenquote sank mit 5,4% auf den tiefsten Stand seit 1974. Auch in Japan verbesserte sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt. In Europa hingegen sank

Wirtschaftsindikatoren ausgewählter Länder



die Arbeitslosenquote nur in vereinzelt Ländern. Während sie in Grossbritannien merklich zurückging, blieb sie in der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich und Italien praktisch unverändert.

Anziehende Teuerung
in den OECD-Ländern

Im Laufe des Jahres 1988 mehrten sich in den Industrieländern die Anzeichen einer Beschleunigung der Teuerung. Besonders ausgeprägt war der Inflationsdruck in Grossbritannien. In den OECD-Ländern insgesamt zog die am Konsumentenpreisindex gemessene Teuerung allerdings erst gegen Ende 1988 an, nachdem sie in der ersten Jahreshälfte noch stabil geblieben war. Im OECD-Durchschnitt betrug die Teuerung 3,8%, gegenüber 3,2% im Vorjahr. In den sieben grössten Industrieländern erhöhte sie sich auf 3,1%, gegenüber 2,8% im Vorjahr. Bedeutende Teuerungsimpulse gingen von der Hausse der Preise für Rohstoffe (ohne Erdöl) aus, die im Herbst 1986 eingesetzt hatte und bis zum Sommer 1988 anhielt. Sie wurde teilweise durch den Rückgang der Erdölpreise aufgefangen.

Erstmaliger Rückgang
des amerikanischen
Handelsbilanzdefizits
seit 1980

Die Überschüsse und Fehlbeträge im Aussenhandel der Industrieländer verharrten auf hohem Niveau. Dennoch trugen die Bemühungen um eine Verringerung der Ungleichgewichte erste Früchte. Das nominale Handelsbilanzdefizit der Vereinigten Staaten ging im Jahre 1988 zum ersten Mal seit 1980 zurück. Die Zinszahlungen an das Ausland nahmen jedoch weiterhin zu, so dass sich das amerikanische Ertragsbilanzdefizit nicht im selben Ausmass verminderte. Es belief sich (gemäss vorläufigen Schätzungen) auf 133 Mrd Dollar, gegenüber 154 Mrd im Jahre 1987. Umgekehrt sank der Ertragsbilanzüberschuss Japans von 87 Mrd Dollar im Jahre 1987 — ein Rekordbetrag — auf 79,5 Mrd Dollar im Jahre 1988. In Europa veränderten sich die Ertragsbilanzsalden für die einzelnen Länder mit Ausnahme Grossbritanniens nur unwesentlich. Als Folge der markant gestiegenen Importe erhöhte sich der Fehlbetrag der britischen Ertragsbilanz von 2,7 Mrd Pfund im Jahre 1987 auf 14,3 Mrd Pfund im Jahre 1988.

2. Geld-, Währungs- und Finanzpolitik

Straffere Geldpolitik in
den Vereinigten
Staaten ab Jahresmitte

Nachdem das amerikanische Zentralbankensystem die Geschäftsbanken nach dem Börsenkrach mit zusätzlicher Liquidität versorgt hatte, richtete es sein Augenmerk seit Frühjahr 1988 mehr und mehr auf die Bekämpfung der Inflation. Ab Mai 1988 ging es zu einem restriktiveren Kurs über. Dies äusserte sich in einer deutlichen Zunahme der kurzfristigen Zinssätze in den Vereinigten Staaten. Im Dezember lag der Satz für Federal Funds mit 8,5% fast zwei Prozentpunkte über dem Vorjahreswert. Als weitere Massnahme erhöhte das Federal Reserve Board im August den Diskontsatz um einen halben Prozentpunkt. Als Folge der strafferen Geldpolitik verlangsamte sich das Wachstum der Geldmengenaggregate im Laufe des Jahres 1988. Im Gegensatz zu den kurzfristigen Zinsen lagen die Renditen langfristiger Bundesanleihen im Dezember 1988 mit 9,0% immer noch ungefähr auf dem Vorjahresstand.

In der Bundesrepublik Deutschland übertraf das Wachstum der Geldmenge M_3 während des ganzen Jahres den Zielkorridor von 3—6%. Angesichts der steigenden Teuerung und des über Erwarten starken Konjunkturaufschwungs zog auch die Bundesbank die geldpolitischen Zügel an. Sie hob Ende Juni und Ende August den Diskontsatz sowie Ende Juli den Lombardsatz um je 0,5 Prozentpunkte an. Mitte Dezember erhöhte sie den Lombardsatz noch einmal um 0,5 Prozentpunkte auf 5,5%. Verschiedene andere europäische Zentralbanken erhöhten zur gleichen Zeit Diskont- und Lombardsätze. Der Zinssatz für dreimonatige DM-Anlagen auf dem Euromarkt stieg von 3,3% im April auf 5,3% Ende Jahr.

Restriktivere Geldpolitik auch in der BRD

Verschiedene europäische Zentralbanken, insbesondere die Bank von Italien, mussten wiederholt am Devisenmarkt intervenieren, um die Wechselkurse innerhalb der Anfang 1987 neu festgelegten Bandbreiten des Europäischen Währungssystems (EWS) zu halten. Als zusätzliche Massnahme erhöhte die Bank von Italien im August ihren Diskontsatz um einen halben Prozentpunkt. Die Bank von Frankreich machte in der zweiten Jahreshälfte 1988 die im Mai und Juli erfolgte Herabsetzung der beiden Interventionssätze am Geldmarkt rückgängig, weil die Zinssteigerungen in anderen europäischen Ländern den französischen Franken geschwächt hatten. Die britischen Währungsbehörden gaben im Frühjahr 1988 ihre seit dem Vorjahr verfolgte Politik der Stabilisierung des Pfund/D-Mark-Wechselkurses wieder auf. Um die steigende Inflation einzudämmen, erhöhte die Bank von England im ersten Quartal ihren Interventionssatz am Geldmarkt. Als das Pfund Sterling in der Folge unter Aufwertungsdruck geriet, nahm sie die Zinserhöhung zunächst zurück. In der zweiten Jahreshälfte liess sie jedoch das Zinsniveau ungeachtet der Aufwertung des Pfundes weiter steigen. Die Bank von Japan tolerierte auch im Jahre 1988

Geldpolitische Massnahmen in Japan, Grossbritannien, Frankreich und Italien

Monetäre Zielgrössen in ausgewählten Ländern

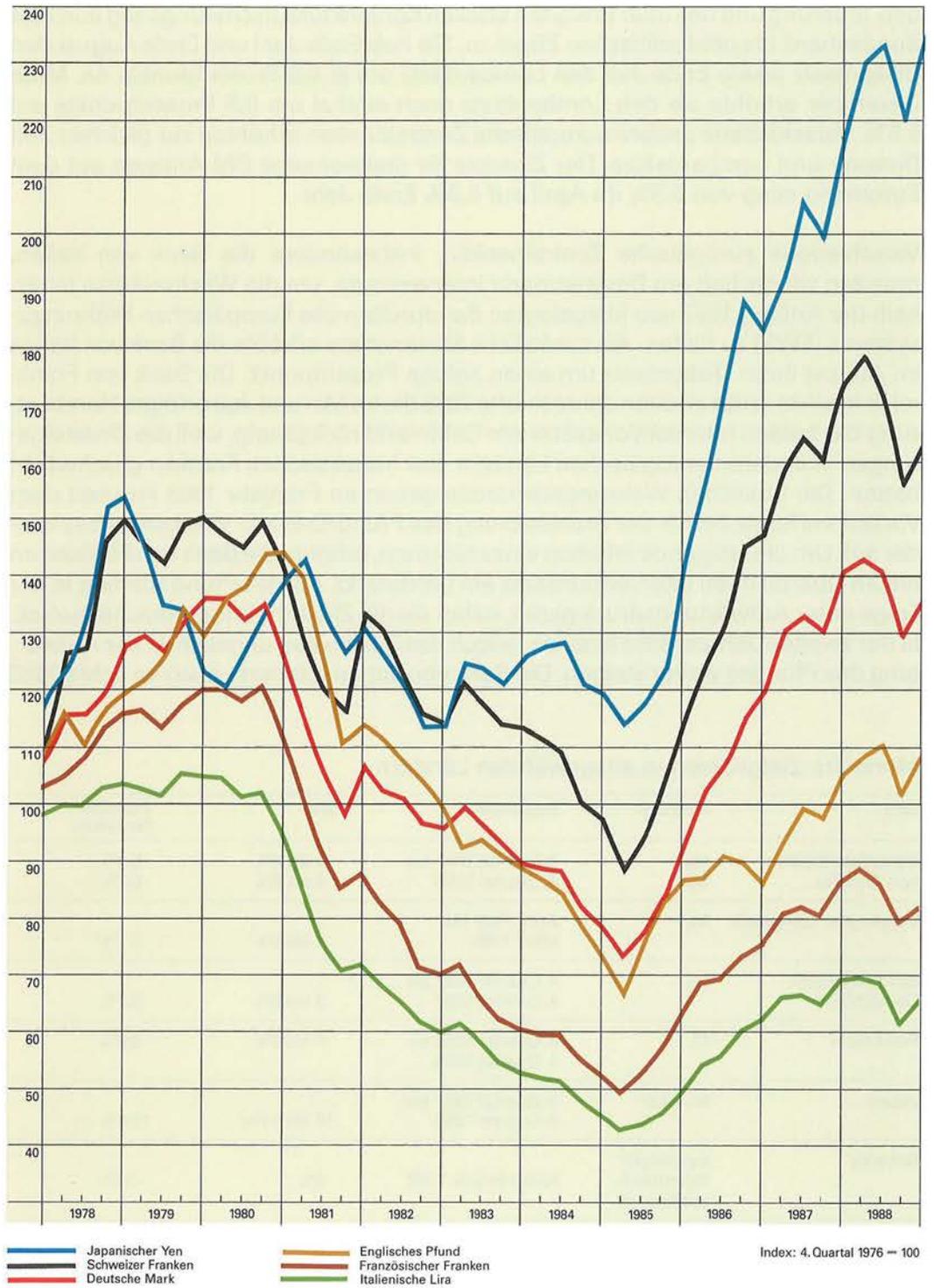
Land	Zielgrösse	Zielperiode	Ziel	effektives Wachstum
Vereinigte Staaten von Amerika	M_2	4. Quartal 1987 bis	4 bis 8%	5,3%
	M_3	4. Quartal 1988	4 bis 8%	6,2%
Vereinigtes Königreich	M_0	April 1987 bis März 1988	1 bis 5% ¹	5 % ²
Bundesrepublik Deutschland	M_3	4. Quartal 1987 bis 4. Quartal 1988	3 bis 6%	6,7%
Frankreich	M_2	4. Quartal 1987 bis 4. Quartal 1988	4 bis 6%	3,8%
Japan	$M_2 + CD$	4. Quartal 1987 bis 4. Quartal 1988	10 bis 11% ³	10,6%
Schweiz	bereinigte Notenbankgeldmenge	Kalenderjahr 1988	3%	-3,9%

¹ Veränderung gegenüber Vorjahresmonat

² Dezember 1988 gegenüber Dezember 1987

³ Projektion

Der Kursverlauf wichtiger Währungen in Dollar



ein starkes Geldmengenwachstum. Allerdings reduzierte sie das Geldmengenwachstum in der zweiten Jahreshälfte leicht.

Der amerikanische Dollar, der Ende 1987 gegenüber der D-Mark und dem japanischen Yen einen Tiefstand erreicht hatte, gewann in der ersten Jahreshälfte 1988 wieder an Wert. Die Erholung des Dollars wurde in den ersten vier Monaten durch Stützungskäufe einer Reihe von Zentralbanken begünstigt. Weiteren Auftrieb erhielt der Dollar im Laufe des Sommers, als sich das amerikanische Handelsbilanzdefizit zurückbildete und das Federal Reserve System zu einer strafferen Geldpolitik überging. Um den Kursauftrieb der amerikanischen Währung in Grenzen zu halten, intervenierten die meisten Zentralbanken in den Monaten Mai bis August mit massiven Dollarverkäufen. Als weitere Abwehrmassnahme wurden im Sommer die Leitzinsen verschiedener europäischer Zentralbanken erhöht. In den Monaten Oktober bis Dezember geriet der Dollar hingegen erneut unter Druck, nachdem das amerikanische Handelsbilanzdefizit und die Konjunkturprognosen für die Vereinigten Staaten ungünstiger als erwartet ausgefallen waren. Zur Kursstützung kauften verschiedene Zentralbanken in den Monaten November und Dezember wieder Dollars. Die Wechselkurse des Dollars für die wichtigen Währungen lagen im Jahresdurchschnitt 1988 insgesamt nur geringfügig unter den Vorjahreswerten. Das Pfund Sterling wertete sich gegenüber den Währungen anderer europäischer Länder als Folge der restriktiveren britischen Geldpolitik um die Jahresmitte auf.

Dollarkursverlauf und Devisenmarktinterventionen

Das durchschnittliche Haushaltsdefizit der OECD-Länder sank im Jahre 1988 auf 2,0% des Bruttosozialproduktes (Vorjahr: 2,5%). Diese Verbesserung ist hauptsächlich auf den weltweiten Konjunkturaufschwung zurückzuführen; wird der Fehlbetrag um die konjunkturbedingten Änderungen der Staatseinnahmen und -ausgaben bereinigt, blieb er im OECD-Durchschnitt weitgehend stabil. Das Haushaltsdefizit der Vereinigten Staaten nahm im Fiskaljahr 1988 um 5,4 Mrd Dollar auf 155,1 Mrd Dollar zu, während es im Vorjahr um 71 Mrd Dollar gesunken war.

Leichte Zunahme des amerikanischen Budgetdefizits

Die Fiskalbehörden mehrerer Länder planten oder verwirklichten im Jahre 1988 Steuerreformen mit dem Ziel, hohe, wachstumshemmende Grenzsteuersätze zu senken. Da sie sich gleichzeitig um eine weitere Verringerung ihrer Haushaltsdefizite bemühten, waren sie bestrebt, die Steuerreformen so zu gestalten, dass sie eine neutrale Wirkung auf die Steuereinnahmen ausübten. So wurde in Japan die Einführung einer dreiprozentigen Mehrwertsteuer auf den 1. April 1989 beschlossen, um den Einnahmehausfall bei den direkten Steuern auszugleichen. In der Bundesrepublik Deutschland setzten die Behörden den zweiten Teil eines grösseren Steuerpakets in Kraft. Zusätzlich zogen sie eine erst für 1990 vorgesehene steuerliche Entlastung von 5 Mrd D-Mark vor. In Grossbritannien ergab sich im Fiskaljahr 1988/89 ein bedeutender Haushaltsüberschuss, obschon der maximale Einkommenssteuersatz von 60% auf 40% reduziert worden war.

Steuerreformen

3. Finanzmärkte

Erster Schritt zur Konvergenz der Bankenaufsicht

Die Umstrukturierung der Finanzmärkte setzte sich im Jahre 1988 fort. Die zunehmende Liberalisierung im Finanzbereich verstärkte den internationalen Wettbewerb und macht eine Angleichung der nationalen Aufsichtssysteme über die Kredit- und Wertpapiermärkte dringlich. Ein konkreter Schritt zur Konvergenz der Bankenaufsicht wurde im Rahmen der Zehnergruppe durch die Verabschiedung von Richtlinien für einen einheitlichen, risikobezogenen Eigenkapitalstandard für international tätige Banken (Basler-Modell) getan. Im Wertpapierbereich steckt die internationale Koordination der Aufsicht hingegen immer noch in den Anfängen. Der Aktienkurseinbruch förderte die Bestrebungen nationaler Aufsichtsorgane, von sich aus Verbesserungen zur Überwachung der Wertpapiermärkte einzuführen. Dazu zählen die Verschärfung der Deckungserfordernisse für Finanztermingeschäfte und die Einführung von Preislimiten an Futures- oder Kassamärkten in mehreren Ländern.

Anhaltende Zunahme des Emissions- und Kreditvolumens

Das grenzüberschreitende Emissions- und Kreditvolumen lag in den ersten drei Quartalen des Jahres 1988 mit 337 Mrd Dollar um 14,5% über dem entsprechenden Vorjahresstand. Während die Syndikatskredite und die Emission festverzinslicher Wertpapiere um 45,8% bzw. 15,1% stiegen, bildete sich die Ausgabe von Aktien als Folge des Börsenkrachs um 63,3% zurück. Die Anleihen mit festen Zinssätzen erreichten mit 122 Mrd Dollar einen neuen Rekord. Ferner verdoppelte sich der Wert der Anleihen mit variablen Zinssätzen auf über 14 Mrd Dollar. Diese Zunahme geht vor allem auf die wachsende Bedeutung des Euro-Sterling-Marktes zurück. Die Anleihen mit Eigenkapitalbezug (Wandelanleihen und Anleihen mit Option zum Aktienbezug) lagen mit 33 Mrd Dollar um 15,7% unter dem Vorjahreswert.

Hoher Anteil der OECD-Schuldner an Konsortialkrediten

Der weltweite Konjunkturaufschwung, die Finanzierung von Übernahmen grosser Unternehmungen sowie der Rückgang der langfristigen Zinssätze trugen zur Wiederbelebung des Kreditgeschäftes bei. Daraus lässt sich hingegen keine Rückkehr zu den Finanzierungsmustern der frühen achtziger Jahre erkennen, als die Länder Osteuropas und der Dritten Welt als Schuldner am Konsortialkreditmarkt dominierten. 81,7% der gesamten Konsortialkredite entfielen auf OECD-Schuldner (Durchschnitt 1985—1987: rund 68%). Der Anteil der grenzüberschreitenden Kredite, die auf US-Dollar lauteten, stieg zu Lasten des Pfunds Sterling und des japanischen Yen um rund 10 Prozentpunkte auf 75,6%. Sehr beliebt waren Fazilitäten mit Mehrfachoptionen, die es dem Kreditnehmer erlaubten, die Mittel in verschiedenen Währungen und innerhalb einer bestimmten Zeitspanne zu beanspruchen. Bemerkenswert war auch die Tatsache, dass sich die internationale Geschäftstätigkeit der japanischen Banken im zweiten Quartal deutlich verlangsamte. Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) führte dies teilweise auf saisonale Faktoren sowie auf die sich aus dem Basler-Modell ergebende Verpflichtung der japanischen Banken, ihre Eigenkapitalbasis zu verstärken, zurück.

An den meisten wichtigen Aktienmärkten erholten sich die Kurse 1988 deutlich von den Folgen des Börsenkrachs von Oktober 1987. Sie lagen allerdings grösstenteils immer noch deutlich unter dem kurz vor dem Aktiensturz erreichten Höchststand. Eine Ausnahme bildete lediglich Japan, wo die Aktienkurse 1988 Rekordwerte erzielten. Die schweizerischen Aktienkurse stiegen 1988 gemäss SBV-Gesamtindex durchschnittlich um 21,4%. Währungsbereinigt ist dies im internationalen Vergleich ein bescheidener Anstieg.

Aktienkursniveau unter jenem des Vorjahres

4. Internationale Verschuldung und monetäre Zusammenarbeit

Die wirtschaftliche Lage der Entwicklungsländer blieb auch im Jahre 1988 prekär. Das Wirtschaftswachstum war insgesamt schwach, obschon zwischen den einzelnen Ländergruppen beträchtliche Unterschiede bestanden. Während das reale Pro-Kopf-Einkommen in den asiatischen Schwellenländern um mehr als 5,5% wuchs, blieb es in den afrikanischen Ländern südlich der Sahara konstant und ging in den lateinamerikanischen Ländern sogar zurück. Die Verringerung des Lebensstandards in Lateinamerika ging mit einer Verschärfung der Inflation und einer Zunahme der Haushaltsdefizite einher. Auch die Wachstumsaussichten sind in Lateinamerika eher düster, da die Investitionsausgaben nicht mehr so kräftig steigen wie früher. Diese verharren seit 1983 auf einem Niveau von rund 18% des Bruttoinlandsprodukts, nachdem sie im Durchschnitt der siebziger Jahre noch 23% betragen hatten. Die Ertragsbilanzen der Entwicklungsländer verschlechterten sich 1988 insgesamt, wobei dies hauptsächlich auf die erdölexportierenden Länder zutrifft.

Beträchtliche Wachstumsunterschiede unter den Entwicklungsländern

Die zweigleisige Strategie zur Bewältigung des Schuldenproblems, die im Jahre 1986 in Diskussion kam, wurde im Jahre 1988 weiterverfolgt. Sie besteht darin, die Schwellenländer und die ärmsten Entwicklungsländer unterschiedlich zu behandeln. Im Falle der Schwellenländer schliessen die Regierungen der Gläubigerstaaten einen generellen Schuldenerlass aus. Insbesondere lehnen sie eine Übertragung von Risiken, die von privaten Geldgebern eingegangen wurden, auf staatliche Institutionen ab. Dennoch unterstützen sie die Bemühungen der Schwellenländer um eine Verringerung ihrer Schuldenlast, die jedoch auf freiwilliger Basis und zu den geltenden Marktkonditionen erfolgen soll. Im Einklang mit dieser Strategie wurde im Jahre 1988 versucht, verschiedene marktconforme Möglichkeiten für eine Erleichterung der Schuldenlast auszuschöpfen. Einige Schwellenländer wandelten ausländische Bankschulden zu unterschiedlichen Bedingungen in Wertpapiere um. So bot Mexiko den Gläubigern an, seine Bankschulden mit Abschlag zurückzukaufen und in Obligationenanleihen umzuwandeln; deren Rückzahlung ist durch mexikanische Guthaben, die beim amerikanischen Schatzamt in Form von

Fortsetzung der zweigleisigen Schuldenstrategie

couponlosen Obligationen (zero-coupons bonds) gehalten werden, gewährleistet. Für die ärmsten Entwicklungsländer wurde ein anderes Vorgehen gewählt. So wiesen die Staats- und Regierungschefs der sieben grössten Industrienationen anlässlich des Weltwirtschaftsgipfels von Toronto erneut darauf hin, dass Zugeständnisse an die ärmsten Entwicklungsländer unumgänglich seien. Dabei kann es sich um Umschuldungsvereinbarungen zu Vorzugszinsen, um die Verlängerung von Rückzahlungsfristen oder um einen teilweisen Erlass der Verpflichtungen, die aus dem Schuldendienst resultieren, handeln. Die Gläubigerstaaten sind beauftragt, diese Strategie im Rahmen des Pariser Klubs anzuwenden.

Der Internationale Währungsfonds (IWF) spielte weiterhin eine entscheidende Rolle bei der Gestaltung der Schuldenstrategie. Einerseits koordinierte er wie bisher die Kreditfähigkeit privater und offizieller Geldgeber, indem er zusammen mit den Schuldnerländern Strukturanpassungsprogramme ausarbeitete und die Bedingungen, die er an seine eigenen Kredite knüpft, durchsetzte. Andererseits modifizierte er seine Kreditpolitik in verschiedener Hinsicht. So änderte er die Anwendungsbestimmungen für die Erweiterte Fondsfazilität (Extended Fund Facility; EFF). Ferner ergänzte er die Kompensierende Finanzierungsfazilität durch die sogenannte Eventualfazilität, woraus die Eventual- und Kompensierende Finanzierungs-Fazilität (Contingency and Compensatory Financing Facility; CCFF) entstand. Mit diesem Instrument soll eine Ausgleichsmöglichkeit für Zahlungsbilanzdefizite zur Verfügung gestellt werden, die aufgrund einer unvorhergesehenen Erhöhung der Zinssätze oder der Einfuhrpreise entstehen. Im Hinblick auf die ärmsten Entwicklungsländer baute der IWF insbesondere seine Strukturanpassungsfazilität aus, woraus die Erweiterte Strukturanpassungsfazilität (Enhanced Structural Adjustment Facility; ESAF) entstand. Die Schweizerische Eidgenossenschaft beteiligt sich mit einem Kredit in der Höhe von 200 Mio Sonderziehungsrechten (SZR) daran. Dieser zinslose Kredit ist spätestens in 10¹/₂ Jahren rückzahlbar.

Verschiedene kreditpolitische Änderungen des IWF

C. Wirtschaftsentwicklung in der Schweiz

1. Realwirtschaftlicher Bereich

Bruttoinlandprodukt und industrielle Produktion

Das reale Bruttoinlandprodukt stieg im Jahre 1988 um 3,0% (Schätzung Bundesamt für Konjunkturfragen, BfK); im Vorjahr hatte die Zuwachsrate noch 2,3% betragen. Damit setzte sich die Wachstumsbeschleunigung fort, die Mitte des Jahres 1987 begonnen hatte. Die rege Inlandnachfrage bildete weiterhin die wichtigste Wachstumsstütze. Auch die Exporte nahmen im Gegensatz zum Vorjahr stärker als das Bruttoinlandprodukt zu. Allerdings stiegen die Importe noch kräftiger als die Exporte, so dass der Beitrag des Aussenhandels zum Wirtschaftswachstum insgesamt zurückging.

Reales Wachstum beschleunigte sich

Die Industrieproduktion dehnte sich um 7% aus. Sie nahm in ähnlichem Mass wie in den Jahren 1985 und 1986 (6% bzw. 4%) zu, nachdem sich ihr Wachstum im Jahre 1987 vorübergehend abgeflacht hatte. Die gute Konjunkturlage äusserte sich in einem hohen Bestellungseingang und Auftragsbestand. Die Kapazität der Industrie wurde in der zweiten Jahreshälfte zu 88% ausgelastet. Vor allem die Industrien mit hohem Exportanteil konnten ihre Produktion stark ausweiten. Der Geschäftsgang im Dienstleistungssektor, namentlich bei den Banken und Versicherungsgesellschaften, verlief ebenfalls gut.

Kapazitätsauslastung ausgeweitet

Privater Konsum

Der private Konsum erhöhte sich im Jahre 1988 gegenüber dem Vorjahr real um 2,3% — im Vorjahr hatte er etwas schwächer expandiert (2%). Zum guten Ergebnis trugen die Mehrausgaben sowohl für dauerhafte als auch für nicht-dauerhafte

Konsumwachstum gegenüber Vorjahr praktisch unverändert

Reales Bruttoinlandprodukt



Güter bei. Das starke Wachstum bei den dauerhaften Konsumgütern ist vor allem auf eine rege Nachfrage nach Neuwagen zurückzuführen. Der Konsum von Dienstleistungen lag ebenfalls deutlich über dem Niveau des Vorjahres. Im schweizerischen Tourismus blieb die Zahl der Logiernächte in- und ausländischer Gäste praktisch unverändert, während die Ausgaben der Inländer für Auslandferien stiegen (vgl. auch Abschnitt Zahlungsbilanz).

Investitionen

Weiterhin starke Zunahme der Anlageinvestitionen

Die Investitionen nahmen im Jahre 1988 real um 5,8% zu (1987: 7,6%). Damit stieg diese Komponente der Gesamtnachfrage am stärksten, obwohl die Zuwachsrate etwas geringer war als im Vorjahr. Die Bau- und Ausrüstungsinvestitionen expandierten mit Raten von 4,6% bzw. 7,5%). Im Vorjahr waren die Ausrüstungsinvestitionen mit 11,3% noch wesentlich rascher gestiegen. Für das Wachstum der Bauinvestitionen waren vor allem der gewerbliche und der öffentliche Bau (Tiefbau) verantwortlich.

Aussenhandel

Belebung der schweizerischen Exporte

Die gute Konjunktur im Ausland belebte die schweizerischen Exporte. Die Güterausfuhren erhöhten sich im Jahre 1988 real um 6,8%; sie lagen damit deutlich über dem Niveau der beiden Vorjahre.

Die Gliederung nach Wirtschaftsräumen zeigt, dass die Exportbeschleunigung breit abgestützt war. Die schweizerischen Exporteure vermochten nicht nur ihre wertmässigen Lieferungen in den OECD-Raum wesentlich zu erhöhen (9,7%), sondern auch in die Länder ausserhalb der OECD (10,0%). Innerhalb der OECD-Länder, die mit einem Anteil von rund 80% die Hauptabnehmer schweizerischer Güter sind, wuchsen die Exporte in die EG überdurchschnittlich.

Rege Importnachfrage

Die günstige Wirtschaftsentwicklung in der Schweiz äusserte sich in einer regen Importnachfrage. Die Gütereinfuhren nahmen real um 8,1% zu (1987: 5,8%). Besonders stark erhöhten sich die Importe von Investitionsgütern. Die hohe Zuwachsrate erklärt sich vor allem durch Maschinenkäufe; zudem deutet der Zuwachs der Neuzulassungen auf eine rege Nachfrage nach Lastwagen hin.

Zahlungsbilanz

Rückgang des Ertragsbilanzüberschusses

Der Überschuss der Ertragsbilanz verminderte sich im Jahre 1988 wie im Vorjahr erneut; der Saldo sank um 1,7 Mrd auf 9,1 Mrd Franken. Die Ausgaben wuchsen bei allen Teilbilanzen der Ertragsbilanz kräftiger als die Einnahmen.

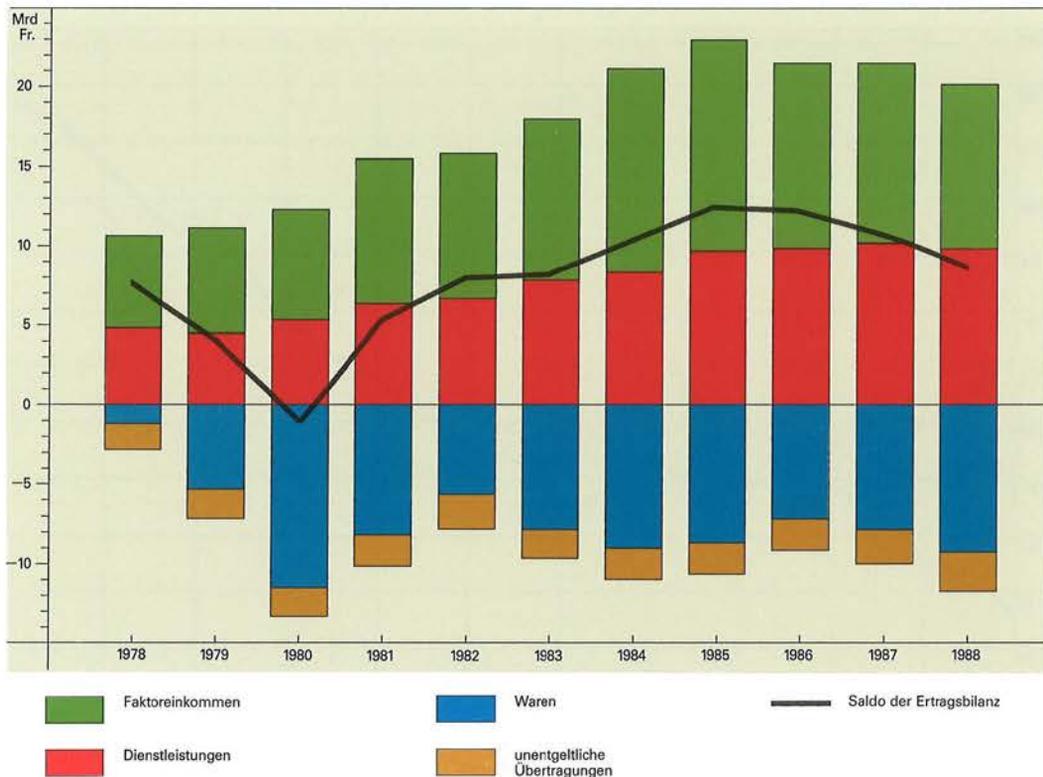
Aussenhandel



Das Defizit beim Warenverkehr erreichte im Jahre 1988 einen Betrag von 9,3 Mrd Franken und lag damit um 0,8 Mrd über dem Vorjahresniveau; das beschleunigte Importwachstum widerspiegelt die gute Wirtschaftsentwicklung. Der Überschuss aus dem Dienstleistungsverkehr verminderte sich auf 9,9 Mrd Franken. Zum schwächeren Ergebnis der Dienstleistungsbilanz trugen neben der rückläufigen Fremdenverkehrsbilanz vor allem die geringeren Kommissionseinnahmen der Banken bei. Der Rückgang der Zahl ausländischer Touristen in der Schweiz führte dazu, dass sich der Dienstleistungsexport im Fremdenverkehr nur geringfügig erhöhte. Da gleichzeitig die inländische Nachfrage nach Auslandsreisen wie schon im Vorjahr kräftig stieg, nahm der Überschuss der Fremdenverkehrsbilanz um 0,6 Mrd auf 1,7 Mrd ab und erreichte damit den tiefsten Stand seit 1979. Die Faktoreinkommen blieben mit einem Überschuss von 11,1 Mrd Franken gegenüber dem Vorjahr unverändert. Die wachsende Zahl von ausländischen Grenzgängern liess die Ausgaben bei den Arbeitseinkommen von 4,3 auf 5 Mrd Franken stark steigen. Der Saldo der Kapitalertragsbilanz nahm um 0,7 Mrd auf 16,1 Mrd Franken zu.

Ausgaben der Teilbilanzen wuchsen stärker als Einnahmen

Ertragsbilanz



Unentgeltliche Übertragungen ans Ausland stiegen kräftig

Das Defizit der Bilanz der unentgeltlichen Übertragungen erhöhte sich von 2,2 Mrd Franken im Vorjahr auf 2,6 Mrd im Jahre 1988. Die Ausgaben nahmen wegen der Geldüberweisungen von ausländischen Arbeitskräften, der Auslandhilfe des Staates und der Sozialversicherungszahlungen an das Ausland zu, während die Einnahmen unverändert blieben.

Kapitalverkehr der Banken verringerte sich

Der Kapitalverkehr der Banken (inländische Bankstellen mit einer Bilanzsumme von über 100 Mio Franken) verringerte sich im Jahre 1988 infolge des rückläufigen Interbankgeschäfts deutlich. Der Nettokapitalexport der Banken erreichte mit 3,5 Mrd Franken nur noch rund einen Viertel des Betrages von 1987. Die Kredite, welche die Banken ans Ausland gewährten, fielen von 25,6 Mrd auf 0,4 Mrd Franken, während die den Banken aus dem Ausland zufließenden Gelder von 20 Mrd auf 4,9 Mrd schrumpften. Die Banken verminderten beim Interbankgeschäft ihre Gläubigerposition im Jahr 1988 um 12,7 Mrd, nach einer Zunahme von 3,4 Mrd Franken im Vorjahr. Dagegen erhöhten sie ihre Kapitalexporte für langfristige Kredite an Nichtbanken von 5,5 Mrd im Vorjahr auf 5,6 Mrd Franken im Jahre 1988. Der Kapitalexport in Form von Treuhandanlagen für Inländer nahm von 7,5 Mrd 1987 auf 7,7 Mrd Franken zu. Der Edelmetallverkehr ergab einen Importüberschuss von 0,2 Mrd Franken, nach 1,9 Mrd Franken im Vorjahr.

Der Rückgang des Kapitalexports der Banken ist auf zwei Faktoren zurückzuführen. Einerseits spiegelte er den Konjunkturaufschwung im Inland, der für den deutlichen Anstieg der schweizerischen Importe und die Verringerung des Ertragsbilanzüberschusses verantwortlich war. Ferner ging der Konjunkturaufschwung mit einem starken Wachstum der Bankkredite an Inländer einher. Das starke Wachstum der inländischen Kredite schlug sich in einer geringeren Zunahme der Interbankkredite ans Ausland nieder. Der schrumpfende Ertragsbilanzüberschuss wurde somit durch einen Rückgang des Kapitalexports der Banken kompensiert. Der im Jahre 1988 beobachtete Verlauf des Kapitalexports der Banken, der Bankkredite an Inländer und des Ertragsbilanzüberschusses ist typisch für die Aufschwungsphase der schweizerischen Konjunktur. Andererseits wandelten die Anleger Bankeinlagen in Wertpapiere um. Nach dem Börsenkrach erhielten die Banken umfangreiche liquide Mittel, die sie grösstenteils im Ausland plazierten. Im Jahre 1988 flossen diese Mittel wieder von den Banken ab und wurden in Wertpapieren angelegt.

Gründe für den rückläufigen Kapitalexport der Banken

Öffentliche Hand

Der Konsum von Bund, Kantonen und Gemeinden (ohne Sozialversicherung) stieg im Jahre 1988 real um 3,2%, gegenüber 2,3% im Vorjahr. Sein Anteil am Bruttoinlandprodukt blieb mit rund 12% gegenüber dem Vorjahr praktisch unverändert. Die Ausgaben des Bundes betragen 26,6 Mrd Franken, während sich die Einnahmen

Haushaltsüberschuss des Bundes höher als erwartet

Zahlungsbilanz 1984—1988

Saldi¹ in Mrd Franken

	1984	1985	1986	1987	1988 ^a
1. Ertragsbilanz	10,3	12,4	12,3	10,8	9,1
Warenverkehr	- 9,0	- 8,7	- 7,4	- 8,5	- 9,3
Dienstleistungen	8,4	9,7	10,1	10,4	9,9
Faktoreinkommen ²	12,8	13,4	11,6	11,1	11,1
Unentgeltliche Übertragungen	- 2,0	- 2,0	- 2,0	- 2,2	- 2,6
2. Kapitalverkehr	- 9,5	-15,4	- 9,6	-12,8	...
Direktinvestitionen	- 1,5	- 8,7	0,6	- 0,4	...
Portfolioinvestitionen	- 6,8	- 2,7	2,5	0,9	...
Kapitalverkehr der Geschäftsbanken ³	- 2,2	-12,5	-17,1	-15,0	- 3,5
Übriger erfasster Kapitalverkehr	0,9	8,5	4,4	1,7	...
3. Nicht erfasste Transaktionen und statistische Fehler	2,8	5,9	- 0,8	6,6	...
4. Veränderung der Währungsreserven der SNB ⁴	3,5	2,8	1,9	4,6	- 3,5
Zinserträge auf Devisen	3,1	3,4	2,4	1,9	2,2
Devisenswaps ⁵	1,8	- 0,6	0,5	1,4	- 5,0
Übrige Devisentransaktionen ⁵	- 1,4	0,0	- 1,0	1,3	- 0,7

Anmerkungen:

... noch keine Daten verfügbar.

p = provisorische Angaben.

¹ Ein Minuszeichen bedeutet bei der Ertragsbilanz einen Überschuss der Importe über die Exporte, beim Kapitalverkehr einen Kapitalexport.

² Kapital- und Arbeitseinkommen.

³ Inklusive Treuhand- und Edelmetallgeschäfte.

⁴ Ohne Berücksichtigung der Wechselkursverluste auf dem Devisenbestand; ein Pluszeichen bedeutet einen Zuwachs, ein Minuszeichen eine Abnahme der Währungsreserven der SNB.

⁵ Ein Pluszeichen bedeutet Nettokäufe, ein Minuszeichen Nettoverkäufe von Devisen.

auf 27,9 Mrd Franken beliefen. Da die Einnahmen den budgetierten Wert überstiegen, fiel auch der Überschuss mit 1,25 Mrd Franken leicht höher als ursprünglich erwartet aus. Das Budget des Bundes für das Jahr 1989 ergibt einen Überschuss von 0,2 Mrd Franken. Das Wachstum der Ausgaben wurde im Vorjahresvergleich mit 7% und das der Einnahmen mit 3% höher budgetiert.

Rechnungsüberschuss
der Kantone übertraf
Vorjahreswert

Mit Ausgaben von insgesamt 32,5 Mrd und Einnahmen von 33,0 Mrd Franken wiesen die Kantone im Jahr 1987 — für 1988 liegen noch keine Abschlüsse vor — einen Rechnungsüberschuss aus, der im Vergleich zum Jahre 1986 um 30% höher lag. Trotz zahlreicher Steuererleichterungen, die sich in den Rechnungen des Jahres 1987 erstmals auswirkten, wuchsen die Einnahmen stärker als die Ausgaben.

Beschäftigung und Arbeitsmarkt

Baugewerbe und
Dienstleistungssektor
bewirkten Beschäfti-
gungsanstieg

Die Beschäftigung stieg im Jahre 1988 nochmals um 1,2%, nachdem sie bereits in den beiden Vorjahren deutlich zugenommen hatte. Das zuvor ausserordentlich starke Wachstum im Bereich der Banken und Finanzgesellschaften verlangsamte sich; deshalb fiel die Beschäftigungszunahme im Dienstleistungssektor mit 1,8% leicht schwächer aus als im Vorjahr. Die Beschäftigung im Baugewerbe erhöhte sich markant um 1,4%. Im industriellen Sektor blieb sie praktisch unverändert. Allerdings entwickelte sie sich je nach Industriezweig unterschiedlich: Während die Zahl der Beschäftigten in der chemischen Industrie und in der Uhrenindustrie im Laufe des Jahres stark stieg, ging sie im Maschinen- und Fahrzeugbau sowie in der Textil-, der Bekleidungs- und der Lederindustrie zurück.

Zahl der Arbeitslosen
sank weiter

Die Zahl der Arbeitslosen sank im Jahre 1988 weiter. Gleichzeitig nahmen die gemeldeten offenen Stellen stetig zu. Der Arbeitsmarkt blieb angespannt. Es mangelte vor allem an qualifizierten und spezialisierten Arbeitskräften.

Preise und Löhne

Beschleunigung der
Teuerung

Der Konsumentenpreisindex stieg im Jahre 1988 durchschnittlich um 1,9%; die Teuerung, die im Vorjahr noch 1,4% betragen hatte, beschleunigte sich leicht. Während das Preisniveau für Auslandgüter unverändert blieb, erhöhte sich der Index für die Inlandgüter um 2,6%. Die Preise für Dienstleistungen nahmen wegen der Teuerung im Bereich der Körper- und Gesundheitspflege mit 2,7% stärker zu als jene für Güter (+0,9%).

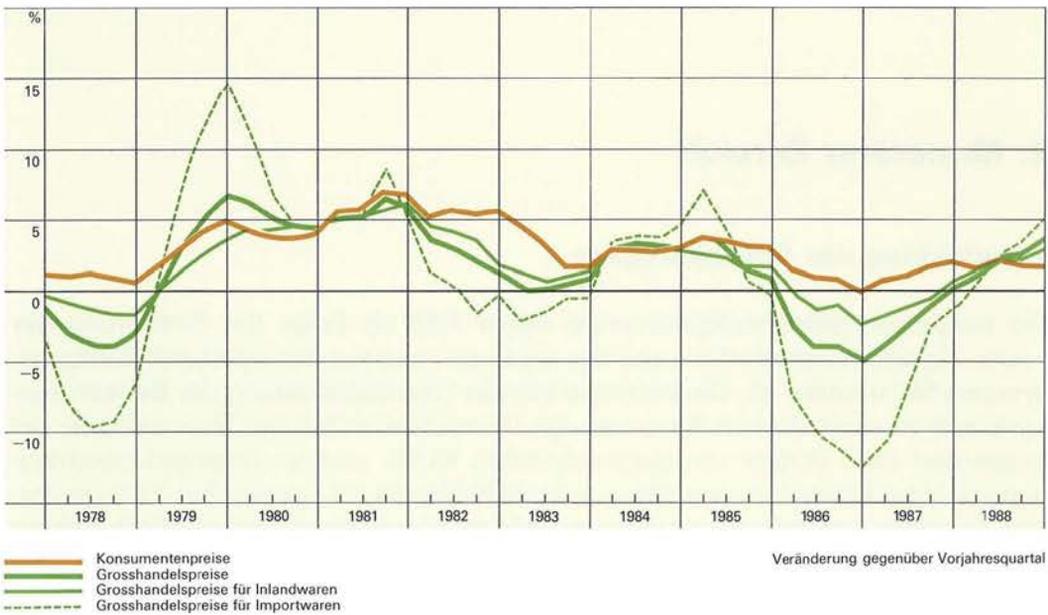
Deutlicher Anstieg der
Grosshandelspreise

Die Grosshandelspreise erhöhten sich zum ersten Mal seit 1985 wieder (2%); ihr Anstieg beschleunigte sich insbesondere im zweiten Halbjahr 1988. Die Preise der Inland- und Auslandgüter nahmen um 2,0% bzw. 2,1% zu. Gegliedert nach Verwendungszweck sank der Index für Energieträger und Hilfsstoffe, während jener für Rohstoffe und Halbfabrikate um 3,8% stieg.

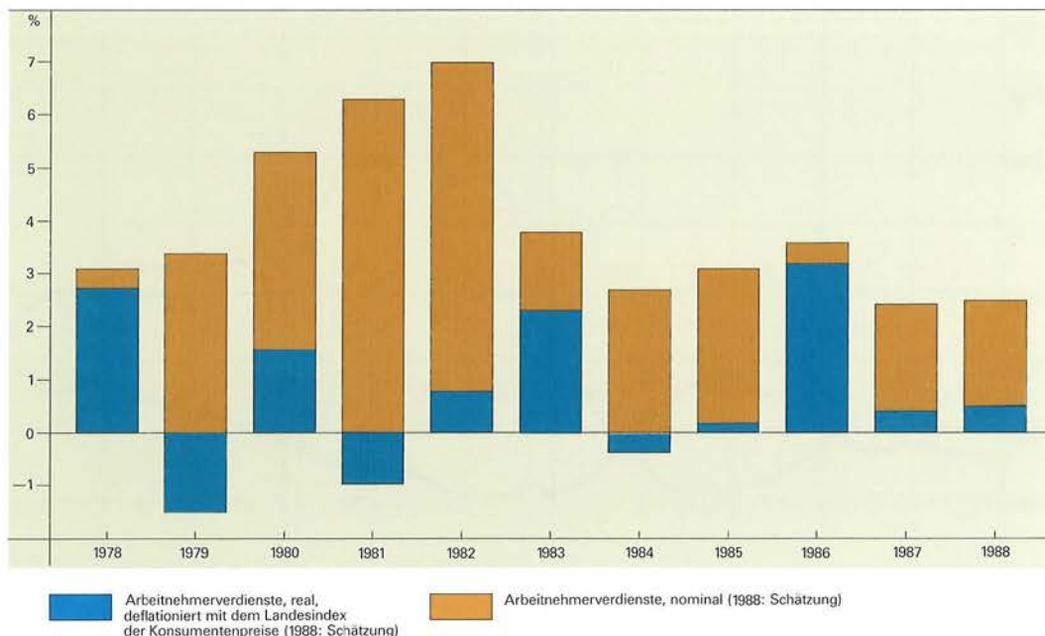
Arbeitsmarkt



Preisveränderungen



Nominales und reales Wachstum der Löhne



Zunahme der Real-
löhne

Gemessen am Verdienst verunfallter Arbeiter in der Industrie, im verarbeitenden Gewerbe und im Baugewerbe nahmen die Nominallöhne zwischen dem dritten Quartal 1987 und dem dritten Quartal 1988 um 3,2% zu. Unter Berücksichtigung der Erhöhung der Konsumentenpreise stiegen die Reallöhne um 1,3% (1987: 1,1%).

2. Monetärer Bereich

Entwicklung der Geldaggregate

Rückgang der bereinig-
ten Notenbankgeld-
menge

Die bereinigte Notenbankgeldmenge nahm 1988 als Folge der Einführung der neuen Liquiditätsvorschriften und des weiteren Ausbaus des Interbank-Zahlungssystems SIC deutlich ab. Die Verringerung der Liquiditätshaltung der Banken äusserte sich in einer starken Abnahme der Giro Guthaben bei der Nationalbank, die gegenüber dem Vorjahr um durchschnittlich 33,9% sanken. Dagegen beschleunigte sich das Wachstum des Notenumlaufs 1988 auf 4,2%, gegenüber 3,5% im Vorjahr. Für diese Entwicklung gibt es zwei Gründe. Einerseits stimulierte die Zunahme des Realwachstums und der Teuerung in der Schweiz die Nachfrage nach Banknoten. Andererseits veranlasste der Rückgang der Zinsen die Anleger, einen grösseren

Entwicklung der bereinigten Notenbankgeldmenge und ihrer Komponenten Quartals- und Jahresdurchschnitte¹

	Notenumlauf Mio Fr.	Giro Guthaben von Banken Mio Fr.	Ultimokredite Mio Fr.	BNBGM ² Mio Fr.	Veränderung in %
1984	23 263	7 826	605	30 484	2,6
1985	23 626	8 090	574	31 142	2,2
1986	23 951	8 297	481	31 768	2,0
1987	24 785	8 647	724	32 708	2,9
1988	25 819	5 667	66	31 420	-3,9
1988 1. Quartal	25 525	7 620	125	33 020	1,3
2. Quartal	25 516	5 627	47	31 096	-3,6
3. Quartal	25 660	5 247	50	30 856	-4,5
4. Quartal	26 574	4 175	41	30 708	-8,7

¹ Durchschnitt aus Monatswerten; Jahres- und Quartalsveränderungen sind Durchschnitte der monatlichen Veränderungsraten

² Bereinigte Notenbankgeldmenge = Notenumlauf + Giro Guthaben - Ultimokredite.

ren Anteil ihres Vermögens in Banknoten zu halten. Statistische Untersuchungen deuten darauf hin, dass in der Schweiz die Nachfrage vor allem nach grossen Banknotenabschnitten (500 und 1000 Franken) auf Änderungen der Geldmarkt- und Sparzinsen reagiert. Wie bereits im Vorjahr stieg deshalb die Nachfrage nach grossen Abschnitten am schnellsten, nämlich um 4,9% im Jahresdurchschnitt gegenüber 3,3% bei den kleinen Stückelungen.

Die Geldmenge M_1 stieg 1988 um 14,5%. Die im Vorjahr registrierte Erhöhung um 7,5% wurde somit deutlich überschritten. Die starke Wachstumsbeschleunigung von M_1 widerspiegelte vor allem einen starken Anstieg der Zuwachsrates der Sichteinlagen auf 19,2%, nach 10% im Vorjahr. Diese Entwicklung setzte mit dem Jahresanfang 1988 ein. Üblicherweise erhöht sich die Geldmenge M_1 am Jahresende vorübergehend aus saisonalen Gründen. Dies war auch im Dezember 1987 deutlich der Fall, doch bildete sie sich im Januar 1988 im Unterschied zu früheren Jahren nicht zurück. Gleichzeitig nahmen die Termineinlagen bei den Banken zwischen Dezember 1987 und Februar 1988 stark ab. Diese Entwicklung, die auf eine Umschichtung von den Termin- zu den Sichteinlagen hindeutet, kann mit der Einführung der neuen Liquiditätsvorschriften erklärt werden, welche das Verhalten der Bankkunden, insbesondere der grossen Industrie- und Handelsunternehmen sowie der institutionellen Anleger, verändert haben. Unter dem alten Liquiditätsregime schnellten die kurzfristigen Geldmarktsätze am Monatsultimo regelmässig in die Höhe. Um in den Genuss dieser hohen Ultimosätze zu gelangen, wandelte ein Teil der Bankkunden vorübergehend Sichteinlagen in kurzfristige Termineinlagen um.

Wachstumsschub der
Geldmenge M_1

Unter den neuen Liquiditätsvorschriften verschwanden diese Ultimospitzen bei den Geldmarktsätzen und damit der Anreiz für Bankkunden, die Zusammensetzung ihrer Bankeinlagen am Monatsende zu verändern. Da die Nationalbank die Daten für die Geldmenge M_1 , wie auch für M_2 und M_3 , an den Monatsenden erhebt,

Verschwinden der
Ultimospitzen bei den
kurzen Geldmarktsätzen

Bereinigte Notenbankgeldmenge und Geldmenge M_1



fand dieses veränderte Verhalten Eingang in die Statistik. Die Geldmenge M_1 stieg somit gegenüber dem Vorjahr vor allem statistisch bedingt sprunghaft an. Innerhalb des Monats dürfte jedoch das Wachstum von M_1 wesentlich geringer gewesen sein.

Erhöhte Zunahme der Spareinlagen

Im Gegensatz zur Geldmenge M_1 wurden die Aggregate M_2 und M_3 durch die Verschiebungen von den Termin- zu den Sichteinlagen nicht beeinflusst. Der leichte Rückgang der Zuwachsrate von M_2 von 9,8% im Jahre 1987 auf 7,9% im Jahre 1988 ist unter anderem auf eine Umschichtung zugunsten der Spareinlagen zurückzuführen. Diese dürfte vor allem in der ersten Jahreshälfte erfolgt sein, da damals die Festgeldsätze deutlich unter die Sparzinsen fielen. Ein weiterer Grund für das beschleunigte Wachstum der Spareinlagen (11,4% gegenüber 9,2% im Vorjahr) liegt in der günstigen konjunkturellen Verfassung der schweizerischen Wirtschaft. Das Wachstum der Geldmenge M_3 stieg von 9,5% im Jahre 1987 auf 9,8% im Jahre 1988.

Entwicklung der Geldaggregate¹ Quartals- und Jahresdurchschnitte²

	Bargeldumlauf ³		Sichteinlagen ⁴		Geldmenge M ₁ ⁵	
	Mio Fr.	Veränderung in %	Mio Fr.	Veränderung in %	Mio Fr.	Veränderung in %
1984	21 896	2,3	39 101	2,8	60 997	2,6
1985	22 151	1,2	38 903	- 0,5	61 054	0,1
1986	22 394	1,2	43 960	7,0	66 354	5,0
1987	22 991	2,7	48 360	10,0	71 351	7,5
1988	24 137	5,0	57 452	19,2	81 589	14,5
1988 1. Quartal	23 737	4,1	57 005	24,0	80 742	17,4
2. Quartal	23 827	4,6	59 130	25,2	82 957	18,5
3. Quartal	23 963	5,7	56 209	18,0	80 172	14,0
4. Quartal	25 021	5,5	57 463	9,4	82 483	8,2

	Quasi-Geld ⁶		Geldmenge M ₂ ⁷		Spareinlagen ⁸		Geldmenge M ₃ ⁹	
	Mio Fr.	Veränderung in %	Mio Fr.	Veränderung in %	Mio Fr.	Veränderung in %	Mio Fr.	Veränderung in %
1984	43 779	10,0	104 776	5,6	135 359	6,8	240 135	6,2
1985	51 301	17,4	112 355	7,3	139 361	3,0	251 716	4,8
1986	59 814	6,9	126 168	5,9	150 979	7,5	277 146	6,7
1987	67 151	12,3	138 502	9,8	164 890	9,2	303 392	9,5
1988	67 665	0,8	149 253	7,9	183 585	11,4	332 839	9,8
1988 1. Quartal	64 073	2,3	144 816	10,2	179 921	12,0	324 737	11,2
2. Quartal	65 368	- 1,3	148 325	8,9	184 655	13,2	332 981	11,2
3. Quartal	70 426	1,7	150 599	7,9	184 429	11,4	335 027	9,8
4. Quartal	70 790	0,5	153 273	4,5	185 337	8,8	338 610	6,8

¹ Vgl. Monatsbericht der SNB, Tabellen 11 und 12, ab 1986 Fürstentum Liechtenstein = Inland

² Durchschnitt aus Monatswerten; Jahres- und Quartalsveränderungen sind Durchschnitte der monatlichen Veränderungsraten.

³ Bargeldumlauf = Noten und Münzen beim privaten Publikum.

⁴ Sichteinlagen = Inländische Sichteinlagen in SFr. des privaten Publikums bei Banken und beim Postcheck.

⁵ Geldmenge M₁ = Bargeldumlauf + Sichteinlagen (ohne Edelmetalle).

⁶ Quasi-Geld = Inländische Termineinlagen in Schweizer Franken.

⁷ Geldmenge M₂ = M₁ + Quasi-Geld.

⁸ Spareinlagen = Inländische Spareinlagen sowie Depositen- und Einlagehefte des Publikums bei Banken.

⁹ Geldmenge M₃ = M₂ + Spareinlagen.

Geldmarkt

Nach einem deutlichen Rückgang am Jahresbeginn erhöhten sich die Geldmarktsätze bis Juli wieder um über zwei Prozentpunkte auf 3,9%. Damit lagen sie ungefähr auf dem Durchschnittsniveau des Vorjahres. Bis zum Herbst gingen sie leicht zurück, doch folgte danach bis Ende Jahr ein weiterer Anstieg um rund eineinviertel Prozentpunkte. Die Phasen rückläufiger Geldmarktsätze erklären sich daraus, dass die Nationalbank das Geldangebot schrittweise an den anhaltenden Nachfragerückgang anpasste, der durch die neuen Liquiditätsvorschriften und den weiteren Ausbau des SIC ausgelöst wurde.

Vorerst starker Rückgang der Geldmarktsätze

Die Zinsdifferenzen zum Ausland vergrösserten sich. Während die Verzinsung von dreimonatigen DM-Depots im Jahresmittel 1987 nur knapp über der Rendite von

Grössere Zinsdifferenzen zum Ausland

vergleichbaren Anlagen in Schweizer Franken gelegen hatte, nahm das entsprechende Zinsgefälle im Jahre 1988 um rund einen Prozentpunkt zu. Noch stärker war die durchschnittliche Zunahme der Zinsdifferenz gegenüber Eurodollareinlagen (4,7 Prozentpunkte gegenüber 3,3 im Vorjahr).

Verringerte Liquiditätsnachfrage der Banken

Die Marktliquidität betrug gemessen an den Giro Guthaben bei der Nationalbank durchschnittlich 5,7 Mrd Franken und lag damit um 3,0 Mrd unter dem Vorjahresniveau. Die neuen Liquiditätsvorschriften bewirkten nicht nur einen starken Rückgang der durchschnittlichen Giro Guthaben; sie veränderten auch die Ultimospitzen der Giro Guthaben. Während an normalen Monatsenden derartige Ultimospitzen nicht mehr auftraten, stiegen die Giro Guthaben an den Quartalsenden nach wie vor, wenn auch in weit geringerem Ausmass als unter den früheren Liquiditätsvorschriften. Diese Zunahme der Giro Guthaben an den Quartalsenden widerspiegelt hauptsächlich das Bestreben der Banken, an den Bilanzstichtagen eine höher als normale Liquidität auszuweisen (sog. «Window dressing»). In dieser Periode passte die Nationalbank das Geldangebot an den Quartalsenden an die Nachfrage an, um einen Anstieg der kurzfristigen Zinssätze zu vermeiden.

Anmeldeverfahren abgeschafft

In Hinblick auf die stark reduzierte Bedeutung der Ultimotransaktionen hob die Nationalbank im Mai das Anmeldeverfahren für die Benützung des Notenbankkredits an den Monatsenden auf und verzichtete auf die bis dahin geltende Mindestdauer von fünf Tagen für die Beanspruchung des Lombardkredits.

Erhöhung der Leitzinsen

Die Nationalbank hob den Lombardsatz am 1. Juli und am 26. August 1988 in zwei Schritten um insgesamt einen Prozentpunkt auf 5% an. Am 26. August setzte sie gleichzeitig den Diskontsatz um einen halben Prozentpunkt auf 3% hinauf. Am

Refinanzierungskredite der Nationalbank

Monat	Refinanzierungskredite in Mio Franken, Monatsdurchschnitte aus Tageswerten							
	Swapkredite		Diskont- und Lombardkredite		Total		davon ultimo- bedingte Refinanzierungskredite ¹	
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)
	1987	1988	1987	1988	1987	1988	1987	1988
Januar	15 041	14 293	437	342	15 478	14 635	285	316
Februar	14 308	13 789	1 117	75	15 425	13 864	430	—
März	14 490	12 486	717	78	15 207	12 564	676	60
April	13 727	11 128	999	87	14 726	11 215	1 004	—
Mai	14 005	11 309	681	86	14 686	11 395	329	—
Juni	13 174	10 907	1 333	109	14 507	11 016	952	142
Juli	13 258	11 816	1 066	123	14 324	11 939	888	—
August	13 226	11 735	1 006	90	14 232	11 825	456	—
September	12 799	12 114	904	79	13 703	12 193	667	150
Oktober	12 902	10 986	926	119	13 828	11 105	791	—
November	13 249	10 646	1 192	144	14 441	10 790	741	—
Dezember	16 883	12 077	1 126	293	18 009	12 370	1 471	123

¹ Entspricht der Differenz zwischen Notenbankgeldmenge und bereinigter Notenbankgeldmenge.

19. Dezember erhöhte sie den Lombard- und Diskontsatz erneut auf 5,5% bzw. 3,5%. Seit Anfang 1988 ist die Nationalbank bestrebt, den Lombardsatz grundsätzlich über den kurzfristigen Marktsätzen zu halten. Auf diese Weise möchte sie die Banken veranlassen, den Lombardkredit nur bei ausserordentlichen Liquiditätsanspannungen zu beanspruchen.

Devisenmarkt und Wechselkurs

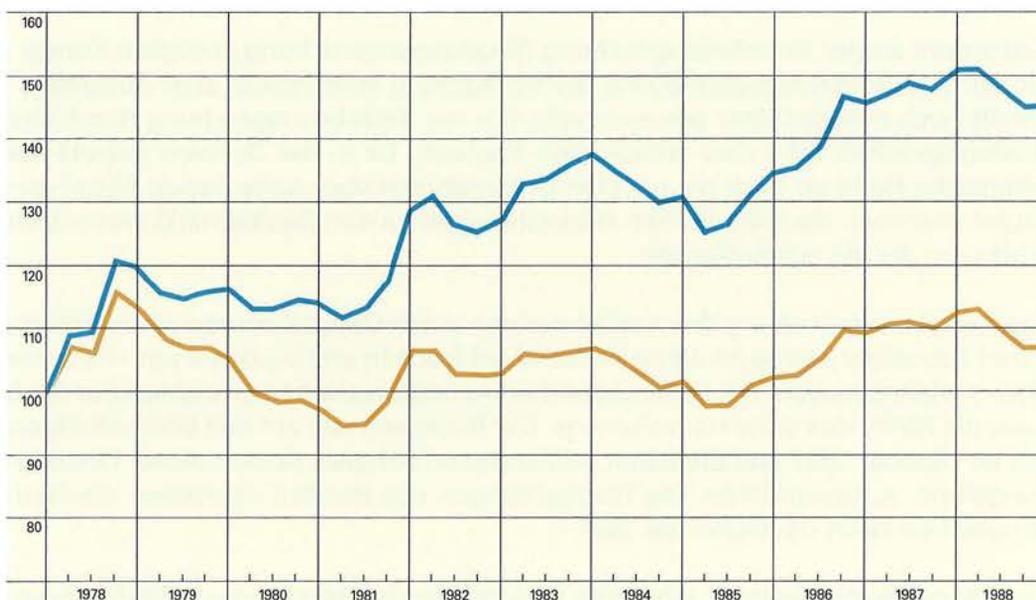
Die Wechselkurse des Schweizer Frankens gegenüber den wichtigsten Währungen entwickelten sich 1988 uneinheitlich. Nachdem Ende 1987 mit Fr.1.27 der tiefste je beobachtete Dollarkurs bezahlt worden war, erholte sich die amerikanische Währung bis Mitte August auf Fr.1.61. Danach sank der Dollarkurs bis Ende Jahr auf Fr.1.51. Der Franken bewegte sich gegenüber dem japanischen Yen und dem britischen Pfund ähnlich wie gegenüber dem amerikanischen Dollar, während er im Verhältnis zum französischen Franken und zur italienischen Lira stabil blieb. Der Frankenkurs der D-Mark lag im vierten Quartal 1988 zwischen rund 83 und 84 Rappen, nachdem er Ende Dezember 1987 einen Tiefstand von 80 Rappen erreicht hatte.

Kursanstieg von Dollar, Pfund und Yen

Der exportgewichtete Aussenwert des Frankens fiel vom ersten bis zum vierten Quartal 1988 stetig. Noch ausgeprägter war die reale Tieferbewertung des Frankens. Da die Teuerung in der Schweiz insgesamt geringer war als im Ausland, lag

Rückgang des exportgewichteten Wechselkurses

Nominaler und realer Fremdwährungskurs des Schweizer Frankens



— Nominaler Preis des Schweizer Frankens in Fremdwährungen (exportgewichteter Index; November 1977 = 100)
 — Realer Preis des Schweizer Frankens in Fremdwährungen (exportgewichteter Index, korrigiert mit den Indizes der Konsumentenpreise; November 1977 = 100)

der reale Frankenkurs im Durchschnitt des Jahres 1988 um 1,8% unter dem Stand von 1987, während er nominal lediglich um 0,9% zurückging.

Devisenmarktinter-
ventionen

Die Schweizerische Nationalbank intervenierte in Abstimmung mit anderen Zentralbanken wiederholt am Devisenmarkt. Von Januar bis April 1988 sowie im November 1988 kaufte sie insgesamt 320 Mio Dollar; zwischen Juni und Oktober verkaufte sie dagegen 730 Mio Dollar.

Kapitalmarkt

Stabile langfristige
Zinssätze

Die Entwicklung am Obligationenmarkt verlief 1988 — wie schon im Vorjahr — ruhig. Die Rendite eidgenössischer Obligationen schwankte nur wenig und lag im Jahresmittel bei 4%. Sie erreichte im April mit 3,75% ihren tiefsten Wert und im Juli mit 4,22% das Jahreshöchst. Der vorübergehende starke Rückgang der Geldmarktsätze Anfang 1988 wirkte sich kaum auf die Kapitalmarktzinsen aus. Der Hauptgrund für deren Stabilität dürfte sein, dass die Anleger die Verringerung der Geldmarktsätze Anfang 1988 als vorübergehend einschätzten.

Höhere Brutto-
beanspruchung des
schweizerischen
Kapitalmarktes

Die Bruttobeanspruchung des schweizerischen Kapitalmarktes durch Anleihe- (einschliesslich Notes) und Aktienemissionen nahm von 52,9 Mrd Franken im Vorjahr auf 56,2 Mrd zu. Davon entfielen 24,8% auf Obligationenanleihen und 4,1% auf Aktienverkäufe inländischer Emittenten. Der Anteil der Anleihen ausländischer Schuldner lag mit 71,1% deutlich über dem Vorjahresstand (1987: 68,0%).

Verlagerung vom
Inland- zum Ausland-
geschäft

Gemessen an der Nettobeanspruchung (Bruttobeanspruchung abzüglich Konversionen und Rückzahlungen) dürfte die Verlagerung vom Inland- zum Auslandgeschäft noch ausgeprägter gewesen sein (für die Nettobeanspruchung durch das Auslandgeschäft fehlt eine vollständige Statistik). Da in der Schweiz sowohl die öffentliche Hand als auch die privaten Unternehmen über hohe liquide Mittel verfügten, nahmen die inländischen Rückzahlungen an den Kapitalmarkt wesentlich stärker zu als die ausländischen.

Die Nettobeanspruchung des Kapitalmarktes durch Obligationenanleihen inländischer Schuldner betrug im Jahre 1988 5,8 Mrd Franken und lag damit um 17% unter dem Vorjahresniveau. Die schweizerischen Aktienemissionen erreichten nur noch rund die Hälfte des Vorjahresvolumens. Der Rückgang war auf den Börsenkurszerfall im Oktober 1987 und die damit verbundenen höheren Kosten dieser Finanzierungsform zurückzuführen. Die Rückzahlungen des Bundes übertrafen die Neuemissionen noch deutlicher als 1987.

Obligationenkäufe der
Nationalbank

Die Nationalbank kaufte im Jahre 1988 Obligationen im Nennwert von 539 Mio Franken. Nach Abzug der Rückzahlungen ergab dies einen Nettozuwachs von 324 Mio Franken.

Zinssätze am Jahresende (in Prozent)

	1984	1985	1986	1987	1988
Offizieller Diskontsatz	4	4	4	2½	3½
Lombardsatz	5½	5½	5½	4	5½
Privatdiskontsatz	5½	5½	5	5	5
Eurofranken (3 Monate)	4 ^{11/16}	4	3 ^{15/16}	2 ^{13/16}	4¾
Festgelder					
3— 5 Monate	4½	3½	3½	3	4½
6— 8 Monate	4½	3½	3½	3	4¼
9—11 Monate	4½	3¾	3½	3	4¼
12 Monate	4½	3¾	3½	3	4¼
Geldmarkt-Buchforderungen gegenüber dem Bund (3 Monate) ¹	4,077	3,351	3,375	2,950	4,679
Spareinlagen bei Kantonalbanken ²	3,51	3,51	3,52	3,29	3,02
Kassenobligationen bei Grossbanken					
3 und 4 Jahre	5	4¾	4½	4¼	4¼
5 und 6 Jahre	5¼	5	4½	4½	4½
7 und 8 Jahre	5¼	5	4¾	4½	4½
Anleihen ³					
Eidgenossenschaft	4¾ ⁴	4¾ ⁵	4¼ ⁶	4 ⁷	4¼ ⁸
Kantone, Gemeinden	5	4¾	4¼	4¼	4¾
Banken	5	5	4½	4½	4¾
Kraftwerke	5—5¼	5	4½	4¾	4½
Industrie	5½	5¼	—	5	—
Durchschnittsrendite der Bundesanleihen ⁹	4,60	4,42	4,05	3,95	4,11

¹ Zinssätze bei Liberierung im Dezember.

² Zinssätze Anfang Dezember.

³ Zinssätze der im 4. Quartal zuletzt begebenen inländischen Anleihssemissionen.

⁴ Tenderanleihe (Rendite: 4,70%).

⁵ Tenderanleihe (Rendite: 4,56%).

⁶ Tenderanleihe (Rendite: 4,26%).

⁷ Tenderanleihe (Rendite: 3,81%).

⁸ Tenderanleihe (Rendite: 4,21%).

⁹ Berechnet unter Berücksichtigung der Kündbarkeit.

Beanspruchung des Kapitalmarktes durch Emissionen (in Mrd Franken)

	1985		1986		1987		1988	
	brutto	netto ¹						
Schweizer Anleihen ²	11,2	6,4	11,1	5,2	11,7	7,0	13,8	5,8
Schweizer Aktien ²	2,3	2,1	6,1	5,7	5,2	5,0	2,4	2,1
Total Schweizerische Wertpapiere ²	13,5	8,5	17,2	10,9	16,9	12,0	16,2	7,9
Ausländische Anleihen ³	36,4	—	43,4	—	36,0*	—	40,0**	—
Total brutto	49,9	—	60,6	—	52,9*	—	56,2**	—

¹ Emissionswert ./.. Konversionen ./.. Rückzahlungen.

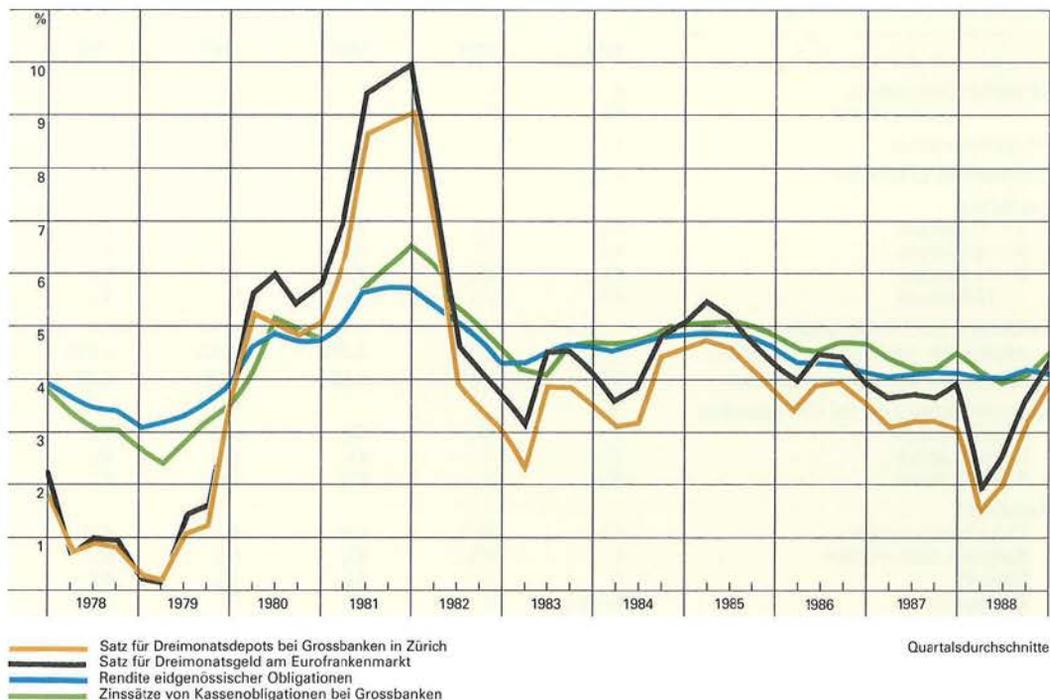
² Nur öffentlich aufgelegte Wertpapiere.

³ Inkl. Notes, keine Nettozahlen verfügbar.

* Die Differenz zu den im vergangenen Jahr veröffentlichten Zahlen erklärt sich aus Annulationen von bewilligten Anleihenstransaktionen ausländischer Schuldner nach dem Börsenkrach.

** provisorischer Wert

Geld- und Kapitalmarktsätze



Erholung der bewilligungspflichtigen Kapitalexporte

Als Folge des Aktienkurseinbruchs vom Herbst 1987 schwächte sich der bewilligungspflichtige Kapitalexport vor allem im Anleihensbereich vorübergehend stark ab. Er erholte sich aber zu Beginn des Jahres 1988 dank der tiefen Zinssätze sowie der unerwartet günstigen Wirtschaftsentwicklung erstaunlich rasch und kräftig. Das Emissionsvolumen und die Kredite übertrafen im ersten Halbjahr 1988 den entsprechenden Vorjahreswert um rund 37% bzw. gut 45%. Dieses rasante Wachstum flachte sich jedoch schon im Frühsommer wieder ab und machte anschliessend einem deutlichen Rückgang Platz. Insgesamt erreichte der bewilligungspflichtige Kapitalexport 1988 50,9 Mrd Franken, 7,6% mehr als im Vorjahr. Der Anteil der Kredite belief sich auf 21,3%.

Höherer Anteil der Industrieländer

Der grösste Teil des bewilligungspflichtigen Kapitalexports (85,5%) ging — wie schon im Vorjahr — in die Industrieländer. Japan stand mit einem Anteil von 30,5% erneut an der Spitze, während auf die Entwicklungsländer 4,9% und auf die Entwicklungsbanken 6,0% entfielen.

Bankbilanzen

Wachstum der Bankbilanzen

Die gute Konjunkturlage und die neuen Liquiditätsvorschriften prägten die Entwicklung der Bankbilanzen. Ende 1988 übertraf die Bilanzsumme von 71 Banken den

Kapitalexportbewilligungen nach Finanzinstrumenten und Ländergruppen (in Prozent)

Finanzinstrumente	1983	1984	1985	1986	1987	1988
Anleihen ¹	25,6	27,4	37,5	84,4 ²	77,3	78,7
Notes	51,4	47,6	41,5	—	—	—
Kredite	22,9	25,0	21,0	15,6	22,7	21,3
Total	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Ländergruppen						
Industrieländer	78,7	73,7	79,2	85,6	89,8	85,5
Entwicklungsländer	8,5	8,8	4,7	2,8	4,8	4,9
Staatshandelsländer	1,1	2,3	3,6	2,9	3,2	3,1
OPEC	0,6	1,0	0,2	1,2	—	0,5
Internationale Organisationen ³	11,1	14,2	12,3	7,5	2,2	6,0
Total	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Total in Mrd Franken	40,2	40,9	46,1	51,4	47,3	50,9

¹ Inklusive Fremd- und Doppelwährungsanleihen.

² Abschaffung der technischen Abgrenzungskriterien für öffentliche Anleihen und mittelfristige Schuldverschreibungen in Schweizer Franken (Notes) mit Wirkung per 29. Mai 1986.

³ Weltbank, AsDB, AfDB, IDB, EIB, Montanunion, Euratom, Wiedereingliederungsfonds des Europarates.

Vorjahreswert um 6,3% (Ende Dezember 1987: 6,6%). Zu konstanten Dollarkursen berechnet hätte die Zunahme im Jahre 1988 3,5% betragen.

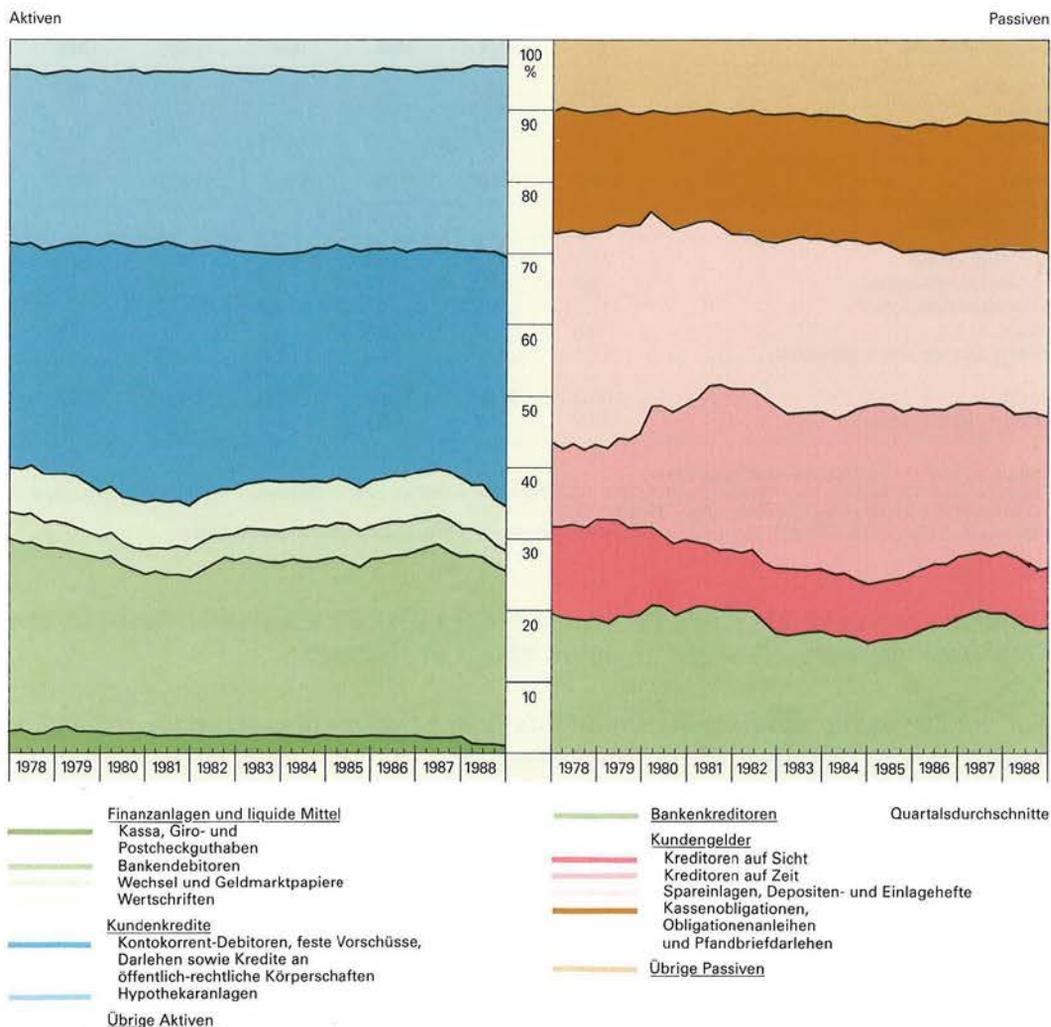
Auf der Aktivseite nahmen die Kredite dank der guten Konjunkturlage mit 14,1% erneut stark zu (Vorjahr: 10,1%). Dies beeinflusste auch die Zusammensetzung der Aktivseite der Bankbilanzen. Ende 1988 entfielen 61,9% der Bilanzsumme auf Kredite (Ende 1987: 57,7%). Das verstärkte Wachstum der Auslandskredite (von den inländischen Bankstellen und Filialen im Ausland), das in der zweiten Jahreshälfte 1987 begonnen hatte, setzte sich fort und war beinahe doppelt so hoch wie dasjenige der Inlandkredite. Besonders die ungedeckten festen Vorschüsse an das Ausland nahmen deutlich zu. Im Inlandbereich erhöhten sich die Kommerzkredite etwas stärker als die Hypotheken.

Starke Zunahme der Kredite

Da die Zunahme der Kredite jene der Publikumseinlagen übertraf, gingen die Finanzanlagen zurück. Wie das Diagramm «Mittelfluss» zeigt, erfolgte der Rückgang der Finanzanlagen in der zweiten Jahreshälfte. Ende 1988 lag dieser Posten netto — d.h. unter Saldierung des Interbankgeschäfts — um 8,8% unter dem Vorjahresstand. Der mit -55,9% überaus starke Rückgang der liquiden Mittel (Kasse, Postcheck und — als wichtigste Komponente — die Giro Guthaben bei der Nationalbank) ist vor allem dem Einfluss der neuen Liquiditätsvorschriften zuzuschreiben. Ebenfalls rückläufig waren die Wechsel und Geldmarktpapiere, die hauptsächlich auf Fremdwährungen lauten, während die bankeigenen Wertschriften minim zunahmen. Der Hauptgrund für die Verringerung der Wechsel und Geldmarktpapiere liegt in der höheren Eigenmittelunterlegung dieser Bilanzposition im Vergleich zu den Interbankguthaben. Die anteilmässig grösste Position der Finanzanlagen, der Saldo der Interbankguthaben, stieg hingegen.

Abnahme der Finanzanlagen

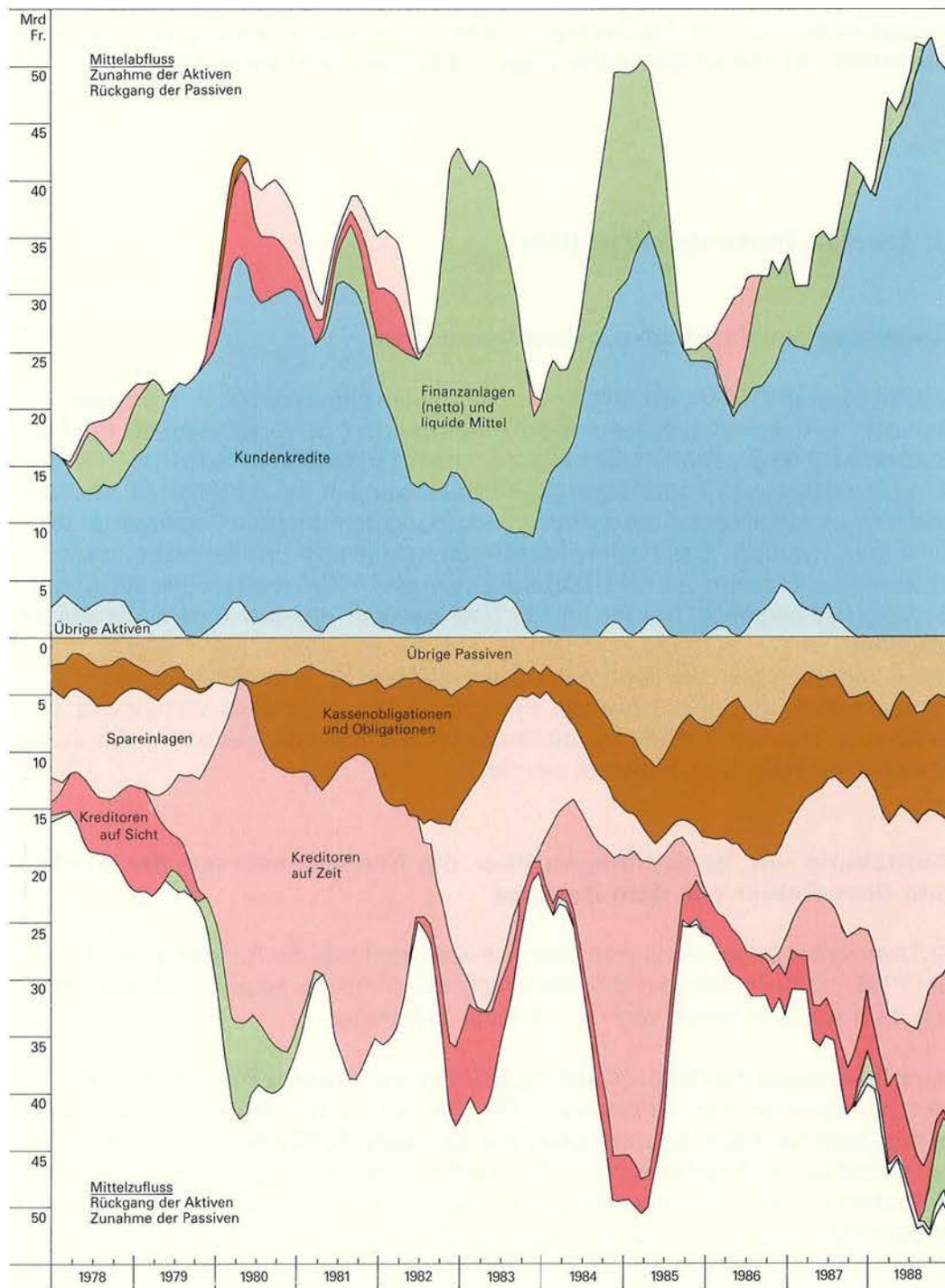
Bilanzstruktur von 71 Banken



Wachstum der Publikumsgelder

Auf der Passivseite beschleunigte sich das Wachstum der Publikumsgelder bis zum Herbst 1988; im vierten Quartal schwächte es sich jedoch wieder ab. Ende 1988 lagen die Publikumsgelder um 8,1% höher als vor Jahresfrist (Ende 1987: 6,7%). Wie im Vorjahr nahmen die Spareinlagen samt Depositengelder den ersten Platz unter den Passiven ein. Ihr Wachstum beschleunigte sich bis zur Jahresmitte und schwächte sich anschliessend ab. Ende 1988 lagen sie um 7,1% über dem Vorjahresniveau. Die Festgelder nahmen — wie das Diagramm «Mittelfluss» zeigt — vor allem in der zweiten Jahreshälfte angesichts steigender kurzfristiger Zinssätze zu. Die Sichteinlagen in Schweizer Franken stiegen sprunghaft an (vgl. Abschnitt Geldaggregate). Die Kassenobligationen- und Obligationenbestände erhöhten sich in ähnlichem Ausmass wie im Vorjahr.

Mittelfluss von 71 Banken



Quartalsdurchschnitte: absolute Veränderung gegenüber Vorjahresquartal

Anstieg der Treuhand-
geschäfte

Das Wachstum der Treuhandgeschäfte beschleunigte sich 1988. Am Ende des Jahres 1988 lagen sie um 26,1% höher als vor Jahresfrist (Ende 1987: 0,6%). Allerdings verzeichneten nur die Treuhandgeschäfte in fremder Währung ein rascheres Wachstum, die Frankengeschäfte gingen gegenüber dem Vorjahr zurück.

3. Übrige Notenbankpolitik

Änderung der Kapitalexportbestimmungen

Erleichterung für
Kreditgeschäfte

Mit Wirkung ab 27. Oktober 1988 änderte die Nationalbank die Ausführungsbestimmungen zum bewilligungspflichtigen Kapitalexport in verschiedenen Punkten. Seither wird eine generelle Bewilligung erteilt für Kredite in Schweizer Franken (Einzelkredite sowie Federführung und Beteiligungen an syndizierten Krediten) und für Währungsswaps, die mit einer im Ausland domizilierten Gegenpartei abgeschlossen werden. Die Nationalbank hat sich jedoch vorbehalten, dass bei bestimmten Ländern (derzeit Südafrika) für diese Geschäfte eine individuelle Bewilligung eingeholt werden muss. Neu geregelt wurden zudem die Meldepflichten.

Unverändert blieben die Syndizierungsvorschriften für Emissionsgeschäfte: Auslandsanleihen, die auf Schweizer Franken lauten oder eine Verbindung zum Schweizer Franken aufweisen, dürfen weiterhin nur von Instituten, die in der Schweiz ansässig sind, begeben werden.

Aufhebung der Verordnungen über die Mindestreserven der Banken und über Gelder aus dem Ausland

Auf Antrag der Schweizerischen Nationalbank beschloss der Bundesrat am 3. Oktober 1988, die Verordnungen über die Mindestreserven der Banken und über Gelder aus dem Ausland (beide vom 11. Juli 1979) aufzuheben.

Aufhebung der Min-
destreserve-
Vorschriften

Nach Auffassung der Nationalbank ergibt sich auf absehbare Zeit keine Notwendigkeit, Mindestreserven einzuführen. Die Steuerung der Notenbankgeldmenge erfolgt nach heutigem Konzept allein mit rechtsgeschäftlichen Mitteln. Schon bisher wurde auf die Abschöpfung von Bankenliquidität mittels Einforderung zinsloser Guthaben bei der Notenbank verzichtet, weil die Anwendung dieses Instruments angesichts der Verflechtung der Finanzmärkte zur Abwanderung von Bankdepositen auf den Euromarkt geführt hätte. Die statistischen Angaben, welche die Nationalbank früher über die Meldepflichten der Mindestreserven-Verordnung erhielt, erhebt sie heute gestützt auf das Bankengesetz.

Die Verordnung über Gelder aus dem Ausland enthielt seit 1980 nur noch die Ermächtigung der Nationalbank, zur Beeinflussung des Frankenkurses Devisentermingeschäfte mit einer Verfallzeit von bis zu 24 Monaten abzuschliessen. Für die Einflussnahme auf die Kursbildung einer Währung mittels Terminoperationen genügen indessen bei der heutigen Effizienz der internationalen Devisenmärkte Termingeschäfte mit einer Laufzeit von maximal 12 Monaten. Zum Abschluss derartiger Geschäfte ist die Nationalbank bereits durch das Nationalbankgesetz ermächtigt.

Verzicht auf Ermächtigung zum Abschluss mittelfristiger Devisentermingeschäfte

Ausdehnung der Bankenaufsicht auf Finanzintermediäre und Emissionshäuser

Am 20. Oktober 1988 eröffnete das Eidgenössische Finanzdepartement ein Vernehmlassungsverfahren zum Entwurf einer Änderung der Bankenverordnung, die darauf abzielt, den Geltungsbereich des Bankengesetzes auszuweiten. Die Nationalbank wirkte an der Erarbeitung dieses Entwurfs durch die Eidgenössische Bankkommission aktiv mit; sie begrüsst die angestrebte Verstärkung der Finanzmarktaufsicht.

Nach dem Entwurf sollen neu auch Finanzintermediäre und Emissionshäuser der Aufsicht unterstellt werden. Erfasst werden sollen Finanzintermediäre, die sich in erheblichem Umfang bei verschiedenen Banken refinanzieren, um damit eine unbestimmte Zahl von Personen oder Unternehmungen, mit denen sie keine wirtschaftliche Einheit bilden, auf irgendwelche Art zu finanzieren; desgleichen Finanzintermediäre, die mit verschiedenen Partnern in erheblichem Umfang Ausserbilanzgeschäfte tätigen. Auf sie und auf Emissionshäuser sollen grundsätzlich alle bankgesetzlichen Vorschriften Anwendung finden; flexible Übergangsbestimmungen sind vorgesehen, um stossende Auswirkungen des Gegenrechtserfordernisses auf ausländisch beherrschte Institute zu verhindern.

Unterstellung von Finanzintermediären und Emissionshäusern

Der Entwurf trägt der starken Verlagerung der Tätigkeit von Banken und Finanzgesellschaften auf das indifferente Geschäft Rechnung, indem er eine zeitgemässe Auslegung des Bankbegriffs vorschlägt. Er berücksichtigt das Anliegen, dass die Aufsicht — über den Gläubigerschutz hinaus — das reibungslose Funktionieren der Kredit- und Kapitalmärkte sicherzustellen hat. Im Bereich der Emissionshäuser ergänzt der Entwurf kapitalmarktrechtliche Schutzvorkehrungen wie die Prospekthaltung. Schliesslich ist die Ausdehnung der Bankenaufsicht auf Finanzgesellschaften und Emissionshäuser geeignet, einen Beitrag zu vermehrter — landesinterner und internationaler — Wettbewerbsneutralität zu leisten.

Funktionen- und Anlegerschutz

Zulassungsstelle

Als Unterzeichnerin der im Jahre 1938 abgeschlossenen «Vereinbarung betreffend die Zulassung ausländischer Wertpapiere zum offiziellen Handel an den schweizerischen Effektenbörsen» hat die Nationalbank im Oktober 1988 den Schlussbericht

Schlussbericht der Arbeitsgruppe

einer von der Vereinigung Schweizerischer Effektenbörsen eingesetzten Arbeitsgruppe entgegengenommen. Die Arbeitsgruppe, in der die Nationalbank vertreten war, gibt im wesentlichen die folgenden Empfehlungen für die künftige Tätigkeit der Zulassungsstelle: Erstens soll im Zentrum der Zulassungsprüfung wie bisher die Bonität des Emittenten stehen, doch würden Wertpapiere mit geringerer Bonität künftig zum Handel an ein gesondertes Marktsegment verwiesen. Zweitens soll geprüft werden, ob das Zulassungsverfahren auch auf Titel inländischer Emittenten ausgedehnt werden kann. Drittens soll der Kreis der Mitwirkenden in der Zulassungsstelle erweitert und eine Kontrollinstanz geschaffen werden, die deren Entschiede überprüft. In diesem Zusammenhang ist die Nationalbank eingeladen worden, einen Vertreter als Beobachter in die Zulassungsstelle zu entsenden.

Haltung der Nationalbank

Die Nationalbank leistete dieser Einladung keine Folge. Sie befürwortet zwar ebenfalls ein einheitliches Zulassungsverfahren für inländische und ausländische Wertpapiere an den Schweizer Börsen. Sie hat jedoch Vorbehalte gegenüber einer Bonitätsprüfung durch die Zulassungsstelle; eine solche lässt sich kaum objektiv durchführen, erfolgt im Zeitpunkt der Börsenzulassung der bereits emittierten Titel zu spät und wirft Probleme bei einer späteren Bonitätsverschlechterung des Emittenten auf. Die Nationalbank bevorzugt eine Regelung, bei der die Börsenzulassung aufgrund von verbesserten Publizitätsvorschriften erfolgt. Zudem könnte sich die Nationalbank innerhalb der Zulassungsstelle auch aus rechtlichen Gründen nicht zu Bonitätsfragen äussern. Im übrigen benötigt die Nationalbank die Einsprachebefugnisse, welche sie aufgrund der Vereinbarung über die Zulassungsstelle von 1938 hat, aus währungspolitischen Gründen nicht mehr.

Mitwirkung der Nationalbank an internationalen Währungshilfemassnahmen

Beteiligung der Schweiz an Überbrückungskredit für Jugoslawien

Anfang Juni 1988 gewährten die Währungsbehörden der Vereinigten Staaten gemeinsam mit den Zentralbanken der Länder der Zehnergruppe und Österreichs Jugoslawien einen Überbrückungskredit von 250 Mio Dollar. Die Schweizerische Nationalbank leistete eine Substitutionszusage von 10 Mio Dollar an den Teil des Überbrückungskredits, der über die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) gewährt wurde. Die Beteiligung der Nationalbank wurde vom Bund garantiert. Ende September wurde der Kredit zurückbezahlt.

Überbrückungskredit für Brasilien

Mitte Juli 1988 gewährten die Währungsbehörden der Vereinigten Staaten gemeinsam mit den Zentralbanken der Länder der Zehnergruppe Brasilien einen Überbrückungskredit von 500 Mio Dollar. Die Nationalbank leistete eine Substitutionszusage von 12 Mio Dollar an jenen Teil des Überbrückungskredites, der über die BIZ gewährt wurde. Die Beteiligung der Nationalbank wurde vom Bund garantiert. Die Rückzahlung des Überbrückungskredites erfolgte Ende August 1988.

Mitwirkung der Nationalbank an Kreditzusagen und deren Beanspruchung Ende 1988

	Ursprüngliche Zusagen	Ausstehende Kredite		Offene Zusagen
		Ende 1987	Ende 1988	Ende 1988
1. Swap-Vereinbarungen				
Federal Reserve Bank of New York	4 Mrd \$	0	0	4 Mrd \$
Bank of Japan	200 Mrd Yen	0	0	200 Mrd Yen
BIZ	600 Mio \$	0	0	600 Mio \$
2. Multilaterale Kredite				
Allgemeine Kreditvereinbarungen (AKV) 1	020 Mio SZR	0	0	1 020 Mio SZR
«Witteveen»-Fazilität des IWF	650 Mio SZR	221,5 Mio SZR	102,0 Mio SZR	0
Kreditzusage an BIZ zugunsten des IWF	180 Mio SZR	87,1 Mio SZR	0	0
3. Bilaterale Kredite				
Jugoslawien ¹	80 Mio \$	43,5 Mio \$	29,0 Mio \$	0
4. Substitutionszusagen				
Jugoslawien ¹	10,0 Mio \$	0	0	0
Brasilien ¹	12,0 Mio \$	0	0	0
Argentinien ¹	12,5 Mio \$	0	0	2,25 Mio \$

¹ Mit Bundesgarantie.

Mitte Oktober 1988 gewährten die Währungsbehörden der Vereinigten Staaten, die deutsche Kreditanstalt für Wiederaufbau sowie verschiedene Zentralbanken westlicher Industriestaaten Argentinien einen Überbrückungskredit von 500 Mio Dollar. Die Nationalbank leistete eine Substitutionszusage über 12,5 Mio Dollar an den Teil des Überbrückungskredits, der über die BIZ gewährt wurde. Die Beteiligung der Nationalbank wurde vom Bund garantiert. Ende Jahr war die Substitutionszusage der SNB mit 2,25 Mio Dollar belastet.

Überbrückungskredit für Argentinien

Im Jahre 1988 zahlte der IWF den Rest eines von der Nationalbank im April 1984 gewährten Kredits von 180 Mio Sonderziehungsrechten (SZR) zurück. Es handelte sich um den Beitrag an eine Fazilität von 6 Mrd SZR, welche die BIZ und 19 Industrieländer sowie Saudi-Arabien zugunsten des IWF entrichtet hatten. Zudem zahlte der IWF einen weiteren Teil des Kredits zurück, den die Nationalbank im Jahre 1979 im Rahmen der «Witteveen»-Fazilität gewährt hatte. Ferner wurde 1988 auch ein Teil des mittelfristigen Kredits der Nationalbank an Jugoslawien von 80 Mio Dollar zurückbezahlt. Der Kredit war im Juni 1983 eingeräumt worden und ist mit einer Bundesgarantie versehen.

Rückzahlung eines Kredits durch den IWF

Bewerbung um den Status eines «other holder» von Ecu

Die Nationalbank hat in Zusammenarbeit mit den Bundesbehörden in den letzten Jahren wiederholt die Möglichkeit einer Verstärkung der Zusammenarbeit mit dem Europäischen Währungssystem geprüft. Am 23. Dezember 1988 beschloss die

Die Nationalbank als «other holder» von Ecu

Nationalbank, den Europäischen Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit (FECOM) zu ersuchen, ihr den Status eines «other holder» von Ecu zu gewähren. Damit würde der Nationalbank ermöglicht, einen Teil ihrer Währungsreserven in offiziellen Ecu anzulegen. Die Nationalbank möchte mit dem Erwerb von offiziellen Ecu ihre Solidarität mit dem Europäischen Währungssystem demonstrieren und einen Beitrag zur Vertiefung der währungspolitischen Beziehungen der Schweiz zur Europäischen Gemeinschaft leisten. Im Januar 1989 entsprach der FECOM dem Ersuchen der Nationalbank.

D. Geschäftstätigkeit der Nationalbank

1. Devisen-, Geldmarkt- und Kapitalmarktgeschäfte

Devisengeschäfte

Die Devisengeschäfte der Nationalbank standen 1988 wiederum hauptsächlich im Dienste der Geldpolitik. Den Devisenswaps kam dabei die grösste Bedeutung zu. Daneben wurden vor allem kommerzielle Devisengeschäfte mit dem Bund und mit ausländischen Institutionen abgeschlossen.

Entwicklung

Devisenswaps

Mit der Inkraftsetzung der neuen Liquiditätsvorschriften per 1. Januar 1988 waren die Banken in der Lage, ihre Bestände an Notenbankgeld sowohl am Monatsende wie auch während des Monats erheblich zu verringern. Die tiefere Liquiditätsnachfrage der Banken führte zu einem Abbau des durchschnittlichen Bestandes an Devisenswaps um 14,2%. Die Swaps wurden zu Marktbedingungen gegen Dollars abgeschlossen, d. h. der angewandte Terminabschlag reflektierte die Zinsdifferenz von vergleichbaren Franken- und Dollardepots im Eurogeldmarkt. Die Swapabschlüsse konzentrierten sich auf Laufzeiten zwischen einer Woche und drei Monaten.

Dollar/Franken-Swaps

in Mio Franken, Jahresmittel	1987	1988
Mit Laufzeit von:		
bis 1 Woche	979,6	297,1
über 1 Woche bis 1 Monat	2 031,3	3 073,3
über 1 Monat bis 2 Monate	2 349,1	1 759,6
über 2 Monate bis 3 Monate	4 152,6	4 923,9
über 3 Monate bis 6 Monate	4 400,1	1 881,2
über 6 Monate bis 12 Monate	—	—
Total	13 912,7	11 935,1

Übrige Devisengeschäfte

Neben den Swapoperationen führte die Nationalbank eine Reihe weiterer Devisengeschäfte durch. Die Interventionen führten erstmals seit 1982 wieder zu einem Devisenabfluss. Dieser wurde vor allem durch die Dollarverkäufe im dritten Quartal verursacht. Die Interventionen wurden jeweils in Abstimmung mit anderen Notenbanken getätigt. Bei den kommerziellen Transaktionen dominierten die für Auslandzahlungen bestimmten Devisenverkäufe an den Bund. Weitere Devisenabflüsse ergaben sich aus Geschäften mit internationalen Organisationen. Sie wur-

Entwicklung

den teilweise kompensiert durch Deviseneingänge aus Geschäften mit anderen Notenbanken. Der resultierende Netto-Devisenabfluss aus kommerziellen Transaktionen wurde wie im Vorjahr vollständig am Markt zurückgedeckt.

Devisenoperationen (ohne Swaps und Erträge)

in Mio Franken, Näherungswerte	Veränderung des Devisenbestandes	
	1987	1988
Interventionen	+1 474	– 684
Fällige Termingeschäfte	—	—
Devisengeschäfte mit Notenbanken	+ 252	+ 224
Devisengeschäfte mit internationalen Organisationen	+ 585	– 39
Devisenzahlungen für den Bund	–2697	–2373
Fremdwährungsrückdeckungen	+1847	+2151
Total	+1 461	– 721

Devisenbestand

Entwicklung

Am Jahresende betrug der Dollaranteil am Devisenbestand 92%. Die restlichen Devisen lauteten vorwiegend auf D-Mark, Yen und Sonderziehungsrechte. Von den Dollars stammten zwei Fünftel aus Swapoperationen und waren somit kursgesichert. Aus dem Anstieg des Dollarkurses resultierte ein Buchgewinn in Höhe von 1,97 Mrd Franken. Da gleichzeitig der Swapbestand deutlich abgebaut wurde, sank der Devisenbestand per Saldo um 1,5 Mrd Franken.

Devisenbestand nach Währungen

in Mio Franken, Jahresende	1987	1988	Veränderung
— Dollars	34 591,4	33 200,5	–1 390,9
davon kursgesichert	18 783,4	13 619,4	–5 164,0
— D-Mark	1 620,3	1 710,2	+ 89,9
— Yen	666,2	819,6	+ 153,4
— Übrige	562,0	216,4	– 345,6
Total	37 439,9	35 946,7	–1 493,2

Bewertung

Die Bewertung der Devisenbestände erfolgt zum Einstandspreis. Die Umrechnung in Franken basiert für alle nicht kursgesicherten Auslandforderungen auf dem mittleren Wechselkurs des Monats Dezember. Beim Dollar ergab dies im Berichtsjahr einen Kurs von 1,477 (1987: 1,329) Franken. Forderungen aus Devisenswaps werden, da sie kursgesichert sind, zum Kassakurs bilanziert.

Devisenanlagen und Kredite

Die Fremdwährungsaktiven der Nationalbank wurden auch 1988 nach den anlagepolitischen Kriterien Sicherheit, Liquidität und Ertrag bewirtschaftet. Der grösste Teil der Devisenanlagen war in den USA investiert, und zwar hauptsächlich in amerikanischen Schatzwechseln. Der Rest war in Europa, vor allem bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), angelegt. Ein geringer Anteil wurde direkt im Euromarkt plaziert.

Devisenanlagen

Der Bestand an ausstehenden Devisenkrediten reduzierte sich 1988 infolge von Rückzahlungen. Von den multilateralen Krediten zugunsten des Internationalen Währungsfonds (IWF) war Ende Jahr ein Restbetrag der «Witteveen»-Fazilität beansprucht. Dieser Kredit lautet auf Sonderziehungsrechte; die Kreditoperationen und die Zinszahlungen erfolgten aber grösstenteils in Dollars. Der Kredit an die BIZ zugunsten des IWF vom April 1984 wurde vollständig getilgt. An bilateralen Krediten blieb per Ende 1988 eine Tranche an Jugoslawien ausstehend. Gestützt auf den Bundesbeschluss über die Mitwirkung der Schweiz an internationalen Währungsmassnahmen ist dieser Kredit mit einer Rückzahlungsgarantie des Bundes ausgestattet.

Kredite

Devisenanlagen und Kredite

in Mio Franken, Jahresende	1987	1988	Veränderung
1. Devisenanlagen (mit Swaps)			
Dollars			
— US-Staatspapiere	21 388,1	20 411,1	— 977,0
— Forderungen gegenüber Währungsinstitutionen	10 500,6	9 643,6	— 857,0
— Übriger Geldmarkt	2 644,9	3 103,0	+ 458,1
Übrige Währungen	<u>2 302,0</u>	<u>2 542,1</u>	+ 240,1
	<u>36 835,6</u>	<u>35 699,8</u>	— 1 135,8
2. Kredite			
Kredite an den IWF	546,5	204,1	— 342,4
Länderkredite ¹	<u>57,8</u>	<u>42,8</u>	— 15,0
	<u>604,3</u>	<u>246,9</u>	— 357,4
Devisenbestand	<u>37 439,9</u>	<u>35 946,7</u>	— 1 493,2

¹ mit Bundesgarantie

Sonderziehungsrechte

Als sogenannter «other holder» von Sonderziehungsrechten (SZR) ist die Nationalbank berechtigt, beim IWF SZR-Sichtguthaben zu halten und damit Transaktionen durchzuführen. Am Jahresende erreichten die SZR-Guthaben der Nationalbank

SZR-Sichtguthaben

den Gegenwert von 30,5 Mio (1987: 18,5 Mio) Franken. Die SZR-Eingänge bestanden im wesentlichen aus Zinszahlungen des IWF.

Geldmarktgeschäfte

Geschäftsarten

Die Devisenswaps, die unter den Devisengeschäften erfasst sind, können ihrem Wesen nach auch als Geldmarktoperationen betrachtet werden. Ihnen standen mit den Diskont- und Lombardkrediten zwei traditionelle Geldmarktgeschäfte zur Seite. Mit der Einführung der neuen Vorschriften über die Bankenliquidität haben sich die Rahmenbedingungen für die Beanspruchung dieser Kredite grundlegend geändert. Da sich der Liquiditätsbedarf der Banken insbesondere an den Monatsenden stark verringert hat, wurden die Diskont- und Lombardkredite nur noch in geringem Masse beansprucht.

Diskontkredit:
Pflichtlagerwechsel

In den Vorjahren wurden Diskontkredite hauptsächlich über die Monatsenden und mittels Pensionierung von Pflichtlagerwechseln gewährt. In der ersten Hälfte des Berichtsjahres wurden einige wenige Diskontkredite direkt an Pflichtlagerhalter gewährt. Im zweiten Halbjahr wurden, mit Ausnahme von Ende Dezember, an den Monatsenden jeweils Pflichtlagerwechsel im Umfang von rund 100 Mio Franken pensioniert. Am Jahresende wurden Pflichtlagerwechsel im Betrag von rund 2 Mrd Franken pensioniert. Die Möglichkeit der Pensionierung von Geldmarkt-Buchforderungen über die Monatsenden wurde aufgehoben.

Beanspruchung des Diskontkredits

in Mio Franken, Jahresmittel	1987	1988
Pflichtlagerwechsel	447,2	94,8
Geldmarkt-Buchforderungen	9,8	—
Total	457,0	94,8

Lombardkredit

Auch der Lombardkredit wurde in der Vergangenheit vorwiegend als Finanzierungsquelle für die Liquiditätsspitzen an den Monatsenden benützt. Im Berichtsjahr reduzierte sich die durchschnittliche Beanspruchung des Lombardkredits auf 39,2 Mio (1987: 505,3 Mio) Franken. Grössere Beträge wurden lediglich Ende Juni (452,5 Mio), Ende Oktober (459,7 Mio) und Ende Dezember (795,9 Mio) beansprucht.

Weiterplazierung von
Bundesgeldern

Die Fluktuationen der Bundesguthaben bei der Nationalbank beeinflussen den kurzfristigen Verlauf der Notenbankgeldmenge. Gleichzeitig steht der Nationalbank mit der Plazierung von Bundesanlagen im Markt ein flexibles Instrument der Geldmengensteuerung zur Verfügung. Im Berichtsjahr wurden die Anlagegelder des Bundes in der Regel direkt weiterplaziert (vgl. S. 52).

Kapitalmarktgeschäfte

Im Berichtsjahr erwarb die Nationalbank Wertschriften im Nennwert von gesamt-
haft 539 Mio Franken. Rund 64% der Käufe entfielen auf Obligationen der öffentli-
chen Hand (Bund, Kantone und Gemeinden), der Rest auf Obligationen von Banken
und Pfandbriefanstalten. Rückzahlungen reduzierten den Wertschriftenbestand
um nominal 215 Mio Franken. Die Obligationenkäufe wurden gleichmässig auf das
Jahr verteilt; Obligationenverkäufe wurden keine vorgenommen.

Wertschriftenkäufe im
Jahre 1988

Die Bundestitel sind mit 80%, die übrigen mit 70% ihres Nominalwerts bilanziert.
Wertschriften mit einer Restlaufzeit bis zu zwei Jahren werden in die Deckung des
Notenumlaufs einbezogen.

Bewertung

Wertschriftenbestand

in Mio Franken, Nominalwerte am Jahresende	1987	1988
Deckungsfähige		
Eidgenossenschaft	29,9	6,0
Kantone	49,7	87,4
Gemeinden	22,7	51,6
Banken	38,4	79,3
Pfandbriefinstitute	0,6	0,6
	<u>141,3</u>	<u>224,9</u>
Andere		
Eidgenossenschaft	664,8	729,3
Kantone	676,4	718,6
Gemeinden	377,5	435,7
Banken	595,3	615,6
Pfandbriefinstitute	575,1	629,9
	<u>2889,1</u>	<u>3129,1</u>
Total	<u>3030,4</u>	<u>3354,0</u>

2. Zahlungsverkehr

Im Rahmen ihres Auftrags, den Zahlungsverkehr zu erleichtern, gibt die National-
bank Banknoten aus und besorgt für den Bund die Verteilung der Münzen. Ausser-
dem nimmt sie zentrale Aufgaben im bargeldlosen Zahlungsverkehr wahr (Natio-
nalbankgiro und Interbank-Zahlungsverkehr).

Beitrag der National-
bank

Noten- und Münzumsatz

Notenumlauf

Entwicklung

Infolge der rückläufigen Giro Guthaben erhöhte sich der Anteil der Noten an der Notenbankgeldmenge deutlich. Betrug dieser per Ende 1987 noch rund drei Viertel, so erhöhte sich das Verhältnis zugunsten der Noten im vierten Quartal des Berichtsjahres auf über vier Fünftel. Mit einem durchschnittlichen Bestand von 25,8 Mrd Franken lag der Notenumlauf 1988 um 1 Mrd oder 4% über dem entsprechenden Vorjahreswert. Damit erhöhte sich das Wachstum gegenüber dem Vorjahr nochmals leicht. Der tiefste Wert des Notenumlaufs wurde mit 24,8 Mrd Franken am 18. Februar gemessen, der Jahreshöchststand mit 29,3 Mrd Franken am letzten Arbeitstag vor Weihnachten.

Stückelung der Banknoten

Die seit Jahren beobachtete Verschiebung der Notennachfrage zugunsten der 1000-Franken-Abschnitte hat sich im Berichtsjahr fortgesetzt.

Notenumlauf nach Abschnitten

Jahresmittel der Ausweiswerte

Abschnitte zu Franken	1000	500	100	50	20	10	5	Total
in Mio Franken								
1987	10 979,4	3 932,6	7 379,1	1 177,8	857,3	496,3	9,0	24 831,5
1988	11 732,9	3 901,6	7 629,4	1 211,4	883,5	508,7	9,0	25 876,5
in %								
1987	44,21	15,84	29,72	4,74	3,45	2,00	0,04	100
1988	45,34	15,08	29,48	4,68	3,42	1,97	0,03	100

Deckung des Notenumlaufs

Ende Jahr betrug die Deckung des Notenumlaufs unter Einrechnung sämtlicher deckungsfähiger Aktiven 175,03%. Die Notendeckung durch Gold allein lag im Jahresdurchschnitt bei 46,1%. Das Gold wurde zum gesetzlich festgelegten Kurs von 4595,74 Franken pro Kilogramm bewertet.

Deckung des Notenumlaufs

in Mio Franken, Buchwerte Ende 1988

Gold		11 903,9
Übrige deckungsfähige Aktiven		
Devisenanlagen	35 699,8	
Sonderziehungsrechte	30,5	
Inlandportfeuille	2 133,8	
Lombardvorschüsse	795,9	
Deckungsfähige Wertschriften	158,0	38 818,0
Gesamte Notendeckung		50 721,9

Im Jahre 1988 nahm die Nationalbank rund 145,1 Mio druckfrische Banknoten im Nennwert von 13,2 Mrd Franken in ihre Bestände auf. Andererseits wurden 59,1 Mio beschädigte oder zurückgerufene Noten im Gegenwert von 6,3 Mrd Franken vernichtet.

Notenherstellung- und vernichtung

Von den im Jahre 1980 zurückgerufenen Noten früherer Emissionen — sie sind bis zum 30. April 2000 bei der Nationalbank einlösbar — waren per Ende Jahr noch Abschnitte im Werte von gesamthaft 432,1 Mio (1987: 466,3 Mio) Franken ausstehend.

Zurückgerufene Noten

Münzen

1988 lieferte die Eidgenössische Münzstätte der Nationalbank 127 Mio Münzen im Nennwert von 83,8 Mio Franken für den Zahlungsverkehr. Neben den erforderlichen Scheidemünzen gab die Nationalbank im Auftrag und für Rechnung des Bundes 1,1 Mio Gedenkmünzen «Olympische Bewegung» zu nominal 5 Franken sowie 27 900 Münzsätze 1987 aus. Der Münzumsatz betrug im Jahresdurchschnitt 1,60 Mrd (1987: 1,53 Mrd) Franken.

Neue Münzen

Die Notenausgabe und die Münzverteilung erfolgten über die Sitze Bern und Zürich, die acht Zweiganstalten und die einundzwanzig Agenturen der Nationalbank. Dazu kamen 584 (Ende 1987: 586) Banken, die als Korrespondenten der Nationalbank den lokalen Geldausgleichsverkehr mit den PTT- und SBB-Stellen besorgten.

Organisation der Bargeldversorgung

Bargeldloser Zahlungsverkehr

Der überwiegende Teil des bargeldlosen Zahlungsverkehrs wird über das Überweisungssystem der Nationalbank (Nationalbankgiro), das «Swiss Interbank Clearing» (SIC), die verschiedenen Interbank-Dienstleistungen und das Postchecksystem abgewickelt. Bank- und Postzahlungsverkehr sind über Nationalbankkonten miteinander verbunden.

Die Nationalbank führt Girorechnungen für Banken, öffentliche Körperschaften, ausländische Noten- und Geschäftsbanken sowie internationale Organisationen. Ende 1988 betrug die Anzahl Girokonten 1003 (1987: 990), davon waren 147 (1987: 142) ausländische Adressen.

Nationalbankgiro

Das elektronische Zahlungsverkehrssystem SIC wurde ab Juni 1987 bis Ende 1988 schrittweise in Betrieb genommen. Es löst im wesentlichen die Interbank-Applikationen «Belegclearing» bzw. «Datenträgerclearing» ab. Im Dezember 1988 wurden von den 157 angeschlossenen Bankinstituten insgesamt 4,5 Mio Zahlungen im Gesamtbetrag von rund 2 Billionen Franken über das SIC ausgeführt.

SIC

Dienstleistungen im
Bankenclearing

Interbank-Dienstleistungen, wie der «Datenträgeraustausch», das «Checkclearing» und die Abrechnung der Wertschriftentransaktionen, die von verschiedenen Gemeinschaftsunternehmen der Banken angeboten werden, ergänzen das Nationalbankgiro und das SIC. Die Forderungen, die bei der Abwicklung dieser Interbank-Zahlungen entstehen, werden über die Girokonten der Teilnehmer bei der Nationalbank beglichen.

3. Dienstleistungen für den Bund

Die Dienstleistungen der Nationalbank für den Bund umfassen im wesentlichen den Bereich Zahlungsabwicklung sowie die Aufnahme und Anlage von Bundesmitteln.

Bundeskonto und Bundesanlagen

Zahlungsverkehr des
Bundes

Die Nationalbank nimmt für Rechnung des Bundes Zahlungen entgegen und führt in dessen Auftrag und bis zur Höhe des Bundesguthabens Zahlungen an Dritte — darunter auch Auslandszahlungen — aus.

Anlage kurzfristiger
Bundesmittel

Die Konten des Bundes bei der Nationalbank dienen in erster Linie dem Zahlungsverkehr. In ihrer Ausgestaltung werden sie aber auch anlagepolitischen Bedürfnissen gerecht. So werden die Sichtguthaben des Bundes im Betrag zwischen 500 und 1500 Mio Franken zum offiziellen Diskontsatz verzinst. Ausserdem steht dem Bund die Möglichkeit offen, seine liquiden Mittel bei der Nationalbank als Festgelder bis zu 2 Jahren Laufzeit und zu marktüblichen Sätzen zu plazieren. Die Nationalbank ist ihrerseits frei, diese Mittel auf Risiko des Bundes im Markt weiterzuplazieren. Im Berichtsjahr hielt der Bund bei der Nationalbank Sichtguthaben von durchschnittlich 547 Mio (1987: 847 Mio) Franken und Festgeldanlagen von durchschnittlich 6173 Mio (1987: 5833 Mio) Franken. Von letzteren wurden im Jahresmittel 4600 Mio (1987: 5185 Mio) Franken weiterplaziert.

Bundesanlagen von
mehr als zwei Jahren
Laufzeit

Durch Vermittlung der Nationalbank tätigte der Bund bei verschiedenen Banken zudem Festgeldanlagen mit Laufzeiten von 3 Jahren im Gesamtbetrag von 200 Mio Franken.

Mitwirkung der Nationalbank bei der Mittelaufnahme des Bundes

Die Nationalbank ist dem Bund bei der Mittelbeschaffung im Geld- und Kapitalmarkt behilflich. Im Auftrag und für Rechnung des Bundes emittierte sie öffentliche Anleihen, gab Geldmarkt-Buchforderungen aus und plazierte Schatzanweisungen.

Bundesanleihen

1988 wurden 3 (1987: 2) Bundesanleihen im Gesamtbetrag von 750 Mio (1987: 345 Mio) Franken ausgegeben. Die Emissionen erfolgten wiederum nach dem Ten-

der-Verfahren. Im selben Zeitraum gelangten 8 Anleihen in der Höhe von insgesamt 2545 Mio (1987: 800 Mio) Franken zur Rückzahlung, wovon 2425 Mio Franken im Rahmen von Kündigungen.

Die Auktionen der drei- und sechsmonatigen Geldmarkt-Buchforderungen erfolgten im Rhythmus des Vorjahres. Der Bund verzichtete auf die Konversion der im Oktober fällig gewordenen zwölfmonatigen Geldmarkt-Buchforderung. Bei den monatlich ausgegebenen Buchforderungen über drei Monate Laufzeit wurden jeweils rund 200 Mio Franken zugeteilt. Die 4 Emissionen von sechsmonatigen Buchforderungen ergaben Beträge von durchschnittlich 155 Mio Franken. Im Jahresdurchschnitt waren Buchforderungen in der Höhe von 951 Mio (1987: 945 Mio) Franken ausstehend.

Geldmarkt-
Buchforderungen

Die Mittelaufnahme des Bundes am Geldmarkt erfolgte ausserdem durch die Emission von Schatzanweisungen, wobei die Nationalbank deren Plazierung bei den Banken vornahm. Im Berichtsjahr wurden Schatzanweisungen mit Laufzeiten zwischen 3 und 24 Monaten ausgegeben. Der Betrag an ausstehenden Schatzpapieren belief sich im Jahresmittel auf 539 Mio (1987: 557 Mio) Franken.

Schatzanweisungen

Seine kürzestfristigen Liquiditätsbedürfnisse befriedigte der Bund durch tageweise Festgeldverschuldung bei Geschäftsbanken.

Festgeldaufnahmen
im Markt

Übrige Dienstleistungen für den Bund

Die Nationalbank besorgte unentgeltlich die Aufbewahrung und Verwaltung der ihr vom Bund und seinen Betrieben übergebenen Wertschriften und Wertgegenstände.

Wertschriften-
verwaltung

Sie führte ausserdem das Eidgenössische Schuldbuch, in das Forderungen aus der Geldaufnahme oder der Schuldübernahme für Rechnung des Bundes eingetragen werden können. Im Berichtsjahr ergaben sich folgende Bewegungen:

Eidgenössisches
Schuldbuch

Eintragungen im Eidgenössischen Schuldbuch

in Mio Franken

Bestand Ende 1987	984,0
Zunahme im Jahre 1988:	
Zeichnungen aus Neuemissionen	+ 100,2
Umwandlungen von Schuldverschreibungen in Schuldbuchforderungen	+ 133,0
Abgänge im Jahre 1988:	
Rückzahlungen	- 222,5
Bestand Ende 1988	<u>994,7</u>

4. Geschäftsergebnis

Eigene Mittel

Grundkapital

Das Grundkapital der Nationalbank beträgt unverändert 50 Mio Franken, eingeteilt in 100 000 Aktien von je 500 Franken Nominalwert, wovon 50% (250 Franken) einbezahlt sind.

Verteilung des Aktienbesitzes

Im Berichtsjahr genehmigte der Bankausschuss die Übertragung von 3927 Aktien auf neue Eigentümer. Am 31. Dezember 1988 waren die Eintragungsgesuche für 522 Aktien hängig oder ausstehend. Die übrigen Aktien waren wie folgt verteilt:

1 602	Privataktionäre mit je	1	Aktie
2 086	Privataktionäre mit je	2—	10 Aktien
411	Privataktionäre mit je	11—	100 Aktien
24	Privataktionäre mit je	101—	200 Aktien
18	Privataktionäre mit je	über	200 Aktien
<u>4 141</u>	Privataktionäre mit zusammen	38 559	Aktien
26	Kantone mit zusammen	39 341	Aktien
29	Kantonalbanken mit zusammen	17 675	Aktien
51	Andere öffentlich-rechtliche Körperschaften und Anstalten mit zusammen	<u>3 903</u>	Aktien
<u>4 247</u>	Aktionäre mit zusammen	<u>99 478</u>	Aktien
	pro memoria: Eintragungsgesuche hängig oder ausstehend für	<u>522</u>	Aktien
	insgesamt	<u>100 000</u>	Aktien

Somit waren 61% der Aktien im Besitz von Kantonen, Kantonalbanken sowie anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften und Anstalten und 39% im Besitz von Privataktionären; 25% wurden von natürlichen Personen und 14% von juristischen Personen gehalten.

Im Frühjahr 1988 wurden die alten Aktienmäntel im Zusammenhang mit der Automatisierung des Aktienregisters in couponlose Einwegzertifikate umgetauscht.

Reservefonds

Im Jahre 1988 wurde der Reservefonds um 1 Mio Franken auf 53 Mio Franken aufgestockt. Die ausgewiesenen Eigenmittel der Nationalbank betragen somit 78 Mio Franken.

Rückstellungen

Die Rückstellungen erhöhten sich Ende 1988 um 1947,6 Mio Franken. Die unter den «Sonstigen Passiven» enthaltenen Rückstellungen von 140 Mio Franken wurden auf «Andere Rückstellungen» übertragen.

Rückstellungen

in Mio Franken, Jahresende	Bestand 1987	Bestand 1988	Veränderung
Währungsrisiken	<u>10 934,0</u>	<u>12 741,6</u>	+ <u>1 807,6</u>
Andere:			
Bankgebäude	100,0	100,0	
Banknotenherstellung	100,0	100,0	
Offenmarktoperationen	100,0	100,0	
Nicht versicherte Schadenfälle	100,0	100,0	
Dividendenausgleich und Kantonsanteile	90,0	90,0	
Diverse		140,0	+ 140,0
	<u>490,0</u>	<u>630,0</u>	+ <u>140,0</u>
Total	<u>11 424,0</u>	<u>13 371,6</u>	+ <u>1 947,6</u>

**Gewinn- und Verlustrechnung
Jahresschlussbilanz**

Gewinn- und Verlustrechnung

Abgeschlossen per 31. Dezember

Aufwand	1987 Fr.	1988 Fr.
Betriebsaufwand	97 702 161.20	110 484 595.62
Bankbehörden	705 295.05	706 870.90
Personal	53 342 454.45	56 248 897.40
Raumaufwand	4 417 380.45	9 784 553.59
Betriebsausstattungsaufwand	4 103 885.45	3 108 141.32
Geschäfts- und Büroaufwand	2 990 040.48	3 205 977.51
Information und Kommunikation	1 869 565.54	2 304 360.25
Druckaufwand, Publikationen	644 012.20	730 585.05
Aufwand aus Notenumlauf	19 485 123.30	24 037 142.60
Übriger Sachaufwand	10 144 404.28	10 358 067.—
Wertaufwand	127 710 999.15	141 545 779.05
Passivzinsen Deponenten	3 011 671.30	3 395 178.30
Passivzinsen Bundesverwaltungen	41 244 181.35	40 444 031.05
Abschreibungen auf Wertschriften	66 320 397.50	96 406 570.70
Abschreibungen auf Bankgebäuden	17 134 749.—	1 299 999.—
Abschreibungen auf Devisen	3 528 837 374.42	—.—
Übertrag auf Konto Bewertungskorrektur auf Devisen	—.—	1 970 906 267.40
Steuern	2 631 657.10	1 592 548.—
Zuwendung an die Vorsorgeeinrichtungen	2 000 000.—	2 000 000.—
Rückstellung für Währungsrisiken	—.—	1 807 669 149.99
Reingewinn	7 592 823.20	7 592 823.20
	3 766 475 015.07	4 041 791 163.26

Ertrag	1987 Fr.	1988 Fr.
Betriebsertrag	5 770 284.35	6 663 016.62
Kommissionen	1 825 915.16	1 755 944.97
Ertrag aus Bankgebäuden	3 445 292.85	4 461 935.35
Diverse Einnahmen	499 076.34	445 136.30
Wertertrag	1 638 459 608.24	2 064 221 879.24
Devisen- und Goldertrag	1 462 698 117.28	1 924 021 368.71
Diskontertrag	17 738 040.76	3 274 477.83
Lombardertrag	27 308 911.15	2 832 187.80
Wertschriftenertrag	128 782 258.45	132 877 031.05
Ertrag von Inlandkorrespondenten	1 932 280.60	1 216 813.85
Entnahme aus Rückstellung für Währungsrisiken	2 122 245 122.48	—.—
Aufwertung auf Devisen	—.—	1 970 906 267.40
	<u>3 766 475 015.07</u>	<u>4 041 791 163.26</u>

Jahresschlussbilanz¹

Aktiven	1987 Fr.	1988 Fr.
Kassa	12 118 779 334.81	12 131 786 468.95
Gold	11 903 906 919.85	11 903 906 919.85
Münzen	214 872 414.96	227 879 549.10
Devisen	37 439 857 006.99	35 946 720 825.29
Anlagen	36 835 515 827.53	35 699 845 178.36
Kredite	604 341 179.46	246 875 646.93
Sonderziehungsrechte	18 459 380.20	30 451 078.—
Inlandportefeuille	2 301 748 395.—	2 133 817 674.10
Schweizerwechsel	2 246 810 617.25	2 133 817 674.10
Diskontierte Obligationen	—.—	—.—
Diskontierte Geldmarktbuchforderungen	54 937 777.75	—.—
Schatzanweisungen des Bundes	—.—	—.—
Lombardvorschüsse	3 126 850 570.80	795 921 768.95
Wertschriften	2 190 750 001.—	2 421 360 501.—
deckungsfähige	101 956 100.—	158 036 600.—
andere	2 088 793 901.—	2 263 323 901.—
Korrespondenten im Inland	460 101 399.47	416 032 959.12
Inkassowechsel	43 250.30	138 626.95
Postcheckguthaben	4 725 322.62	5 275 549.09
Coupons	659 255.30	594 181.15
Bankgebäude	1 300 000.—	1.—
Mobiliar	1.—	1.—
Sonstige Aktiven	27 439 215.21	23 275 605.71
Nicht einbezahltes Grundkapital	25 000 000.—	25 000 000.—
	<u>57 715 713 132.70</u>	<u>53 930 375 240.31</u>

¹ Erläuterungen zur Bilanz sind in Teil D, Ziffern 1—3 des Geschäftsberichts zu finden.

Passiven	1987 Fr.	1988 Fr.
Notenumlauf	27 342 292 500.—	28 979 215 875.—
Girorechnungen inländischer Banken und Finanz- gesellschaften	17 044 824 934.07	6 691 649 626.69
Girorechnungen ausländischer Banken	163 096 843.13	167 592 986.66
Bundesverwaltungen	1 362 857 192.98	2 530 065 705.46
Deponenten	64 886 644.07	79 050 440.92
Ausstehende Checks	7 287 508.34	7 248 992.25
Sonstige Passiven	196 900 380.23	22 409 066.06
Rückstellung für Währungsrisiken	10 933 974 306.68	12 741 643 456.67
Andere Rückstellungen	490 000 000.—	630 000 000.—
Bewertungskorrektur auf Devisen	—.—	1 970 906 267.40
Grundkapital	50 000 000.—	50 000 000.—
Reservefonds	52 000 000.—	53 000 000.—
Reingewinn	7 592 823.20	7 592 823.20
	<u>57 715 713 132.70</u>	<u>53 930 375 240.31</u>

Anmerkungen zur Bilanz

— Versicherungswert der Bankgebäude	335 263 375.—	363 951 526.—
— Nachschusspflicht auf Namenaktien der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ)	63 653 897.—	70 742 518.—
— Substitutionszusage für Überbrückungskredit der BIZ (vgl. S. 43)	—.—	3 323 250.—
— Akkreditive gedeckt durch ausgesonderte Guthaben	1 513 431.—	6 021 772.—
ungedeckt, ohne Verbindlichkeit der Nationalbank avisiert	123 697.60	—.—

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Erfolgsrechnung der Nationalbank schloss im Jahre 1988 mit einem Ertragsüberschuss von 1815,3 Mio Franken ab. Der Überschuss wurde hauptsächlich auf den Dollaranlagen erzielt und zum grössten Teil zur Erhöhung der Rückstellungen für Währungsrisiken (1807,6 Mio Franken) verwendet.

Der Ertrag aus Devisenanlagen und Devisenhandel belief sich auf 1924,0 Mio Franken. Der nicht kursgesicherte Dollarbestand wurde zum Dezember-Mittelkurs von 1,477 (1987: 1,329) Franken bewertet. Der Aufwertungsgewinn auf dem Devisenbestand betrug 1970,9 Mio Franken. Er wurde neu indirekt über die Gewinn- und Verlustrechnung auf das Konto «Bewertungskorrektur auf Devisen» übertragen.

Als Folge der seit Januar 1988 gültigen neuen Liquiditätsvorschriften und der damit zusammenhängenden veränderten Zinssituation an den Monatsenden wurden die Notenbankkredite kaum mehr beansprucht. Die Diskont- und Lombarderträge sowie die Erträge von Inlandkorrespondenten sind dementsprechend stark zurückgefallen. Gegenüber dem letztjährigen Ergebnis von insgesamt 47,0 Mio Franken betragen sie in diesem Jahr noch 7,3 Mio Franken. Die Diskont- und Lombarderträge reduzierten sich um 86,4%; die Erträge von Inlandkorrespondenten um 37%.

Der Personalaufwand erhöhte sich leicht auf 56,2 Mio Franken (vgl. S. 66 ff.). Der Raumaufwand lag 1988 mit 9,8 Mio Franken über dem Vorjahreswert. Der Mehraufwand geht im wesentlichen auf die Gebäuderenovation der Zweiganstalt Lugano zurück.

Der Buchwert unserer Bankgebäude von 1,3 Mio Franken wurde zu Lasten der Gewinn- und Verlustrechnung auf 1 Franken abgeschrieben.

Die Zunahme des Wertschriftenbestandes bewirkte einen höheren Zinsertrag. Dieser belief sich am Jahresende auf 132,9 Mio (1987: 128,8 Mio) Franken.

Der Aufwand für die Notenherstellung und -verteilung nahm gegenüber dem Vorjahr um 4,6 Mio Franken zu. Der Mehraufwand steht im Zusammenhang mit einer Vorverlegung der Produktion von 100-Franken-Noten.

Die Passivzinsen zugunsten der Bundesverwaltung liegen mit 40,4 Mio Franken nur geringfügig unter dem Vorjahresaufwand. Durchschnittlich niedrigeren Sichtguthaben des Bundes standen vermehrte Festgeldanlagen gegenüber, die jedoch wegen den tieferen Zinssätzen weniger Aufwand verursachten.

Buchgewinne aus Rückzahlungen von früher abgeschriebenem Wertschriften von 48,6 Mio Franken wurden mit dem Aufwand für Abschreibungen der im Berichtsjahr erworbenen Titel verrechnet. Daraus ergab sich ein Abschreibungssaldo von 96,4 Mio Franken.

Verwendung des Reingewinns

Gemäss Artikel 27 des Nationalbankgesetzes ist zunächst dem Reservefonds ein Betrag von maximal 2% des Grundkapitals zuzuweisen. Sodann wird eine Dividende von höchstens 6% ausgerichtet. Der Rest wird der eidgenössischen Finanzverwaltung zur Ausrichtung einer Entschädigung an die Kantone von 80 Rappen pro Einwohner überwiesen.

Aufgrund dieser Bestimmungen ist der in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesene Reingewinn von 7,6 Mio Franken wie folgt zu verwenden:

Einlage in den Reservefonds	Fr. 1 000 000.—
Ausrichtung einer Dividende von 6%	Fr. 1 500 000.—
Ablieferung an die eidgenössische Finanzverwaltung zugunsten der Kantone	<u>Fr. 5 092 823.20</u>
	<u>Fr. 7 592 823.20</u>

E. Bankbehörden und Personal

1. Mutationen in den Bankbehörden

Bankrat

Die Generalversammlung der Aktionäre vom 29. April 1988 wählte Herrn

Dr. Walter Diehl, Präsident des Verwaltungsrats der Schweizerischen Rückversicherungs-Gesellschaft, Zürich,

zum Mitglied des Bankrats. Der Bundesrat ergänzte das Gremium nach der Generalversammlung durch die Ernennung von Herrn

Fred-Henri Firmenich, Präsident des Verwaltungsrats der Firmenich SA, Genthod.

Am Tag der ordentlichen Generalversammlung der Aktionäre vom 28. April 1989 werden die Herren Prof. Dr. François Schaller, Epalinges, Carlos Grosjean, Auvier, und Hans Dickenmann, Hausen AG, aus dem Bankrat ausscheiden.

Im Laufe ihrer langjährigen Zugehörigkeit zu den Bankbehörden haben sich die genannten Herren mit Rat und Tat um die Schweizerische Nationalbank verdient gemacht. Ihr Wirken sei auch an dieser Stelle verdankt.

Besonderen Dank schuldet die Schweizerische Nationalbank dem ausscheidenden Präsidenten des Bankrats, Herrn Prof. François Schaller. Nach mehrjähriger Zugehörigkeit zum Bankrat wurde Herr Prof. Schaller 1978 in den Bankausschuss und gleichzeitig zum Vizepräsidenten des Bankrats gewählt. In den drei letzten Jahren hat er den Bankrat präsiert. Die Nationalbank verliert mit Herrn Prof. Schaller einen Präsidenten, der sein Amt mit Umsicht, Sachkunde und grosser Liebesswürdigkeit ausgeübt hat.

Herr Carlos Grosjean wurde 1973 in den Bankrat und 1978 in den Bankausschuss gewählt. Besonders im kleineren Gremium hatte er Gelegenheit, seine umfassenden politischen und wirtschaftlichen Erfahrungen fruchtbar zu machen.

Der Bundesrat hat am 6. März 1989 Herrn Peter Gerber, bisher Vizepräsident des Bankrats, zum neuen Präsidenten und Herrn Ständerat Jakob Schönenberger, Mitglied des Bankausschusses, zum neuen Vizepräsidenten des Bankrats gewählt.

Von den drei Vakanzen im Bankrat sind eine durch die Generalversammlung und — hierauf — die anderen beiden durch den Bundesrat zu besetzen. Der Bankrat schlägt der Generalversammlung

Herrn François Jeanneret, Nationalrat und Advokat, St-Blaise,

zur Wahl vor.

Bankausschuss

Der Bankrat delegierte im Frühjahr 1988

Herrn Regierungsrat Eduard Belser-Bardill, Direktor des Bau- und Landwirtschaftsdepartements des Kantons Basel-Landschaft, Lausen,

als Nachfolger von Herrn Dr. Roger Givel in den Bankausschuss.

Lokalkomitees

Auf das Datum der Generalversammlung vom 29. April 1988 schieden folgende Herren aus Lokalkomitees aus:

Peter Heinrich Kern, Vorsitzender des Lokalkomitees Aarau seit 1979 (Mitglied seit 1972),

Conrad Zellweger, Stellvertreter des Vorsitzenden des Lokalkomitees Genf seit 1980 (Mitglied seit 1977),

Pierre-Noël Julen, Stellvertreter des Vorsitzenden des Lokalkomitees Lausanne seit 1982 (Mitglied seit 1978), den der Bundesrat 1987 in den Bankrat gewählt hatte,

Walter von Moos, Vorsitzender des Lokalkomitees Luzern seit 1987 (Stellvertreter seit 1976).

Die Nationalbank dankt diesen Herren für die wertvollen Dienste, die sie der Bank geleistet haben.

Bankrat und Bankausschuss nahmen mit Wirkung ab 29. April 1988 (Datum der Generalversammlung) folgende Ernennungen vor:

Lokalkomitee Aarau

Dr. Louis Mäder zum Vorsitzenden,
John Strasser zum Stellvertreter des Vorsitzenden,
Heinrich Häseli, Delegierter des Verwaltungsrats und Direktor der Jakob Müller AG, Maschinenfabrik, Gipf-Oberfrick, zum Mitglied;

Lokalkomitee Genf

Michel Brunschwig zum Stellvertreter des Vorsitzenden,
Gérard Fatio, Generaldirektor der SIP société genevoise d'instruments de physique,
Genf, zum Mitglied;

Lokalkomitee Lausanne

Martin Gétaz zum Vorsitzenden,
Christian Seiler, Fürsprecher, Sitten, zum Mitglied und Stellvertreter
des Vorsitzenden,
Hubert Barde, Direktor der Orlait, Fédération laitière vaudoise-fribourgeoise,
Le Mont-sur-Lausanne, zum Mitglied;

Lokalkomitee Luzern

Dr. Jörg Bucher zum Vorsitzenden,
Jürg R. Reinshagen zum Stellvertreter des Vorsitzenden,
Dr. Kurt Babst, Vizepräsident des Verwaltungsrats und Direktor der Möbelfabrik
Wellis AG, Willisau, zum Mitglied.

2. Mutationen in der Direktion

Der Bankausschuss beförderte per 1. Januar 1989 Herrn Dr. Urs W. Birchler zum stellvertretenden Direktor und die Herren Dr. Roberto Cippà und Dr. Markus Zimmerli zu Vizedirektoren.

3. Personal

Der Personalbestand umfasste per Ende Dezember 1988 521 Personen; er hat per Saldo um acht Mitarbeiter abgenommen. Die Abnahme verteilte sich gleichmässig auf die Sitze und Zweiganstalten. Der Anteil der Unterschriftsberechtigten am gesamten Personal stellte sich auf 37%. Im Total nicht eingeschlossen sind 25 Teilzeitangestellte und vier Lehrlinge. Die Fluktuationsquote betrug 7,2% (ohne Pensionierungen).

Für das aktive Personal wendete die Nationalbank 1988 53,1 Mio Franken auf. Die Gehaltssumme (inkl. Kinderzulagen) stieg gegenüber 1987 um 3% auf 42,8 Mio Franken. Die restlichen 10,3 Mio Franken entfielen auf Sozialleistungen, Ausbildungsmassnahmen und Personalverpflegung. An die Rentner wurden Teuerungszuschüsse in Höhe von 3,1 Mio Franken vergütet.

Im Rahmen der Personalschulung der Nationalbank haben sich rund 220 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an internen oder externen mehrtägigen Kursen weitergebildet. Die Fachausbildung hatte zum Ziel, Kenntnisse und Fähigkeiten in verschiedenen Spezialgebieten zu vertiefen. Andere Kurse dienten dazu, den Vorgesetzten aller Stufen Bedingungen und Formen einer erfolgreichen Mitarbeiterführung und -entwicklung aufzuzeigen. Das Schulungsprogramm des Sicherheitsdienstes erfasste rund 240 Mitarbeiter, die Sicherheit gewährleisten müssen oder einem besonderen Risiko ausgesetzt sind.

Bankrat und Direktorium danken allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für den grossen Einsatz, den sie im abgelaufenen Jahr für die Bank geleistet haben.

F. Bericht der Revisionskommission und Anträge an die Generalversammlung

1. Bericht der Revisionskommission an die General- versammlung der Aktionäre

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Die von Ihnen bestellte Revisionskommission hat die auf den 31. Dezember 1988 abgeschlossene Jahresrechnung 1988 im Sinne der Vorschriften des Nationalbankgesetzes und des Obligationenrechts geprüft.

Gestützt auf unsere eigenen Überprüfungen bei sämtlichen Sitzen, Zweiganstalten und der eigenen Agentur sowie nach Einsichtnahme in den von der Allgemeinen Treuhand AG erstatteten schriftlichen Bericht über deren Prüfungen haben wir festgestellt, dass

- die Jahresabschlussbilanz per 31. Dezember 1988 mit einem Total von Fr. 53 930 375 240.31 und die Gewinn- und Verlustrechnung 1988 mit einem Reingewinn von Fr. 7 592 823.20 mit der Buchhaltung übereinstimmen,
- die Buchhaltung ordnungsgemäss geführt ist,
- bei der Darstellung der Vermögenslage und des Geschäftsergebnisses die gesetzlichen Bestimmungen eingehalten sind.

Aufgrund der Ergebnisse unserer Prüfungen beantragen wir, die vorliegende Jahresrechnung zu genehmigen.

Ferner bestätigen wir, dass der Vorschlag des Bankrats über die Gewinnverteilung den gesetzlichen Vorschriften entspricht.

Bern, den 13. März 1989

Die Revisionskommission:
Grenier
Blaser
Jobin

2. Anträge des Bankrats an die Generalversammlung der Aktionäre

Der Bankrat hat in seiner Sitzung vom 10. März 1989 auf Antrag des Bankausschusses den vom Direktorium vorgelegten 81. Geschäftsbericht über das Jahr 1988 zur Vorlage an den Bundesrat und die Generalversammlung der Aktionäre genehmigt.

Der Bundesrat hat seine in Artikel 63 Ziffer 2 lit. i des Nationalbankgesetzes vorgesehene Genehmigung von Geschäftsbericht und Jahresrechnung am 22. März 1989 erteilt. Ferner hat die Revisionskommission ihren in Artikel 51 Absatz 2 des Nationalbankgesetzes vorgesehenen Bericht am 13. März 1989 erstellt.

Der Bankrat stellt der Generalversammlung folgende Anträge*:

1. Der vorliegende Geschäftsbericht samt Gewinn- und Verlustrechnung und Schlussbilanz vom 31. Dezember 1988 wird genehmigt.
2. Der Verwaltung wird Entlastung erteilt.
3. Der durch die Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesene Reingewinn von Fr. 7 592 823.20 ist wie folgt zu verwenden:

Einlage in den Reservefonds	Fr. 1 000 000.—
Ausrichtung einer Dividende von 6%	Fr. 1 500 000.—
Ablieferung an die eidgenössische Finanzverwaltung zugunsten der Kantone	<u>Fr. 5 092 823.20</u>
	<u>Fr. 7 592 823.20</u>

Bern, den 23. März 1989

Im Namen des Bankrats
Der Präsident des Bankrats
Schaller

Ein Mitglied des Direktoriums
Zwahlen

* Der Antrag betreffend die Wahl eines Bankratsmitglieds ist auf Seite 64 zu finden.

G. Anhang

1. Zusammenstellung der veröffentlichten Ausweise im Jahre 1988
2. Hauptposten der Bilanz seit 1951 (Jahresendwerte)
3. Hauptposten der Bilanz seit 1951
(Durchschnitte aus den Werten der veröffentlichten Ausweise)
4. Geschäftsergebnisse seit 1981
5. Diskont- und Lombardsätze seit 1936
6. Geld- und währungspolitische Chronik 1988
7. Verzeichnis der Mitglieder der Aufsichts- und Leitungsorgane

1. Zusammenstellung der veröffentlichten Ausweise im Jahre 1988

Aktiven

		Gold	Devisen	Sonder- ziehungs- rechte	Inlandportefeuille		Lombard- vorschüsse	Wertschriften		Korrespon- denten im Inland	Son- stige Aktiven	
					<i>diskontierte Forderungen</i>	<i>Schatzan- weisungen des Bundes inkl. Geld- markt-Buch- forderungen</i>		<i>dek- kungs- fähige</i>	<i>andere</i>			
		<i>in 1000 Franken</i>										
Januar	8.	11 903 907	33 985 244	18 459	75 411	—	18 671	102 264	2 090 018	41 294	284 343	
	20.	11 903 907	32 838 733	18 459	75 362	—	629	103 927	2 098 051	22 318	290 747	
	29.	11 903 907	32 912 185	18 459	74 322	—	2 460	104 029	2 103 504	126 035	305 509	
Februar	10.	11 903 907	33 183 458	18 459	74 142	—	346	90 199	2 102 487	6 017	305 373	
	19.	11 903 907	32 308 531	24 946	72 717	—	208	93 692	2 104 014	6 560	310 075	
	29.	11 903 907	33 075 716	24 946	72 723	—	1 270	96 068	2 110 678	104 248	321 604	
März	10.	11 903 907	32 312 708	24 946	72 516	—	1 045	99 484	2 120 297	33 672	309 760	
	18.	11 903 907	31 115 371	24 946	71 442	—	965	101 991	2 124 996	40 345	305 648	
	31.	11 903 907	32 787 448	24 946	71 316	—	27 866	103 642	2 133 676	190 483	321 796	
April	8.	11 903 907	32 016 179	25 030	71 316	—	18 919	106 901	2 133 475	17 248	319 887	
	20.	11 903 907	29 622 826	25 030	71 105	—	10 540	108 263	2 144 247	16 501	322 314	
	29.	11 903 907	32 038 216	26 941	72 148	—	19 215	108 263	2 155 661	153 365	326 597	
Mai	10.	11 903 907	31 543 209	26 941	71 212	—	9 875	128 554	2 150 046	54 760	333 609	
	20.	11 903 907	31 182 967	27 286	71 026	—	5 134	128 250	2 157 599	30 049	332 783	
	31.	11 903 907	31 878 123	27 286	70 943	—	41 549	127 574	2 165 277	224 438	342 603	
Juni	10.	11 903 907	30 185 768	27 286	71 580	—	2 495	131 934	2 173 906	39 759	337 242	
	20.	11 903 907	30 687 182	27 286	71 431	—	22 437	130 966	2 180 494	50 177	338 695	
	30.	11 903 907	33 785 433	27 286	70 284	—	452 451	148 331	2 172 399	313 414	349 680	
Juli	8.	11 903 907	31 657 088	27 286	65 399	—	34 602	148 588	2 179 043	92 666	354 837	
	20.	11 903 907	31 377 691	27 286	67 220	—	6 990	167 390	2 169 764	42 606	375 540	
	29.	11 903 907	32 428 124	27 286	189 551	—	18 185	169 487	2 176 240	128 346	382 433	
August	10.	11 903 907	31 899 791	27 286	62 936	—	9 686	167 039	2 184 969	31 721	394 538	
	19.	11 903 907	30 527 781	27 286	62 909	—	4 811	171 256	2 192 246	16 906	402 115	
	31.	11 903 907	31 384 517	27 729	147 974	—	8 255	234 200	2 142 756	139 823	416 180	
Sept.	9.	11 903 907	31 058 269	27 730	63 009	—	1 559	234 868	2 158 589	39 512	432 818	
	20.	11 903 907	30 819 551	27 730	60 799	—	2 955	212 204	2 165 573	41 445	492 019	
	30.	11 903 907	34 282 093	27 730	59 892	—	19 568	216 714	2 170 928	145 889	462 701	
Okt.	10.	11 903 907	30 288 161	27 730	59 863	—	12 473	216 703	2 179 971	65 309	450 151	
	20.	11 903 907	29 718 687	27 730	64 065	—	6 800	220 842	2 191 698	39 580	458 236	
	31.	11 903 907	30 640 575	27 730	158 758	—	459 701	228 418	2 195 237	198 385	467 941	
Nov.	10.	11 903 907	29 600 975	27 730	67 042	—	24 727	207 843	2 208 662	56 427	465 361	
	18.	11 903 907	29 471 675	28 250	67 621	—	31 555	206 691	2 224 822	98 583	472 301	
	30.	11 903 907	31 046 907	28 250	187 051	—	60 073	207 752	2 244 026	286 386	443 023	
Dez.	9.	11 903 907	31 499 910	28 250	68 116	—	16 856	207 862	2 252 058	92 999	436 391	
	20.	11 903 907	32 278 288	28 250	72 945	—	24 671	155 892	2 257 508	187 080	436 297	
	30.	11 903 907	35 946 721	30 451	2 133 818	—	795 922	158 036	2 263 324	416 033	282 163	

Passiven

Grundkapital und Reservefonds	Notenumlauf	Täglich fällige Verbindlichkeiten		Verbindlichkeiten auf Zeit	Sonstige Passiven	Bilanz- summe
		<i>Girorechnungen inländischer Banken und Finanzgesellschaften</i>	<i>übrige täglich fällige Ver- bindlichkeiten</i>			
<i>in 1000 Franken</i>						
102 000	26 356 078	8 799 118	1 598 849	—	11 663 566	48 519 611
102 000	25 223 774	8 555 684	1 799 355	—	11 671 320	47 352 133
102 000	25 903 201	8 042 451	1 782 186	—	11 720 572	47 550 410
102 000	25 179 506	7 445 496	3 105 786	—	11 851 600	47 684 388
102 000	24 847 100	7 416 834	2 592 196	—	11 866 520	46 824 650
102 000	25 662 216	6 662 474	3 344 945	—	11 939 525	47 711 160
102 000	25 303 124	6 928 021	2 575 972	—	11 969 218	46 878 335
102 000	25 002 535	6 559 348	2 017 347	—	12 008 381	45 689 611
102 000	26 318 979	7 502 378	1 576 879	—	12 064 844	47 565 080
102 000	25 604 917	6 517 279	2 299 606	—	12 089 060	46 612 862
102 000	24 926 349	5 767 053	1 279 373	—	12 149 958	44 224 733
103 000	26 000 106	5 771 498	2 742 672	—	12 187 037	46 804 313
103 000	25 532 555	5 607 905	2 753 424	—	12 225 229	46 222 113
103 000	25 187 257	5 300 001	2 960 115	—	12 288 628	45 839 001
103 000	25 903 702	5 315 572	3 119 495	—	12 339 931	46 781 700
103 000	25 533 634	5 143 076	1 704 640	—	12 389 527	44 873 877
103 000	25 207 103	5 408 876	2 270 090	—	12 423 506	45 412 575
103 000	26 317 329	8 787 105	1 547 119	—	12 468 632	49 223 185
103 000	25 934 698	5 699 748	2 235 592	—	12 490 378	46 463 416
103 000	25 271 100	5 625 911	2 582 749	—	12 555 634	46 138 394
103 000	26 036 987	5 753 377	2 960 087	—	12 570 108	47 423 559
103 000	25 429 577	5 293 620	3 180 841	—	12 674 835	46 681 873
103 000	25 227 938	5 303 070	1 937 711	—	12 737 498	45 309 217
103 000	25 892 376	4 876 870	2 697 398	—	12 835 697	46 405 341
103 000	25 751 495	4 890 285	2 233 316	—	12 942 165	45 920 261
103 000	25 302 161	4 732 590	2 579 172	—	13 009 260	45 726 183
103 000	26 299 495	7 859 486	1 936 361	—	13 091 080	49 289 422
103 000	25 929 755	4 389 015	1 610 705	—	13 171 793	45 204 268
103 000	25 317 997	4 104 370	1 862 364	—	13 243 814	44 631 545
103 000	26 299 128	4 109 590	2 422 240	—	13 346 694	46 280 652
103 000	25 877 310	3 816 999	1 352 960	—	13 412 405	44 562 674
103 000	25 602 032	4 028 161	1 290 082	—	13 482 130	44 505 405
103 000	26 848 943	4 258 582	1 698 198	—	13 498 652	46 407 375
103 000	27 300 195	3 907 532	1 676 745	—	13 518 877	46 506 349
103 000	28 244 158	3 975 969	1 414 869	—	13 606 842	47 344 838
103 000	28 979 216	6 691 650	2 783 958	—	15 372 551	53 930 375

2. Hauptposten der Bilanz seit 1951

(Jahresendwerte)

Aktiven

Jahres- ende	Gold ¹	Devisen	Auslän- dische Schatz- anwei- sungen in Schweizer- franken; SZR ²	Kursge- sicherte Guthaben bei auslän- dischen Zentral- banken	Inlandportefeuille			Lom- bard- vor- schüsse	Wert- schriften	Guthaben bei Korre- sponden- ten im Inland	Verlust auf Devisen und Gold	
					Schwei- zer- wechsel	Schatz- anwei- sungen des Bundes ³	Diskon- tierte Obliga- tionen					
<i>in Millionen Franken</i>												
1951	6 003,8	227,6	—	—	233,8	4,6	12,7	251,1	58,9	39,9	53,0	—
1952	5 876,1	490,9	—	—	243,9	—	1,8	245,7	64,0	40,1	37,5	—
1953	6 086,1	522,2	—	—	190,8	14,7	1,1	206,6	65,2	35,5	34,9	—
1954	6 323,4	649,8	—	—	91,6	2,0	9,6	103,2	116,6	46,5	41,3	—
1955	6 686,3	624,1	—	—	129,2	2,0	23,0	154,2	131,8	45,9	47,8	—
1956	7 102,9	627,0	—	—	170,9	21,5	80,0	272,4	186,9	45,7	56,1	—
1957	7 383,5	781,4	—	—	193,9	—	31,9	225,8	52,0	45,3	41,4	—
1958	8 329,3	560,9	—	—	56,0	—	2,3	58,3	21,8	44,6	33,0	—
1959	8 369,3	534,6	—	—	50,6	—	7,3	57,9	39,7	44,2	45,2	—
1960	9 454,7	583,0	—	—	49,2	—	4,3	53,5	37,8	43,3	45,1	—
1961	11 078,0	842,4	—	—	62,2	—	7,3	69,5	66,3	42,9	58,3	—
1962	11 543,3	867,4	207,0	—	67,4	45,0	11,2	123,6	71,7	42,8	77,8	—
1963	12 203,8	1 083,3	207,0	—	87,5	35,0	19,7	142,2	97,5	51,7	61,5	—
1964	11 793,6	1 679,1	432,0	431,3	109,8	24,8	28,0	162,6	77,7	65,3	75,3	—
1965	13 164,2	852,6	432,0	428,5	98,1	9,5	31,5	139,1	38,9	92,9	66,1	—
1966	12 297,4	2 060,3	432,0	518,9	97,8	16,7	43,3	157,8	109,3	181,7	81,5	—
1967	13 369,7	1 986,7	432,0	173,9	99,4	—	43,1	142,5	86,6	181,9	72,4	—
1968	11 355,8	5 601,2	1 442,0	108,3	256,2	6,8	25,5	288,5	160,1	180,6	99,7	—
1969	11 434,5	5 792,9	1 851,0	—	584,7	118,5	28,2	731,4	277,1	170,2	89,5	—
1970	11 821,3	8 441,1	1 851,0	—	306,6	71,0	21,4	399,0	223,5	156,0	82,8	—
1971	11 879,4	10 323,3	4 278,0	—	78,1	—	2,4	80,5	28,5	10,8	72,4	1 243,5 ⁴
1972	11 879,7	12 323,1	4 278,0	—	770,3	152,0	13,8	936,1	418,8	—	142,3	1 243,5 ⁴
1973	11 892,7	12 519,9	4 613,0	—	862,7	200,0	35,0	1 097,7	557,7	—	281,8	1 243,5 ⁴
1974	11 892,7	11 570,6	5 403,0	—	2 166,8	484,0	43,5	2 694,3	699,9	92,5	166,9	621,5 ⁴
1975	11 892,7	14 705,8	5 403,0	—	1 706,5	227,0	5,4	1 938,9	200,2	3,7	136,3	621,5 ⁴
1976	11 903,9	20 426,5	5 222,0	—	912,5	375,0	13,3	1 300,8	157,0	63,8	160,3	—
1977	11 903,9	20 514,2	3 949,0	—	1 207,4	267,0	44,7	1 519,1	197,5	559,1	171,6	—
1978	11 903,9	28 981,8	2 028,5	—	214,6	—	21,5	236,1	49,6	348,0	185,7	2 593,5 ⁵
1979	11 903,9	26 390,4	—	—	1 532,2	10,0	38,3	1 580,5	886,4	963,4	288,6	1 110,9 ⁵
1980	11 903,9	27 355,6	11,4	—	2 285,1	152,0	48,4	2 485,5	919,8	1 212,2	289,6	—
1981	11 903,9	25 494,8	0,2	—	2 710,0	256,0	40,9	3 006,9	2 513,9	1 018,4	399,6	—
1982	11 903,9	31 872,8	6,3	—	2 076,8	109,2	2,1	2 188,1	1 559,6	1 268,3	314,0	—
1983	11 903,9	32 677,5	28,7	—	2 524,5	149,2	2,6	2 676,3	2 408,6	1 562,5	346,4	—
1984	11 903,9	38 876,0	23,2	—	2 455,4	293,5	—	2 748,9	2 677,9	1 773,6	500,8	—
1985	11 903,9	38 133,8	6,8	—	2 465,9	372,5	—	2 838,4	2 973,6	1 911,1	529,7	—
1986	11 903,9	36 262,0	—	—	2 411,9	335,5	—	2 747,4	3 204,0	2 045,0	564,4	—
1987	11 903,9	37 439,9	18,5	—	2 246,8	54,9	—	2 301,7	3 126,9	2 190,8	460,1	—
1988	11 903,9	35 946,7	30,5	—	2 133,8	—	—	2 133,8	795,9	2 421,4	416,0	—

¹ Bewertung seit 10. Mai 1971: 1 kg Feingold = Fr. 4595,74; vorher: 1 kg = Fr. 4869,80.

² Seit 1980 Sonderziehungsrechte.

³ Seit 1979 inkl. Geldmarkt-Buchforderungen.

⁴ Schuldverpflichtung des Bundes, gemäss Bundesbeschluss vom 15. Dezember 1971.

⁵ Gedeckt durch stille Reserven auf Gold.

Passiven

Noten- umlauf	Deckung des Noten- umlaufs durch Gold	Täglich fällige Verbindlichkeiten					Min- dest- reser- ven von Banken	Verbind- lichkeiten auf Zeit	Bewer- tungs- korrek- tur auf Devisen	Grund- kapital und Reserve- fonds	Rückstellungen		Bilanz- summe	Jahres- ende
		Total	davon Girorech- nungen von inlän- dischen Banken und Finanz- gesell- schaften ⁶	Rech- nungen des Bundes	Konti Zah- lungs- und Clear- ing- abkom- men	Gut- haben auslän- discher Banken ⁷					für Wäh- rungs- risiken	andere		
in Millionen Franken	%	in Millionen Franken												
4 927,3	121,85	1 528,8	1 101,9	225,4	159,9	—	—	—	—	70,0	—	3,6	6 675,9	1951
5 121,9	114,73	1 453,9	1 209,2	78,9	126,8	—	—	—	—	70,5	—	3,9	6 796,8	1952
5 228,5	116,40	1 540,9	1 147,3	157,3	171,5	—	—	—	—	71,0	—	5,3	6 996,8	1953
5 411,6	116,85	1 692,2	1 255,2	216,1	171,5	—	—	—	—	71,5	—	4,8	7 327,2	1954
5 515,5	121,23	1 990,4	1 623,8	268,9	82,1	—	—	—	—	72,0	—	13,4	7 738,2	1955
5 809,7	122,26	2 286,4	1 570,6	609,2	89,2	—	—	—	—	73,0	—	16,0	8 340,1	1956
5 931,2	124,49	2 393,0	1 831,1	471,1	74,7	—	—	—	—	74,0	—	17,1	8 574,6	1957
6 109,3	136,34	2 726,4	2 541,2	105,7	61,3	—	—	—	—	75,0	—	16,8	9 098,9	1958
6 343,9	131,93	2 535,3	2 330,7	165,6	22,1	—	—	—	—	76,0	—	17,0	9 141,5	1959
6 854,1	137,94	2 756,4	2 288,4	416,6	33,3	—	—	390,3	—	77,0	—	18,4	10 266,2	1960
7 656,0	144,70	2 947,0	1 996,1	662,5	37,2	231,5	1 035,0 ⁸	293,5	—	78,0	—	21,7	12 206,6	1961
8 506,1	135,71	2 799,7	2 294,2	355,9	30,0	98,0	1 035,0 ⁸	373,0	—	79,0	—	22,9	12 994,7	1962
9 035,4	135,07	3 187,8	2 700,0	389,4	39,3	31,8	1 035,0 ⁸	357,3	—	80,0	—	26,1	13 910,2	1963
9 721,8	121,31	3 270,6	2 907,9	291,5	24,4	25,6	1 035,0 ⁸	433,2	—	81,0	—	28,7	14 787,6	1964
10 042,5	131,08	3 215,4	3 005,0	126,2	20,9	44,3	1 035,0 ⁸	602,0	—	82,0	—	37,1	15 287,6	1965
10 651,1	115,46	3 430,5	2 982,2	375,2	23,3	34,4	1 035,0 ⁸	389,0	—	83,0	—	37,2	15 922,3	1966
11 326,8	118,04	4 144,9	3 810,8	230,7	29,0	53,9	—	550,0	—	84,0	—	52,2	16 519,0	1967
12 047,3	94,26	6 413,6	5 776,2	505,0	33,4	75,1	—	233,1	—	85,0	—	69,2	19 339,7	1968
12 518,4	91,34	6 954,8	6 353,4	493,0	40,0	49,6	—	141,9	—	86,0	—	105,0	20 482,5	1969
13 106,0	90,20	8 410,1	7 749,6	405,3	18,3	208,4	—	401,7	—	87,0	—	145,0	23 095,3	1970
14 309,9	83,01	11 854,4	10 701,6	713,7	15,3	393,1	516,4 ⁹	313,1	—	88,0	665,2	160,0	28 014,6	1971
16 635,0	71,41	11 020,8	9 312,6	1 380,3	17,0	279,5	2 029,3 ¹⁰	75,2	—	89,0	783,7	210,0	31 362,9	1972
18 296,2	65,00	9 036,1	8 234,9	458,2	7,8	296,7	2 872,0 ¹⁰	229,6	—	90,0	547,7	290,0	32 297,8	1973
19 435,8	61,19	10 367,1	9 505,0	714,5	—	114,8	347,8 ¹⁰	1 233,2	—	91,0	157,7	360,0	33 260,6	1974
19 127,8	62,17	13 296,0	11 478,5	623,8	—	150,0	165,3 ¹⁰	379,8	—	92,0	389,7	380,0	34 991,0	1975
19 730,9	60,33	16 648,7	12 643,7	3 817,5	—	146,2	246,2 ¹⁰	954,8	—	93,0	—	390,0	39 324,0	1976
20 396,8	58,36	16 330,2	13 622,8	2 513,8	—	149,3	—	772,2	—	94,0	—	226,2	38 921,0	1977
22 499,1	52,91	20 062,8	15 583,9	3 437,7	—	990,6	—	2 893,2	—	95,0	—	190,2	46 421,0	1978
23 760,9	50,10	17 735,6	13 207,1	2 209,4	—	2 252,8	—	630,1	—	95,0	—	143,5	43 244,5	1979
24 106,3	49,38	16 376,1	13 661,0	402,8	—	2 254,0	—	273,5	—	95,0	2 157,1	270,0	44 318,7	1980
23 336,7	51,01	14 958,0	12 466,7	1 513,9	—	908,0	—	500,0	—	96,0	4 531,3	340,0	44 584,5	1981
24 477,0	48,63	15 713,5	13 992,7	798,9	—	852,0	—	250,0	1 624,6	97,0	6 564,6	450,0	49 374,2	1982
24 759,4	48,08	15 229,4	14 229,2	812,0	—	125,4	—	—	2 528,1	98,0	8 565,8	500,0	51 869,2	1983
26 489,3	44,94	15 537,1	14 227,8	1 102,9	—	130,1	—	—	5 118,7	99,0	10 811,7	490,0	58 748,8	1984
25 861,6	46,03	16 872,7	14 105,2	2 537,1	—	128,1	—	—	1 564,2	100,0	13 467,7	490,0	58 546,7	1985
27 018,9	44,06	16 113,7	14 911,8	1 042,3	—	86,7	—	—	—	101,0	13 056,2	490,0	56 980,4	1986
27 342,3	43,54	18 643,0	17 044,8	1 362,9	—	163,1	—	—	—	102,0	10 934,0	490,0	57 715,7	1987
28 979,2	41,08	9 475,6	6 691,6	2 530,1	—	167,6	—	—	1 970,9	103,0	12 741,6	630,0	53 930,4	1988

⁶ Vor 1986: Girorechnungen von Banken, Handel und Industrie.

⁷ Vor 1961 unter Position «Girorechnungen von Banken, Handel und Industrie».

⁸ Girorechnungen von Banken mit vorübergehender zeitlicher Bindung.

⁹ Gemäss Vereinbarung über die ausserordentlichen Mindestreserven vom 16. August 1971.

¹⁰ Mindestreserven von Banken auf inländischen und ausländischen Verbindlichkeiten, gemäss Bundesbeschluss vom 20. Dezember 1972 bzw. 19. Dezember 1975.

3. Hauptposten der Bilanz seit 1951

(Durchschnitte aus den Werten der veröffentlichten Ausweise)

Aktiven

Jahr	Gold ¹	Devisen	Ausländische Schatzanwei- sungen in Schweizer- franken; SZR ²	Inlandportefeuille			Total	Lombard- vor- schüsse	Wert- schriften	Guthaben bei Korre- sponden- ten im Inland
				Schwei- zer- wechsel	Schatz- anwei- sungen des Bundes ³	Diskon- tierte Obliga- tionen				
<i>in Millionen Franken</i>										
1951	6 000,9	225,5	—	150,0	2,6	2,3	154,9	30,9	40,1	13,8
1952	5 847,5	337,1	—	201,2	0,8	3,4	205,4	30,0	40,1	13,0
1953	5 998,7	511,4	—	191,6	0,7	0,9	193,2	24,7	35,8	13,0
1954	6 176,7	517,5	—	111,9	0,5	1,5	113,9	26,1	43,7	14,5
1955	6 304,5	597,9	—	88,9	1,2	8,6	98,7	44,7	46,1	17,1
1956	6 794,6	585,8	—	100,5	1,6	15,8	117,9	47,7	45,4	19,8
1957	7 096,4	538,3	—	128,5	0,5	15,8	144,8	31,6	45,4	16,3
1958	7 957,8	539,2	—	108,6	0,1	2,6	111,3	11,4	44,9	11,2
1959	8 285,9	444,1	—	46,6	—	0,7	47,3	8,5	44,3	10,5
1960	8 151,0	522,4	—	48,2	—	1,7	49,9	15,6	43,6	13,4
1961	10 049,6	1 121,6	—	48,0	—	1,5	49,5	13,8	43,0	13,0
1962	10 613,6	827,3	207,0 ⁴	53,6	1,1	5,3	60,0	16,1	42,8	16,1
1963	10 753,3	844,1	207,0	59,6	2,7	4,5	66,8	17,5	91,9	16,3
1964	11 080,6	1 232,4	300,8	77,0	5,2	9,8	92,0	29,4	58,3	20,0
1965	11 672,4	971,7	432,0	77,5	5,6	10,0	93,1	20,9	78,0	22,1
1966	11 621,5	983,4	474,9	86,5	4,7	18,6	109,8	32,6	144,1	26,4
1967	11 982,3	1 351,8	451,8	92,5	4,7	15,0	112,2	30,5	185,1	26,9
1968	11 586,5	1 602,6	1 110,3	104,4	3,3	6,5	114,2	27,3	181,0	26,8
1969	11 431,8	2 020,8	1 718,8	193,4	9,3	19,6	222,3	71,1	176,0	32,2
1970	11 615,5	3 418,7	1 851,0	134,6	9,5	11,3	155,4	47,0	167,6	39,3
1971	11 854,9	6 834,3	3 203,3	114,3	3,6	4,3	122,2	15,9	128,4	35,6
1972	11 879,6	9 721,4	4 278,0	109,5	5,8	1,8	117,1	22,2	122,2	38,5
1973	11 892,5	10 515,1	4 397,6	166,0	24,7	4,6	195,3	67,0	—	55,1
1974	11 892,7	8 624,2	5 237,2	730,8	48,7	16,3	795,8	132,2	65,6	71,0
1975	11 892,7	10 005,3	5 403,0	574,2	61,1	5,3	640,6	85,8	13,9	50,1
1976	11 897,7	13 371,8	5 388,9	299,3	63,3	1,5	364,1	81,8	34,3	57,3
1977	11 903,9	13 785,3	4 625,6	523,6	72,8	6,4	602,8	93,6	420,3	69,2
1978	11 903,9	21 697,2	3 017,3	356,2	32,2	6,8	395,2	35,0	333,5	66,3
1979	11 903,9	24 628,7	1 425,3 ⁵	419,0	0,3	9,2	428,5	107,2	684,6	71,8
1980	11 903,9	20 802,0	11,4 ⁶	906,1	16,2	27,7	950,0	301,5	1 064,6	112,9
1981	11 903,9	21 488,0	16,8	1 250,0	22,0	12,4	1 284,4	689,5	1 203,5	143,7
1982	11 903,9	24 466,9	1,4	958,0	13,9	3,0	974,9	391,0	1 126,4	128,4
1983	11 903,9	27 558,6	26,2	895,4	12,7	1,0	909,1	610,0	1 422,5	132,4
1984	11 903,9	30 450,4	28,7	960,9	19,8	0,1	980,8	735,5	1 671,8	138,6
1985	11 903,9	36 073,8	21,2	1 004,8	35,8	—	1 040,6	909,4	1 834,2	159,2
1986	11 903,9	35 296,1	4,5	896,0	41,0	—	937,0	998,7	1 985,3	153,4
1987	11 903,9	33 782,1	6,9	856,9	19,2	—	876,1	1 046,9	2 119,4	139,6
1988	11 903,9	31 760,7	26,1	137,8	—	—	137,8	60,4	2 320,1	99,7

¹ Bewertung seit 10. Mai 1971: 1 kg Feingold = Fr. 4595.74; vorher: 1 kg = Fr. 4869.80.

² Seit 1980 Sonderziehungsrechte.

³ Seit 1979 inkl. Geldmarkt-Buchforderungen.

⁴ Durchschnitt Oktober bis Dezember.

⁵ Durchschnitt Januar bis März.

⁶ Durchschnitt August bis Dezember.

Passiven

Notenumlauf	Deckung des Notenumlaufs durch Gold	Täglich fällige Verbindlichkeiten						Mindestreserven von Banken ⁹	Verbindlichkeiten auf Zeit	Jahr
		<i>Girorechnungen von inländischen Banken und Finanzgesellschaften⁷</i>	<i>Rechnungen des Bundes</i>	<i>Rechnungen der Depo-nenten</i>	<i>Konti Zahlungs- und Clearing-abkommen</i>	<i>Guthaben ausländischer Banken⁸</i>	<i>Total</i>			
<i>in Millionen Franken</i>	%	<i>in Millionen Franken</i>								
4 419,5	135,78	1 269,2	384,0	51,3	153,0	—	1 857,5	—	—	1951
4 596,2	127,22	1 176,7	319,5	41,7	154,2	—	1 692,1	—	—	1952
4 783,6	125,40	1 373,9	203,8	99,8	127,7	—	1 805,2	—	—	1953
4 904,0	125,95	1 354,5	229,1	54,4	164,2	—	1 802,2	—	—	1954
5 056,8	124,67	1 397,2	303,2	30,3	142,9	—	1 873,6	—	—	1955
5 189,7	130,92	1 672,0	458,7	17,7	74,3	—	2 222,7	—	—	1956
5 467,2	129,80	1 788,4	283,8	17,6	106,4	—	2 196,2	—	—	1957
5 501,2	144,66	2 600,3	270,6	17,9	66,5	—	2 955,3	—	—	1958
5 705,3	145,23	2 610,3	264,9	17,8	36,4	—	2 929,4	—	—	1959
6 042,4	134,90	2 112,3	289,0	17,6	23,8	—	2 442,7	—	399,2 ¹⁷	1960
6 672,9	150,60	2 346,5	684,9	21,2	29,8	222,6 ¹¹	3 198,4	1 035,0 ¹³	397,8	1961
7 358,9	144,23	2 034,2	326,4	21,7	23,6	187,6	2 593,5	1 035,0	399,4	1962
8 002,8	134,37	2 046,3	195,1	26,0	21,6	59,7	2 348,7	1 035,0	399,1	1963
8 638,6	128,27	2 059,2	283,1	24,5	27,0	32,2	2 426,0	1 035,0	483,3	1964
9 179,1	127,16	2 173,9	232,2	26,9	18,8	44,5	2 496,3	1 035,0	597,5	1965
9 566,5	121,48	1 997,2	287,5	19,8	15,8	37,8	2 358,1	1 035,0	587,0	1966
10 013,4	119,66	2 366,4	234,0	18,1	19,7	57,3	2 695,5	805,0 ¹⁴	588,3	1967
10 577,5	109,54	3 006,2	250,0	18,6	28,8	46,9	3 350,5	—	476,6	1968
11 259,9	101,53	3 061,8	306,8	20,1	23,8	46,1	3 458,6	—	324,0	1969
11 784,7	98,56	3 562,5	517,8	20,9	25,3	62,3	4 188,8	—	428,3	1970
12 663,8	93,61	7 452,3 ¹⁰	801,7	21,5	12,1	132,3	8 419,9	949,5 ¹⁵	483,1	1971
14 080,4	84,37	8 221,9	1 288,9	26,0	16,3	345,0	9 898,1	1 674,6	395,1	1972
15 784,2	75,34	5 651,9	982,0	27,5	11,7	371,5	7 045,9 ¹²	3 317,2	600,1	1973
17 022,7	69,86	5 524,2	504,6	31,1	0,5	199,0	6 263,0 ¹²	1 586,2	870,9	1974
17 608,5	67,54	6 342,9	841,1	30,9	—	162,9	7 384,5 ¹²	371,4	1 222,7	1975
17 778,4	66,92	6 971,5	2 772,5	40,9	—	272,7	10 062,8 ¹²	264,1	1 426,3	1976
18 590,5	64,03	7 057,8	2 549,7	39,5	—	179,8	9 834,0 ¹²	236,0 ¹⁶	1 160,4	1977
19 547,6	60,90	9 771,4	2 780,7	54,2	—	389,3	13 001,1 ¹²	—	3 263,0	1978
21 069,7	56,50	10 484,9	2 443,9	59,6	—	2 226,3	15 221,4 ¹²	—	2 656,9	1979
21 779,7	54,66	7 860,6	1 234,2	52,7	—	2 289,7	11 445,2 ¹²	—	925,0	1980
21 937,0	54,26	7 254,2	901,3	45,3	—	1 645,1	9 852,6 ¹²	—	266,3	1981
22 101,9	53,86	7 701,8	904,6	50,0	—	908,5	9 576,0 ¹²	—	395,8	1982
22 796,5	52,22	8 147,2	1 447,9	54,5	—	182,0	9 842,0 ¹²	—	145,8 ¹⁸	1983
23 327,6	51,03	8 333,3	1 237,2	58,0	—	127,7	9 768,8 ¹²	—	—	1984
23 676,7	50,28	8 589,1	1 507,1	66,7	—	111,1	10 296,4 ¹²	—	—	1985
24 030,2	49,54	8 971,5	1 607,4	61,3	—	127,9	10 768,1 ¹²	—	—	1986
24 831,4	47,94	9 407,9	1 465,7	65,5	—	128,8	11 067,9 ¹²	—	—	1987
25 876,5	46,00	5 856,9	2 209,0	77,4	—	185,3	8 328,6 ¹²	—	—	1988

⁷ Vor 1986: Girorechnungen von Banken, Handel und Industrie.

⁸ Vor 1961 unter Position «Girorechnungen von Banken, Handel und Industrie».

⁹ Von 1961 bis 1967 Girorechnungen von Banken mit vorübergehender zeitlicher Bindung.

¹⁰ Eingeschlossen auf Sterilisierungskonto einbezahlte Beträge.

¹¹ Durchschnitt Ende Juni bis Dezember.

¹² Inklusive ausstehende Checks.

¹³ Durchschnitt Ende März bis Dezember.

¹⁴ Durchschnitt Januar bis Anfang Dezember.

¹⁵ Durchschnitt Ende September bis Dezember.

¹⁶ Durchschnitt Januar und Februar.

¹⁷ Durchschnitt Oktober bis Dezember.

¹⁸ Durchschnitt Januar bis August.

4. Geschäftsergebnisse seit 1981

Aufwand

	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988
	in 1000 Franken							
Betriebsaufwand	71 604	86 920	106 160	120 232	93 998	95 489	97 702	110 485
Bankbehörden	594	688	722	726	718	714	705	707
Personal	40 815	47 790	46 602	49 984	52 123	52 025	53 343	56 249
Raumaufwand	6 083	9 464	20 355	16 115	9 379	4 918	4 417	9 785
Betriebsausstattung	1 829	2 652	9 658	17 858	2 402	3 034	4 104	3 108
Geschäfts- und Büroaufwand	1 720	2 117	2 248	2 754	2 914	2 861	2 990	3 206
Information und Kommunikation	1 355	1 867	1 639	1 859	1 951	2 436	1 870	2 304
Druckaufwand, Publikationen	1 617	1 045	615	548	635	693	644	731
Aufwand aus Notenumlauf	14 190	16 116	18 659	18 601	17 105	18 689	19 485	24 037
Übriger Sachaufwand	3 401	5 181	5 662	11 787	6 771	10 119	10 144	10 358
Wertaufwand	258 323	182 890	197 099	132 687	122 193	181 917	127 711	141 546
Passivzinsen Deponenten	2 482	2 664	2 409	2 767	3 077	2 926	3 012	3 395
Passivzinsen Bundesverwaltungen	18 179	24 086	42 289	39 296	56 767	58 492	41 244	40 444
Passivzinsen Bundesschatzanweisungen	33	—	—	—	—	—	—	—
Passivzinsen Schuldverschreibungen	19 772	34 600	13 126	—	—	—	—	—
Andere Sterilisierungskosten	20 506	4 533	167	—	—	—	—	—
Abschreibungen auf Wertschriften	183 038	114 510	138 467	90 624	62 349	94 499	66 320	96 407
Abschreibungen auf Bankgebäuden	14 313	2 497	641	—	—	26 000	17 135	1 300
Abschreibungen auf Devisen	—	—	—	—	—	2 139 125¹	3 528 837	—
Übertrag auf Konto Bewertungskorrektur auf Devisen	—	—	—	—	—	—	—	1 970 906
Steuern	—	8 898	—	2 851	—	1 789	2 632	1 592
Zuwendung an die Vorsorgeeinrichtungen	4 000	3 000	2 500	5 000	3 000	3 000	2 000	2 000
Widmung an die Stiftung Studienzentrums Gerzensee	—	—	—	32 733	—	—	—	—
Rückstellungen	2 444 142	2 143 355	2 051 141	2 245 993	2 655 953	—	—	1 807 669
Rückstellung für Währungsrisiken	2 374 142	2 033 355	2 001 141	2 245 993	2 655 953	—	—	1 807 669
Andere Rückstellungen	70 000	110 000	50 000	—	—	—	—	—
Reingewinn	7 593	7 593	7 593					
Zuweisung an den Reservefonds	1 000	1 000	1 000	1 000	1 000	1 000	1 000	1 000
Dividende	1 500	1 500	1 500	1 500	1 500	1 500	1 500	1 500
Ablieferung an Eidg. Finanzverwaltung	5 093	5 093	5 093	5 093	5 093	5 093	5 093	5 093
Total	2 785 662	2 432 656	2 364 493	2 547 089	2 882 737	2 428 913	3 766 475	4 041 791

¹ Gesamtabschreibungen auf Devisen
abzüglich Auflösung der Bilanzposition «Bewertungskorrektur auf Devisen»

3 703 300
1 564 175
2 139 125

Ertrag

	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988
	in 1000 Franken							
Betriebsertrag	6 933	7 389	9 319	8 245	7 569	8 069	5 771	6 663
Kommissionen	2 832	3 006	4 756	3 935	2 945	2 216	1 826	1 756
Ertrag aus Bankgebäuden	2 465	2 603	2 892	2 816	3 170	5 313	3 446	4 462
Diverse Einnahmen	1 636	1 780	1 671	1 494	1 454	540	499	445
Wertertrag	2 688 710	2 425 267	2 355 174	2 538 844	2 875 168	2 009 363	1 638 459	2 064 222
Devisen- und Goldertrag	2 552 937	2 307 193	2 228 957	2 391 222	2 709 177	1 834 097	1 462 698	1 924 021
Diskontertrag	43 844	37 518	23 651	23 442	25 511	20 848	17 738	3 275
Lombardertrag	25 096	15 656	17 738	21 536	25 257	28 448	27 309	2 832
Wertschriftenertrag	64 840	62 801	83 232	100 691	113 281	123 449	128 782	132 877
Ertrag von Inlandkorrespondenten	1 993	2 099	1 596	1 953	1 942	2 521	1 932	1 217
Aufwertung auf Devisen	90 019	—	—	—	—	—	—	1 970 906
Entnahme aus Rückstellung für Währungsrisiken	—	—	—	—	—	411 481	2 122 245	—
Total	2 785 662	2 432 656	2 364 493	2 547 089	2 882 737	2 428 913	3 766 475	4 041 791

5. Diskont- und Lombardsätze seit 1936

Offizieller Diskont- und Lombardsatz			Spezialdiskontsätze für Pflichtlagerwechsel				
Datum der Veränderung	Diskontsatz	Lombardsatz	Datum der Veränderung	Lebens- und Futtermittel	Übrige		
	%	%		%	%		
1936	9. September	2	3	1957	1. April	1 $\frac{3}{4}$	2
	26. November	1 $\frac{1}{2}$	2 $\frac{1}{2}$		25. Juli	2	2 $\frac{1}{2}$
1957	15. Mai	2 $\frac{1}{2}$	3 $\frac{1}{2}$	1959	1. Juni	1 $\frac{3}{4}$	2
1959	26. Februar	2	3	1964	6. Juli	2 $\frac{1}{4}$	2 $\frac{1}{2}$
1964	3. Juli	2 $\frac{1}{2}$	3 $\frac{1}{2}$	1966	1. Januar	2 $\frac{3}{4}$	3
1966	6. Juli	3 $\frac{1}{2}$	4		1. Oktober	3 $\frac{1}{4}$	3 $\frac{1}{2}$
1967	10. Juli	3	3 $\frac{3}{4}$	1968	1. April	3	3 $\frac{1}{2}$
1969	15. September	3 $\frac{3}{4}$	4 $\frac{3}{4}$	1969	11. November	3 $\frac{3}{4}$	4
1973	22. Januar	4 $\frac{1}{2}$	5 $\frac{1}{4}$	1972	25. Januar	3 $\frac{1}{2}$	3 $\frac{3}{4}$
1974	21. Januar	5 $\frac{1}{2}$	6		1. März	3 $\frac{1}{4}$	3 $\frac{1}{2}$
1975	3. März	5	6	1974	2. Januar	3 $\frac{3}{4}$	4
	20. Mai	4 $\frac{1}{2}$	5 $\frac{1}{2}$		16. April	4	4 $\frac{1}{2}$
	25. August	4	5	1975	1. Januar	4 $\frac{1}{2}$	5
	29. September	3 $\frac{1}{2}$	4 $\frac{1}{2}$		25. August	3 $\frac{3}{4}$	4 $\frac{1}{4}$
	29. Oktober	3	4		1. November	3 $\frac{1}{4}$	3 $\frac{1}{2}$
1976	13. Januar	2 $\frac{1}{2}$	3 $\frac{1}{2}$	1976	1. Januar	3	3 $\frac{1}{4}$
	8. Juni	2	3		1. Februar	2 $\frac{3}{4}$	3
1977	15. Juli	1 $\frac{1}{2}$	2 $\frac{1}{2}$		15. März	2 $\frac{1}{2}$	2 $\frac{3}{4}$
1978	27. Februar	1	2		10. Juni	2 $\frac{1}{4}$	2 $\frac{1}{2}$
1979	5. November	2	3		1. Dezember	2	2 $\frac{1}{4}$
1980	28. Februar	3	4	1977	18. Juli	1 $\frac{3}{4}$	2
1981	3. Februar	3 $\frac{1}{2}$	4 $\frac{1}{2}$	1978	27. Februar	1 $\frac{1}{2}$	1 $\frac{3}{4}$
	20. Februar	4	5 $\frac{1}{2}$		20. März	1 $\frac{1}{4}$	1 $\frac{1}{2}$
	11. Mai	5	6 $\frac{1}{2}$		25. September	1 $\frac{1}{4}$	1 $\frac{1}{4}$
	2. September	6	7 $\frac{1}{2}$	1979	8. November	1 $\frac{3}{4}$	2
	4. Dezember	6	7	1980	21. Januar	2	2 $\frac{1}{4}$
1982	19. März	5 $\frac{1}{2}$	7		5. März	3	3 $\frac{1}{4}$
	27. August	5	6 $\frac{1}{2}$	1981	6. Februar	3 $\frac{1}{2}$	3 $\frac{3}{4}$
	3. Dezember	4 $\frac{1}{2}$	6		23. Februar	4	4 $\frac{1}{4}$
1983	18. März	4	5 $\frac{1}{2}$		12. Mai	5	5 $\frac{1}{4}$
1987	23. Januar	3 $\frac{1}{2}$	5		4. September	6	6 $\frac{1}{4}$
	6. November	3	4 $\frac{1}{2}$	1982	24. März	5 $\frac{1}{2}$	5 $\frac{3}{4}$
	4. Dezember	2 $\frac{1}{2}$	4		14. Juni	5 $\frac{1}{4}$	5 $\frac{1}{2}$
1988	1. Juli	2 $\frac{1}{2}$	4 $\frac{1}{2}$		1. September	4 $\frac{3}{4}$	5
	26. August	3	5		9. Dezember	4 $\frac{1}{2}$	4 $\frac{1}{2}$
	19. Dezember	3 $\frac{1}{2}$	5 $\frac{1}{2}$	1983	11. März	4	4 $\frac{1}{4}$
					22. März	3 $\frac{3}{4}$	4
				1986	24. März	3 $\frac{1}{2}$	3 $\frac{3}{4}$
				1987	26. Januar	3 $\frac{1}{4}$	3 $\frac{1}{2}$
					9. November	3	3 $\frac{1}{4}$
					7. Dezember	2 $\frac{3}{4}$	3
				1988	19. Dezember	3 $\frac{1}{4}$	3 $\frac{1}{2}$

6. Geld- und währungspolitische Chronik 1988

1. Januar Die geänderten Liquiditätsvorschriften der Bankenverordnung treten in Kraft (vgl. S. 8).
19. Mai Das Anmeldesystem für die Benützung des Notenbankkredites an den Monatsenden wird aufgehoben (vgl. S. 32).
19. Mai Die Pflicht, den Lombardkredit während einer Mindestdauer von fünf Tagen zu benützen, wird aufgehoben (vgl. S. 32).
- Anfang Juni Die Nationalbank leistet eine Substitutionszusage von 10 Mio Dollar für einen Überbrückungskredit der BIZ zugunsten Jugoslawiens (vgl. S. 42).
1. Juli Die Nationalbank erhöht den Lombardsatz um einen halben Prozentpunkt auf 4½% (vgl. S. 32).
- Mitte Juli Die Nationalbank leistet eine Substitutionszusage über 12 Mio Dollar für einen Überbrückungskredit der BIZ zugunsten von Brasilien (vgl. S. 42).
26. August Die Nationalbank erhöht den Lombardsatz von 4½% auf 5% und den Diskontsatz von 2½% auf 3% (vgl. S. 32).
- Ende August Brasilien zahlt den Mitte Juli erhaltenen Überbrückungskredit zurück. Damit erlischt die Substitutionszusage der Nationalbank (vgl. S. 42).
- Ende September Jugoslawien zahlt den Anfang Juni erhaltenen Überbrückungskredit zurück. Die Substitutionszusage der Nationalbank ist dadurch erloschen (vgl. S. 42).
3. Oktober Der Bundesrat beschliesst auf Antrag der Nationalbank, die Verordnungen über die Mindestreserven der Banken und über Gelder aus dem Ausland aufzuheben (vgl. S. 40).
- Mitte Oktober Die Nationalbank leistet eine Substitutionszusage von 12,5 Mio Dollar für einen Überbrückungskredit der BIZ zugunsten Argentiniens (vgl. S. 43).
27. Oktober Die Nationalbank ändert die Ausführungsbestimmungen zum bewilligungspflichtigen Kapitalexport (vgl. S. 40).
19. Dezember Das Direktorium legt im Einvernehmen mit dem Bundesrat das Geldmengenziel für das Jahr 1989 auf 2% fest (vgl. S. 11).
19. Dezember Die Nationalbank erhöht den Lombard- und den Diskontsatz um je einen halben Prozentpunkt auf 5½% bzw. 3½% (vgl. S. 33).
23. Dezember Die Nationalbank ersucht den Verwaltungsrat des Fonds européen de coopération monétaire (FECOM), ihr den Status eines «other holder» von Ecu zu gewähren (vgl. S. 43).

7. Verzeichnis der Mitglieder der Aufsichts- und Leitungsorgane der Schweizerischen Nationalbank

(Stand per 1. Januar 1989)

Bankrat (Amtsperiode 1987—1991)

Die von der Generalversammlung der Aktionäre gewählten Mitglieder sind mit einem Stern (*) bezeichnet.

Prof. Dr. François Schaller, Professor emeritus, Epalinges, Präsident

Peter Gerber, dipl. Ing. agr. ETH, Aarberg, Vizepräsident

* Regierungsrat Dr. Ueli Augsburger, Finanzdirektor des Kantons Bern, Bern

Thierry Barbey, im Hause Lombard, Odier & Cie, Corsier

Franz Beeler, Schwyz

Regierungsrat Eduard Belser-Bardill, Direktor des Bau- und Landwirtschaftsdepartements des Kantons Basel-Landschaft, Lausen

Bruno Boller, dipl. Ing. ETH, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrats der Boller, Winkler AG, Turbenthal

Pierre Borgeaud, Präsident des Verwaltungsrats der Gebrüder Sulzer AG, Präsident des Vororts des Schweizerischen Handels- und Industrievereins, Winterthur

* Félix Carruzzo, Präsident des Verwaltungsrats der Walliser Kantonalbank, Sitten

* Dr. Guido Casetti, Präsident des Christlichnationalen Gewerkschaftsbunds der Schweiz, Bern

* Nationalrat Gianfranco Cotti, Rechtsanwalt und Notar, Locarno

Hans Dickenmann, dipl. Ing. agr., Vizedirektor des Schweizerischen Bauernverbands, Hausen

* Dr. Walter Diehl, Präsident des Verwaltungsrats der Schweizerischen Rückversicherungs-Gesellschaft, Zürich

Fred-Henri Firmenich, Präsident des Verwaltungsrats der Firmenich SA, Genthod

* Nationalrat Hans-Rudolf Früh, Vizepräsident des Schweizerischen Gewerbeverbands, Bühler

* Dr. Franz Galliker, Präsident des Verwaltungsrats des Schweizerischen Bankvereins, Oberwil/BL

Staatsrat Claudio Generali, Direktor des Baudepartements und des Finanzdepartements des Kantons Tessin, Gentilino

Erwin Grimm, Zentralpräsident des Schweizerischen Baumeisterverbands, Wallisellen

* Dr. Gustav E. Grisard, Präsident des Verwaltungsrats der Hiag Holding AG, Präsident der Vereinigung des Schweizerischen Import- und Grosshandels, Riehen

* Carlos Grosjean, Rechtsanwalt, Präsident des Verwaltungsrats der Schweizerischen Bundesbahnen, Auvornier

Rainer E. Gut, Präsident des Verwaltungsrats der Schweizerischen Kreditanstalt, Bassersdorf

Dr. Benno Hardmeier, Sekretär des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds, Herrenschanzen

Pierre-Noël Julen, Direktor des Verbands der Walliser Wirtschaft (Walliser Handelskammer), Muraz (Sierre)

Dr. Alex Krauer, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrats der CIBA-GEIGY AG, Riehen

Minister François Lachat, Vorsteher des Departements für Kooperation, Finanzen und Polizei des Kantons Jura, Pruntrut

- * Regierungsrat Dr. Kurt Lareida, Vorsteher des Finanzdepartements des Kantons Aargau, Aarau
- * Prof. Dr. Hans Letsch, Präsident des Zentralverbands schweizerischer Arbeitgeber-Organisationen, Aarau
Regierungsrat Dr. Reto Mengiardi, Vorsteher des Finanz- und Militärdepartements des Kantons Graubünden, Chur
Carlo de Mercurio, Zentralpräsident des Schweizer Hoteliervereins, Lutry
- * François Milliet, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrats der Galenica Holding AG, Lausanne
- * Staatsrat Félicien Morel, Finanzdirektor des Kantons Freiburg, Belfaux
Robert Moser, Zentral-Vizepräsident des Schweizerischen Kaufmännischen Verbands, La Chaux-de-Fonds
Nationalrat Rudolf Reichling, dipl. Ing. agr. ETH, Präsident des Zentralverbands schweizerischer Milchproduzenten, Stäfa
Nationalrat Fritz Reimann, Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds, Thun
- * Regierungsrat Felix Rosenberg, Chef des Finanz-, Forst- und Militärdepartements des Kantons Thurgau, Frauenfeld
Regierungsrat Dr. Alfred Rötheli, Vorsteher des Finanz- und des Justizdepartements des Kantons Solothurn, Solothurn
Prof. Dr. Kurt Schiltknecht, Präsident des Verwaltungsrats der Bank Leu AG, Zumikon
Ständerat Dr. Jakob Schönenberger, Präsident der Bankkommission der St. Gallischen Kantonalbank, Kirchberg/SG
Nationalrätin Dr. Lilian Uchtenhagen, Präsidentin des Verwaltungsrats der Coop Zürich LVZ, Zürich
- * Odette Ueltschi-Gegauf, Präsidentin des Verwaltungsrats der Fritz Gegauf AG, Bernina-Nähmaschinenfabrik, Steckborn

Bankausschuss (Amtsperiode 1987—1991)

Prof. Dr. François Schaller, Professor emeritus, Epalinges, Präsident von Amtes wegen
 Peter Gerber, dipl. Ing. agr. ETH, Aarberg, Vizepräsident von Amtes wegen
 Regierungsrat Eduard Belser-Bardill, Direktor des Bau- und Landwirtschaftsdepartements des Kantons Basel-Landschaft, Lausen
 Pierre Borgeaud, Präsident des Verwaltungsrats der Gebrüder Sulzer AG, Präsident des Vororts des Schweizerischen Handels- und Industrievereins, Winterthur
 Félix Carruzzo, Präsident des Verwaltungsrats der Walliser Kantonalbank, Sitten
 Carlos Grosjean, Rechtsanwalt, Präsident des Verwaltungsrats der Schweizerischen Bundesbahnen, Auvornier
 Regierungsrat Dr. Reto Mengiardi, Vorsteher des Finanz- und Militärdepartements des Kantons Graubünden, Chur
 Nationalrat Fritz Reimann, Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds, Thun
 Ständerat Dr. Jakob Schönenberger, Präsident der Bankkommission der St. Gallischen Kantonalbank, Kirchberg/SG
 Nationalrätin Dr. Lilian Uchtenhagen, Präsidentin des Verwaltungsrats der Coop Zürich LVZ, Zürich

Lokalkomitees (Amtsperiode 1987—1991)

Aarau

Dr. Louis Mäder, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrats der Walter Mäder AG, Baden, Vorsitzender

John Strasser, Vorsitzender der Konzernleitung der Franke Holding AG, Aarburg, Stellvertreter des Vorsitzenden

Heinrich Häseli, Delegierter des Verwaltungsrats und Direktor der Jakob Müller AG, Maschinenfabrik, Gipf-Oberfrick

Basel

Dr. Hans Steinemann, Präsident der Verwaltungsräte der Patria Versicherungsgesellschaften, Basel, Vorsitzender

Werner Jauslin, dipl. Ing. ETH, Präsident des Verwaltungsrats der Jauslin & Stebler Ingenieure AG, Muttenz, Stellvertreter des Vorsitzenden

Alexander Peter Füglistaller, Vizepräsident und Delegierter des Verwaltungsrats der Warteck Invest AG, Basel

Bern

Max Tschannen, dipl. Ing. agr. ETH, Direktionspräsident des Verbands landwirtschaftlicher Genossenschaften von Bern und benachbarter Kantone (VLG Bern), Präsident der Vereinigung der landwirtschaftlichen Genossenschaftsverbände der Schweiz, Wohlen bei Bern, Vorsitzender

Hans Ineichen, Mitglied des Verwaltungsrats der Maschinenfabrik WIFAG, Gümligen, Stellvertreter des Vorsitzenden

Pierre-Alain Thiébaud, Rechtsanwalt, Freiburg

Genf

Bernard d'Espine, Generaldirektor der Ateliers Casai SA, Genf, Vorsitzender

Michel Brunschwig, «Bon Génie», Brunschwig & Cie, Vessy, Stellvertreter des Vorsitzenden

Gérard Fatio, Generaldirektor der SIP société genevoise d'instruments de physique, Genf

Lausanne

Martin Gétaz, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrats der Gétaz Romang SA, Aubonne, Vorsitzender

Christian Seiler, Fürsprecher, Sion, Stellvertreter des Vorsitzenden

Hubert Barde, Direktor der Orlait, Fédération laitière vaudoise-fribourgeoise, Le Mont-sur-Lausanne

Lugano

Paride Melera, Castel S. Pietro, Vorsitzender

Dani Tenconi, Delegierter des Verwaltungsrats der Tensol SA Officine meccaniche, Piotta, Stellvertreter des Vorsitzenden

Ulrich K. Hochstrasser, Direktor der Migros Genossenschaft Tessin, Breganzona

Luzern

Dr. Jörg Bucher, Direktor der Centralschweizerischen Kraftwerke, Luzern, Vorsitzender
Jürg R. Reinshagen, Direktor des Palace Hotels, Luzern, Stellvertreter des Vorsitzenden
Dr. Kurt Babst, Vizepräsident des Verwaltungsrats und Direktor der Möbelfabrik Wellis AG, Willisau

Neuenburg

Laurent Favarger, Direktor der SA du Four électrique «SAFED», Develier, Vorsitzender
Georges-Adrien Matthey, Delegierter des Verwaltungsrats der Câbles Cortaillod SA, Cormondrèche, Stellvertreter des Vorsitzenden
Dr. ing. Michel Soldini, Delegierter des Verwaltungsrats und Generaldirektor der Bergeon & Cie SA, Le Locle

St. Gallen

Jürg Nef, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrats der Nef & Co. AG, St. Gallen, Vorsitzender
Hans Huber, Präsident des Verwaltungsrats der SFS Stadler Heerbrugg AG, Heerbrugg, Stellvertreter des Vorsitzenden
Urs Bühler, Vorsitzender der Konzernleitung der Gebrüder Bühler AG, Uzwil

Zürich

Dr. Werner Fuchs, Greifensee, Vorsitzender
Claus Nüscheler, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrats der Siber Hegner Holding AG, Erlenbach, Stellvertreter des Vorsitzenden
Rudolf Hauser, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrats der Bucher-Guyer AG, Maschinenfabrik, Zürich

Revisionskommission (Amtsperiode 1988/1989)

Mitglieder

Gilbert Grenier, Genf, Präsident
Peter Blaser, Direktor der Amtersparniskasse Thun, Hünibach
Gilbert Jobin, Generaldirektor der Banque cantonale du Jura, Delémont

Ersatzmänner

Hans Casanova, Direktor der Graubündner Kantonalbank, Rhäzüns
Dr. Romano Mellini, Generaldirektor der Banca dello Stato del Cantone Ticino, Bellinzona
Fritz Sperb, Direktor der Sparkasse Wädenswil-Richterswil-Knonaueramt, Wädenswil

Direktorium

Dr. Markus Lusser, Zürich
Dr. Hans Meyer, Bern
Jean Zwahlen, Zürich

Generalsekretariat

Generalsekretär Dr. Andreas Frings, Direktor, Zürich
Stellvertreter des
Generalsekretärs Dr. Hans-Christoph Kesselring, Vizedirektor, Bern
Michel Gremaud, Abteilungsvorsteher, Zürich

Departemente

I. Departement (Zürich)

Departementsvorsteher Dr. Markus Lusser, Präsident des Direktoriums
Pressesprecher Werner Abegg, Abteilungsvorsteher
Stellvertreter des
Departementsvorstehers Dr. Peter Klauser, Direktor
Dr. Georg Rich, Direktor
Bereich Volkswirtschaft Dr. Georg Rich, Direktor
Volkswirtschaftliche
Abteilung Dr. Jean-Pierre Béguelin, Direktor
Dr. Roberto Cippà, Vizedirektor
Dr. Hans-Jürg Büttler, wissenschaftlicher Berater
Franz Ettlín, wissenschaftlicher Berater
Bankwirtschaftliche
Abteilung Dr. Urs W. Birchler, stellvertretender Direktor
Thomas Schlup, Abteilungsvorsteher
Robert Fluri, Abteilungsvorsteher
Bankenstatistische
Abteilung Christoph Menzel, stellvertretender Direktor
Dr. Markus Zimmerli, Vizedirektor
Rolf Gross, Abteilungsvorsteher
Bereich Recht, Personal,
Dienste Dr. Peter Klauser, Direktor
Rechtsabteilung Dr. Peter Merz, Rechtskonsulent
Personalabteilung Gerhard Nideröst, Direktor
Beat Blaesí, Abteilungsvorsteher
Vorsorgeeinrichtungen Dr. Peter Hadorn, stellvertretender Direktor
Technische Dienste Theo Birchler, Abteilungsvorsteher
Interne Revision Ulrich Willi Gilgen, stellvertretender Direktor

II. Departement (Bern)

Departementsvorsteher	Dr. Hans Meyer, Vizepräsident des Direktoriums
Stellvertreter des Departementsvorstehers	Dr. Hans Theiler, Direktor
Berater	Dr. Max Baltensperger, Direktor
Bereich Bankgeschäft	Dr. Theodor Scherer, Direktor
Hauptbuchhaltung	Hans-Peter Dosch, stellvertretender Direktor
Kasse Bern	Paul Bürgi, Vizedirektor
Korrespondenz, Portefeuille	Daniel Ambühl, Vizedirektor
Wertschriften	Max Isenschmid, stellvertretender Direktor
Bereich Bargeldwesen, Sicherheit, Dienste	Dr. Johann Ammann, Direktor
Hauptkasse	Roland Tornare, Hauptkassier der Bank Peter Trachsel, Stellvertreter des Hauptkassiers Urs Suter, Abteilungsvorsteher
Sicherheit	Alex Huber, Vizedirektor

III. Departement (Zürich)

Departementsvorsteher	Jean Zwahlen, Mitglied des Direktoriums
Stellvertreter des Departementsvorstehers	Dr. Jean-Pierre Roth, Direktor Dr. Christian Vital, Direktor
Stab	Dr. Monique Dubois, Vizedirektorin (beurlaubt)
Bereich monetäre Operationen	Dr. Jean-Pierre Roth, Direktor Hans Stahel, Direktor
Devisenhandel	Karl Hug, Vizedirektor
Devisenanlagen	Martin Papp, Vizedirektor
Portefeuille	Beat Spahni, Vizedirektor
Wertschriften	Markus Steiner, Abteilungsvorsteher
Bereich Verarbeitung	Dr. Christian Vital, Direktor Eugen Guyer, stellvertretender Direktor
Buchhaltung	Werner Bolliger, Vizedirektor
Zahlungsverkehr	Eugen Guyer, stellvertretender Direktor
Korrespondenz	Walter Obi, Vizedirektor
Kasse	Roland-Michel Chappuis, Vizedirektor
EDV-Abteilung	Dr. Raymond Bloch, Vizedirektor Dr. Jürg Ziegler, wissenschaftlicher Berater Jules Troxler, Abteilungsvorsteher

Zweiganstalten

<i>Aarau</i>	Heinrich Herzog, Direktor Fritz Merz, Stellvertreter des Direktors
<i>Basel</i>	Dr. Anton Föllmi, Direktor Karl Schär, Stellvertreter des Direktors
<i>Genf</i>	Yves Lieber, Direktor Jean-Daniel Zutter, Stellvertreter des Direktors
<i>Lausanne</i>	François Ganière, Direktor Nivardo Zanini, Stellvertreter des Direktors (ab 1.2.1989)
<i>Lugano</i>	Cesare Gaggini, Direktor Franco Poretti, Stellvertreter des Direktors
<i>Luzern</i>	Max Galliker, Direktor Josef Huber, Stellvertreter des Direktors
<i>Neuenburg</i>	Jean-Pierre Borel, Direktor Stellvertreter des Direktors (vakant)
<i>St. Gallen</i>	Prof. Dr. René Kästli, Direktor Alfred Geiger, Stellvertreter des Direktors

Eigene Agentur

<i>La Chaux-de-Fonds</i> (der Zweiganstalt Neuenburg unterstellt)	Jacques Jolidon, Agenturführer
---	--------------------------------

Fremde Agenturen

Die Schweizerische Nationalbank unterhält in folgenden Städten Agenturen, die von Kantonalbanken geführt werden:

Altdorf, Appenzell, Bellinzona, Biel, Chur, Delémont, Freiburg, Glarus, Herisau, Liestal, Sarnen, Sitten, Solothurn, Schaffhausen, Schwyz, Stans, Thun, Weinfelden, Winterthur und Zug.

Dieser Geschäftsbericht der Schweizerischen Nationalbank erscheint in deutscher und französischer Sprache sowie als Kurzfassung in italienischer und englischer Sprache. Alle vier Ausgaben sind erhältlich beim Generalsekretariat der Schweizerischen Nationalbank, 3003 Bern, Telefon 031 210211.

Satz und Druck: Benteli AG, Bern

